



DAAD KIWi

Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service

DAAD **GLOBUS**
Bildungssystem-
analyse (BSA)

Österreich

Daten und Analysen zum
Hochschul- und Wissenschaftsstandort

2025



Inhalt

Verzeichnis von Kennzahlen und Diagrammen	3
Kennzahlen.....	3
Diagramme.....	3
 1. Aktuelle Rahmenbedingungen und Entwicklungen	4
a. Aktuelle Rahmenbedingungen.....	4
 2. Das Hochschul- und Wissenschaftssystem	8
a. Zahlen und Fakten im Überblick.....	8
b. Historische Genese des Hochschulwesens.....	11
c. Autonomie und Finanzierung.....	13
d. Lehre.....	18
e. Forschung, Innovation und Transfer.....	23
f. Qualitätssicherung.....	27
 3. Internationalisierung und Wissenschaftskooperationen	30
a. Zahlen und Fakten im Überblick.....	30
b. Chancen und Potentiale	35
c. Risiko und Sicherheit.....	39
d. DAAD Aktivitäten.....	42
 4. Praktische Hinweise.....	45
a. Marketing-Tipps.....	45
b. Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis.....	47
c. Lebenshaltungskosten und Unterkunft.....	50
d. Sonstiges.....	52
 Datenquellen und Erläuterungen.....	57
Impressum.....	58

Verzeichnis von Kennzahlen und Diagrammen

Kennzahlen

KENNZAHL 1: BIP pro Kopf in KKP	6
KENNZAHL 2: Wirtschaftswachstum.....	6
KENNZAHL 3: Inflation	7
KENNZAHL 4: Rang des Landes beim Außenhandel mit Deutschland	7
KENNZAHL 5: Bevölkerungszahl absolut	7
KENNZAHL 6: Entwicklung der öffentlichen Ausgaben pro Studierenden in KKP (ab Ausgab. ...)	18
KENNZAHL 7: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden	18
KENNZAHL 8: Anzahl der Doktorandinnen und Doktoranden	19
KENNZAHL 9: Weibliche Studierende (ab Ausgabe 2021)	19
KENNZAHL 10: Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)	20
KENNZAHL 11: Absolventinnen- und Absolventenquote BA+MA (ab Ausgabe 2021)	20
KENNZAHL 12: Anteil der Forschungsausgaben am BIP	23
KENNZAHL 13: Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	23
KENNZAHL 14: Anteil ausländischer Studierender	30
KENNZAHL 15: Die wichtigsten fünf Herkunftsländer ausländischer Studierender	30
KENNZAHL 16: Im Ausland Studierende (Anzahl)	31
KENNZAHL 17: Im Ausland Studierende (Prozent)	31
KENNZAHL 18: Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende	32
KENNZAHL 19: Anzahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer in Deutschland	36
KENNZAHL 20: Anzahl der Hochschulkooperationen mit Deutschland	36
KENNZAHL 21: Anzahl der DAAD-Förderungen	36

Diagramme

DIAGRAMM 1: Entwicklung des BIP pro Kopf in KKP	6
DIAGRAMM 2: Bevölkerungsentwicklung.....	7
DIAGRAMM 3: Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) in Prozent des BIP	17
DIAGRAMM 4: Öffentliche Ausgaben pro Studierenden in KKP (ab Ausgabe 2021)	18
DIAGRAMM 5: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden	18
DIAGRAMM 6: Anzahl der Doktorandinnen und Doktoranden	19
DIAGRAMM 7: Weibliche Studierende (ab Ausgabe 2021)	19
DIAGRAMM 8: Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)	20
DIAGRAMM 9: Absolventinnen- und Absolventenquote BA+MA (ab Ausgabe 2021)	20
DIAGRAMM 10: Anteil der Forschungsausgaben am BIP	23
DIAGRAMM 11: Anteil ausländischer Studierender	30
DIAGRAMM 12: Im Ausland Studierende (Anzahl)	31
DIAGRAMM 13: Im Ausland Studierende (Prozent)	31
DIAGRAMM 14: Anzahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer in Deutschland	36

1. Aktuelle Rahmenbedingungen und Entwicklungen

a. Aktuelle Rahmenbedingungen

Österreich ist eine parlamentarische Bundesrepublik. Staatsoberhaupt ist der direkt gewählte Bundespräsident, der den Bundeskanzler ernennt, während die Regierungsverantwortung bei der Bundesregierung liegt. Das Parlament besteht aus dem Nationalrat als Hauptgesetzgeber und dem Bundesrat mit begrenzten Rechten, der die neun Bundesländer vertritt. Gewählt wird alle fünf Jahre, eine Wahlberechtigung besteht seit 2007 ab 16 Jahren.

Das föderale System ist weniger ausgeprägt als in Deutschland, zentrale Kompetenzen wie Bildung liegen beim Bund. Bundespräsident ist seit 2017 Alexander Van der Bellen (2022 wiedergewählt). Nach der Wahl 2024 wurde erstmals eine Dreierkoalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS gebildet; Kanzler ist Christian Stocker, Vizekanzler Andreas Babler.

Eine Neuerung brachte die [Bundesministeriengesetz-Novelle 2025](#), die den Bildungsbereich zwischen zwei Ressorts aufteilt: Das [Bundesministerium für Bildung \(BMB\)](#) ist für das Schulwesen sowie für die Pädagogischen Hochschulen zuständig. Das [Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung \(BMFWF\)](#) verantwortet Hochschulen und Forschung. Am 2. April 2025 wurden Christoph Wiederkehr als Bildungsminister und Eva-Maria Holzleitner als Ministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung angelobt.

Österreich nimmt als mitteleuropäisches Land eine Brückenfunktion zwischen West- und Osteuropa ein und fungiert als Schnittstelle im Donauraum. Das Verhältnis zu Deutschland ist besonders eng: Beide Länder teilen die deutsche Sprache und pflegen intensive wirtschaftliche und wissenschaftliche Beziehungen. Grundlage sind zahlreiche Kooperationen, darunter das bilaterale Abkommen zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit (1983), die gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen (2002) sowie die Kooperation der Forschungsförderungsagenturen Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und Österreichischer Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) im D-A-CH-Verbund. Beide Länder sind Teil des Europäischen Hochschulraums und des Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Union, was die institutionelle Zusammenarbeit erleichtert. In der Berufsbildung arbeiten Österreich und Deutschland ebenfalls eng zusammen, da beide über ein duales Ausbildungssystem verfügen. Kooperationen, etwa zwischen dem deutschen Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und österreichischen Partnerinnen und Partner, fördern die Weiterentwicklung beruflicher Bildung.

Österreichs akademische Zusammenarbeit wird stark von politischen Entwicklungen geprägt: Die Neutralität bleibt wesentlich, wird aber stärker mit Blick auf Forschungs- und Technologiesicherheit interpretiert. "[Science Diplomacy](#)" dient dazu, trotz geopolitischer Spannungen Kooperationen aufrechtzuerhalten. Der Ukraine-Krieg führte zur Einschränkung von Kooperationen mit Russland und verstärkte Forschung zu Energie und Sicherheit. Im Umgang mit China verfolgt Wien den europäischen Ansatz des „De-risking“, also der Risikominimierung und Diversifizierung von Abhängigkeiten. Gleichzeitig stärkt Österreich seine Rolle in der Donau- und Westbalkan-Region und erleichtert mit neuen Aufenthaltsregeln die Gewinnung internationaler Talente. Insgesamt bleibt die akademische Zusammenarbeit offen, jedoch unter wachsenden Anforderungen an Sicherheit, Partnerwahl und strategische Themen.

Nach dem Corona-Einbruch 2020 und einer Erholung 2021/2022 geriet die österreichische Wirtschaft 2023 in eine leichte Rezession, bedingt durch globale Unsicherheiten und die Energiekrise infolge des Ukraine-Kriegs. 2024 war von einer Abschwächung geprägt: Das BIP betrug 521,64 Milliarden US-Dollar und verzeichnete damit einen Rückgang des Wirtschaftswachstums um 1,2 Prozent. Gleichzeitig ging die zuvor hohe Inflation deutlich zurück: 2023 lag sie noch bei 7,8 Prozent, 2024 bei 2,94 Prozent.

Im Jahr 2024 sind Österreichs Gesamtexporte und -importe leicht zurückgegangen, auch mit Deutschland: Die Importe aus Deutschland sanken um 6,0 Prozent und die Exporte nach Deutschland um 2,9 Prozent. Trotzdem bleibt Deutschland nach wie vor der wichtigste Handelspartner Österreichs.

Auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Beschäftigung hoch, doch die Arbeitslosenquote nach internationaler Definition betrug 2024 rund 5,2 Prozent. Bei jungen Menschen (15- bis 24-Jährige) lag die Arbeitslosenquote 2024 bei 10,3 Prozent.

Wie in Deutschland bestehen auch in Österreich deutliche regionale Unterschiede: In Wien lag die Arbeitslosenquote 2024 laut Statistik Austria bei 9,4 Prozent (internationale Definition), deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Dagegen verzeichneten wirtschaftlich stärkere Bundesländer wie Salzburg, Tirol oder Oberösterreich Werte unter vier Prozent.

Ein zunehmendes Problem bleibt die Situation für Studierende in Universitätsstädten: Die Wohnkosten sind stark gestiegen und bezahlbare Wohnheimplätze fehlen nach wie vor. Förderprogramme für Studierendenwohnheime und sozialer Wohnbau werden ausgebaut, kommen aber nicht an den tatsächlichen Bedarf heran.

Das österreichische Hochschulsystem genießt hohen Stellenwert und wird überwiegend öffentlich finanziert. Rund 4,9 Prozent des BIP fließen in Bildung, pro Studierenden investiert der Staat jährlich über 24.000 US-Dollar. Für 2025–2027 wurden die Universitätsbudgets auf 16 Mrd. Euro erhöht, ergänzt durch strategische Leitpläne wie den [Hochschulplan 2030](#) und den [Gesamtösterreichischen Universitätsentwicklungsplan \(GUEP\)](#). Im Fachhochschulbereich setzt der Entwicklungsplan Schwerpunkte auf Fächer wie Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) und Gesundheitsfächer. Als Forschungsstandort erreichte Österreich 2024 mit einer Quote von 3,34 Prozent für Forschung und Entwicklung einen EU-Spitzenwert, gestützt durch den Pakt für Forschung, Technologie und Innovation (FTI-Pakt) für die Jahre 2024–2026, die internationalen Partnern Kontinuität und Planbarkeit sichern.

Österreich weist ein hohes Bildungsniveau mit nahezu vollständiger Alphabetisierung auf: 85,9 Prozent verfügen über mindestens einen Abschluss auf Sekundarstufe II – deutlich über dem EU-Schnitt. Rund 35,6 Prozent besitzen einen Hochschulabschluss, was dem europäischen Durchschnitt entspricht. Besonders prägend ist der berufliche Bildungsweg: Etwa 70 Prozent der Jugendlichen entscheiden sich nach der Pflichtschule für eine Lehre oder eine berufsbildende Schule. Dieses System sorgt für niedrige Jugendarbeitslosigkeit und einen hohen Fachkräfteanteil. Gleichzeitig wächst der Hochschulsektor stetig: 2024/2025 waren über 400.000 Studierende eingeschrieben.

Österreichs Bevölkerung wächst moderat und zählte Anfang 2025 knapp 9,2 Mio. Einwohner, wobei das Wachstum vor allem durch Zuwanderung erfolgt, denn die Geburtenrate liegt bei 1,32 Kindern pro Frau. Rund 20 Prozent der Bevölkerung sind Ausländer, 23–25 Prozent haben einen Migrationshintergrund. Diskriminierung ist kein strukturelles Problem, aber acht Prozent der Migrantinnen und Migranten beklagen Benachteiligung im Job, weshalb die Regierung Integrations- und Förderprogramme verstärkt.

Österreichs Hochschulen spüren den demografischen Wandel deutlich: Die Bevölkerung altert, während die Gruppe der Studienanfängerinnen und -anfänger im traditionellen Alter schrumpft. Nach dem Rekordhoch 2019/2020 sinken die Maturantenzahlen und stabilisieren sich auf niedrigerem Niveau. In der Folge stagnieren die Studierendenzahlen tendenziell: Ein leichter Zuwachs ist fast nur durch mehr ausländische Studierende zu erwarten, da die Zahl heimischer Studierender bereits rückläufig ist.

Quellen

Parlament Österreich. *Politisches System.* www.parlament.gv.at/verstehen/politisches-system/ (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD). *Internationale Hochschulkooperationen.* oead.at/de/studieren-forschen-lehren/internationale-hochschulkooperationen (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

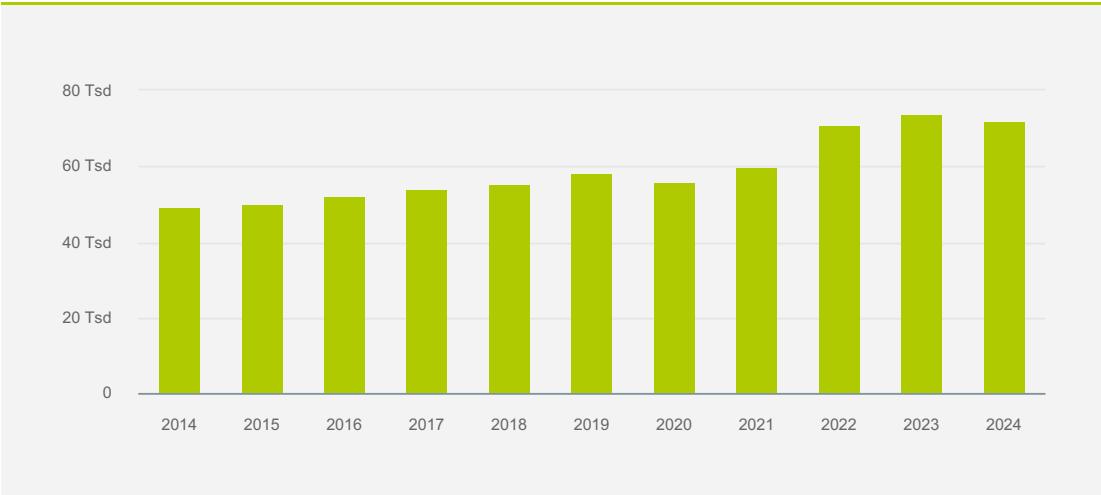
OECD. (2024). *OECD Economic Surveys: Austria 2024.* www.oecd.org/en/publications/oecd-economic-surveys-austria-2024_60ea1561-en.html#:~:text=OECD%20Economic%20Surveys%3A%20Austria%202024,The%20decline%20in%20inflation (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

Statistik Austria. <https://www.statistik.at/> (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

Austria Presse Agentur. (11.10.2024) Rückgang bei österreichischen Studierenden erwartet. science.apa.at/power-search/18129018067189818266#:~:text=Strich%20nur%2C%20weil%20dieses%20von,von%2020%2C820Prozent%20auf%2018%2C9 (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

DIAGRAMM 1: **Entwicklung des BIP pro Kopf in KKP**

US-Dollar



Quelle: [The World Bank. Data](https://data.worldbank.org/)

KENNZAHL 1: **BIP pro Kopf in KKP**

US-Dollar

Österreich (2024)	71.618
Im Vergleich: Deutschland (2023)	69.338

Quelle: [The World Bank. Data](https://data.worldbank.org/)

KENNZAHL 2: **Wirtschaftswachstum**

in Prozent

Österreich (2024)	-1,20
Im Vergleich: Deutschland (2023)	-0,30

Quelle: [The World Bank. Data](https://data.worldbank.org/)

KENNZAHL 3: Inflation

in Prozent

Österreich (2024)	2,94
Im Vergleich: Deutschland (2024)	2,26

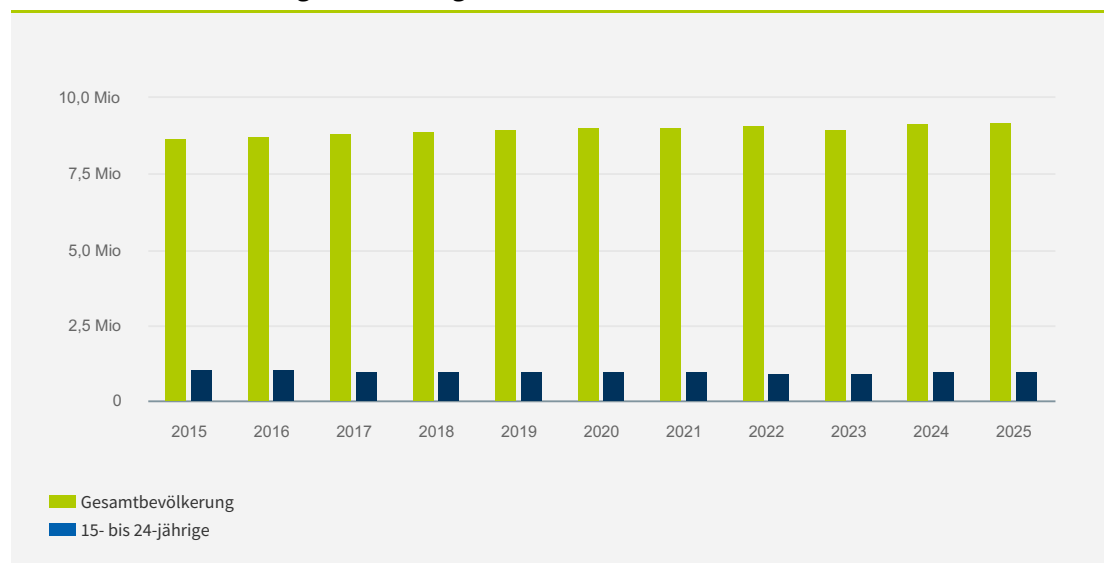
Quelle: [The World Bank. Data](#)

KENNZAHL 4: Rang des Landes beim Außenhandel mit Deutschland

Rang des Landes bei deutschen Exporten (2024)	8
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland (2024)	9

Quelle: [Statistisches Bundesamt. Genesis-Online](#)

DIAGRAMM 2: Bevölkerungsentwicklung



Quelle "Gesamtbevölkerung": [Statistik Austria](#)

Quelle "15- bis 24-jährige": [Trading Economics/EUROSTAT](#)

KENNZAHL 5: Bevölkerungszahl absolut

Österreich (2025)	9.197.213
Im Vergleich: Deutschland (2023)	83.313.000

Quelle: [Statistik Austria \(Österreich\)](#), [UNESCO Institute of Statistics \(Deutschland\)](#)

2. Das Hochschul- und Wissenschaftssystem

a. Zahlen und Fakten im Überblick

Das österreichische Hochschul- und Wissenschaftssystem ist vielfältig und gliedert sich in vier große Sektoren mit insgesamt 77 Einrichtungen: 23 öffentliche Universitäten, 21 Fachhochschulen, 14 Pädagogische Hochschulen, 19 private Einrichtungen (17 Privatuniversitäten, zwei Privathochschulen) sowie zwei theologische Lehranstalten, die sich in Trägerschaft, Rechtsgrundlagen, Finanzierungsmodellen und Ausbildungsprofilen unterscheiden. Während in Deutschland mehrere Wissenschaftsregionen bestehen, konzentriert sich die Hochschullandschaft Österreichs stärker auf urbane Zentren wie Wien, Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck.

Die öffentlichen Universitäten stellen traditionell die größte Gruppe dar und verzeichnen die höchsten Studierendenzahlen. Zu den 23 öffentlichen Universitäten zählen auch sechs Kunstuniversitäten, drei technische Universitäten und drei medizinische Universitäten. Sie decken ein breites Fächerspektrum ab: von Geistes- und Naturwissenschaften über Technik, Medizin, Wirtschaft und Recht bis hin zu Kunst. Charakteristisch ist die enge Verbindung von Lehre und Forschung: Universitäten betreiben Grundlagenforschung, bilden Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus und vermitteln zugleich Wissen an eine große Studierendenzahl. Die jüngste Institution ist die Interdisciplinary Transformation University Austria (IT:U) in Linz, die sich durch technologische Ausrichtung und Interdisziplinarität hervorhebt. Hier stehen Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und praxisnahe Ausbildung im Zentrum, mit dem Ziel, Expertinnen und Experten für die digitale Transformation im europäischen Kontext hervorzubringen.

Parallel dazu bieten Fachhochschulen praxisorientierte, wissenschaftlich fundierte Ausbildungen und gelten als Brücke zwischen Hochschule und Arbeitswelt. Schwerpunkte liegen in Technik, Wirtschaft, Gesundheit und Sozialwissenschaften, ergänzt durch spezialisierte Studienangebote etwa in Agrartechnologie oder Multimedia-Art. Ihre Forschung ist überwiegend anwendungsorientiert und zielt auf die Lösung konkreter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Fragestellungen ab. Mit über 23.000 Studienanfängerinnen und -anängern allein im Wintersemester 2024/2025 verzeichnen die Fachhochschulen einen immer größeren Zufluss und sind heute ein zentraler Pfeiler des Hochschulsystems.

Neben Privatuniversitäten sind auch Privathochschulen vorgesehen. Diese Einrichtungen finanzieren sich überwiegend über ihre Träger oder Studiengebühren und bieten ein breites Spektrum an Studiengängen, das von Rechts- und Wirtschaftswissenschaften über Medizin und Theologie bis zu Kunst und Musik reicht. Private Hochschulen in Österreich bieten in der Regel eine intensivere Betreuung durch kleinere Lerngruppen, ein spezialisierteres und praxisorientierteres Studienangebot sowie bessere Ausstattung im Vergleich zu öffentlichen Hochschulen.

Eine besondere Rolle nehmen die Pädagogischen Hochschulen ein. Sie sind für die Ausbildung von Lehrkräften in der Primarstufe und der Sekundarstufe verantwortlich und bieten zugleich umfangreiche Weiterbildungsprogramme für bereits im Beruf stehende Pädagoginnen und Pädagogen. Mit der aktuellen Reform wird ab 2025/2026 die Dauer des Bachelorstudiums für Lehramtsstudien von vier auf drei Jahre verkürzt, das zweijährige Masterstudium bleibt bestehen. Damit soll die Ausbildung flexibler und attraktiver gestaltet werden. Auch Quereinsteigende können hier ein Lehramt erwerben.

Promovieren können Studierende in Österreich primär an öffentlichen Universitäten und akkreditierten Privatuniversitäten, während Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen Masterabschlüsse anbieten, im Gegensatz zu Deutschland aber kein Promotionsrecht besitzen. Eine Ausnahme bildet das Institute of Science and Technology Austria (ISTA) in Klosterneuburg, ein außeruniversitäres Spitzenforschungsinstitut mit eigenem Promotionsrecht im naturwissenschaftlichen Bereich.

Hochschulrankings haben in Österreich eine wichtige Bedeutung, da sie das Ansehen und die Qualität österreichischer Universitäten international hervorheben und Studierenden bei der Hochschulwahl helfen können. Sie zeigen, dass österreichische Institutionen hohe Standards in Lehre, Forschung und Innovation erfüllen und sich im globalen Wettbewerb behaupten: Die Universität Wien zum Beispiel wird regelmäßig als die bestplatzierte Universität Österreichs in internationalen Rankings genannt, beispielsweise im Times Higher Education (THE) World University Ranking (Platz 95 im Jahr 2025) oder im QS World University Ranking (Platz 137 im Jahr 2025). Trotz ihrer Bedeutung sind Rankings nicht frei von Kritik: Sie bilden die komplexen Strukturen und Leistungen von Universitäten oft nur unzureichend ab, da sie auf stark vereinfachten Indikatoren basieren, die nationale Besonderheiten oder universitätsspezifische Unterschiede nicht berücksichtigen. Auch nationale Rahmenbedingungen werden in Rankings nicht berücksichtigt. So stellt der weitgehend offene Hochschulzugang in Österreich mit den daraus resultierenden ungünstigen Betreuungsrelationen einen Nachteil für die österreichischen Universitäten dar.

Im Studienjahr 2024/2025 waren über 400.000 Personen an Hochschulen eingeschrieben, darunter knapp 355.000 ordentliche Studierende. Die Entwicklung verläuft je nach Hochschulart unterschiedlich: An den öffentlichen Universitäten sind die Zahlen nach einem Höchststand 2012/2013 leicht rückläufig, liegen aktuell aber immer noch bei rund 265.000. Der Fachhochschulektor verzeichnet ein kontinuierliches Wachstum und überschritt 2024/2025 erstmals die Marke von 61.000 Studierenden. Auch die Pädagogischen Hochschulen gewinnen an Bedeutung und erreichten zuletzt rund 22.200 Studierende, die Privatuniversitäten kamen auf etwa 21.400.

Zum Anstieg tragen mehrere Faktoren bei: die gestiegene Bildungsbereitschaft, die Ausweitung der Studienangebote sowie günstige Rahmenbedingungen – insbesondere der Wegfall allgemeiner Studiengebühren für EU-Bürgerinnen und -bürger. Auch der Frauenanteil ist gestiegen und liegt inzwischen bei 56 Prozent, an Pädagogischen Hochschulen sogar bei 77 Prozent.

Zunehmend wichtig ist darüber hinaus die internationale Mobilität: Ohne ausländische Studierende wäre in den letzten Jahren ein Rückgang der Gesamtzahlen zu verzeichnen gewesen. An den öffentlichen Universitäten liegt der Ausländeranteil inzwischen bei rund 33 Prozent, an Fachhochschulen bei 22 Prozent und an Privatuniversitäten bei fast 40 Prozent. Etwa 70 Prozent dieser Studierenden stammen aus dem EU- und EWR-Raum, insbesondere aus Deutschland (rund 40 Prozent) und Italien (etwa 10 Prozent). Die hohe Zahl internationaler Studierender trägt wesentlich zur Stabilisierung des Hochschulsystems bei.

Neben den Hochschulen selbst prägen weitere Akteure das Hochschulsystem. Das Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF) ist die zentrale Steuerungsinstanz: Es erlässt Gesetze, finanziert die Hochschulen über Globalbudgets und Forschungsförderungen und vertritt Österreich im europäischen Hochschulraum. Daneben haben die Hochschulverbände eine wichtige Stimme: Die Universitätenkonferenz (uniko) bündelt die Interessen der öffentlichen Universitäten, die Fachhochschulkonferenz (FHK) vertritt die Fachhochschulen, die Privatuniversitätenkonferenz (ÖPUK) die Privatuniversitäten, und die Rektorinnen- und Rektorenkonferenz der Pädagogischen Hochschulen (RÖPH) koordiniert die Lehrerbildungsanstalten. Diese Verbände arbeiten eng mit dem Ministerium zusammen, geben Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben ab und erarbeiten gemeinsame Positionen. Auch die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (ÖH) ist als gesetzliche Vertretung aller Studierenden ein zentraler Akteur mit Mitspracherecht in zahlreichen Gremien.

Darüber hinaus sind Fördereinrichtungen von großer Bedeutung: Der Österreichische Wissenschaftsfonds (FWF) unterstützt Grundlagenforschung, während die Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) sich auf anwendungsorientierte Projekte konzentriert. Qualitätssicherung und Akkreditierung obliegen der Agentur AQ Austria. Internationale Austauschprogramme werden von der Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD) koordiniert, die als nationale Agentur Erasmus+ umsetzt und Stipendien vergibt. Außeruniversitäre

Forschungsorganisationen wie die Österreichische Akademie der Wissenschaften, das Austrian Institute of Technology oder die Ludwig Boltzmann Gesellschaft sind weitere wichtige Partner im Wissenschaftssystem.

Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass die Hochschulen zunehmend Wert auf Employability (Beschäftigungsfähigkeit) und Praxisorientierung legen. Studiengänge enthalten verstärkt praxisnahe Elemente wie Praktika, Projektarbeiten oder duale Studienmodelle. Auch Entrepreneurship und Innovationsförderung rücken stärker in den Fokus: Viele Hochschulen betreiben Gründerzentren oder Start-up-Hubs, um Studierende und Forschende bei der Umsetzung eigener Ideen zu unterstützen. Gleichzeitig erfährt die Digitalisierung einen massiven Ausbau. Seit der COVID-19-Pandemie wurden virtuelle Lernumgebungen, digitale Bibliotheken und Blended-Learning-Formate zum Standard, und die Vermittlung digitaler Kompetenzen wird systematisch in die Curricula integriert.

Insgesamt präsentiert sich das österreichische Hochschulsystem heute als vielfältig und dynamisch. Öffentliche Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen und private Einrichtungen ergänzen sich gegenseitig und bedienen unterschiedliche Bedürfnisse. Während Universitäten die wissenschaftliche Forschung und Lehre im klassischen Sinne tragen, reagieren Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen und private Hochschulen auf gesellschaftliche und arbeitsmarktbezogene Anforderungen. Gesteuert wird das System durch ein komplexes Zusammenspiel aus Ministerium, Verbänden, Förderorganisationen, Studierendenvertretung und außeruniversitären Einrichtungen. Mit Themen wie Employability, Digitalisierung, Internationalisierung und Entrepreneurship verfolgt das System klare Strategien, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden und Österreich als innovativen Wissenschafts- und Bildungsstandort zu stärken.

Quellen zur Hochschullandschaft auf der Webseite des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF):

- [Das österreichische Hochschulsystem](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- [Liste der öffentlichen Universitäten](#) sowie [Interdisciplinary Transformation University \(IT:U\)](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- [Liste der Fachhochschulen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- [Liste der Privathochschulen und Privatuniversitäten](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- [Hochschulgremien und Hochschulakteur:innen](#) (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

Quellen zum Hochschulranking:

- Österreichische Universitätenkonferenz (uniko): [Die Bedeutung von Hochschulrankings für österreichische Universitäten](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- ORF.at Science: [Wie sinnvoll sind Uni-Rankings?](#) (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

Quellen zu den statistischen Daten:

- Hochschulstatistisches Informationssystem des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF): [Datawarehouse Hochschulbereich – uni:data](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Publikation des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF): [Statistisches Taschenbuch – Hochschule und Forschung 2024](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Publikation des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF): [2024 > Wissenschaft in Österreich/Statistiken](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Website der Statistik Austria: [Bildung in Zahlen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Publikation der Statistik Austria: [Bildung in Zahlen 2023/24 – Schlüsselindikatoren und Analysen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Statistisches Amt der Europäischen Union: [Eurostat](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Website der Europäischen Union: [Eurydice, das Bildungsinformationsnetzwerk in Europa - Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Publikation der OECD: [Bildung auf einen Blick](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Die Presse, 03.09.2025: [Zahl der Studenten steigt weiter](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Statistik Austria: [Migration & Integration Jahrbuch 2024](#) (Internationale Studierende, Stand WS 2023/24) (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

b. Historische Genese des Hochschulwesens

Die österreichische Hochschullandschaft blickt auf eine über 650-jährige Geschichte zurück. Mit der Gründung der Universität Wien im Jahr 1365 durch Herzog Rudolf IV. entstand die älteste Universität des heutigen deutschen Sprachraums. Sie genoss früh eine gewisse Autonomie gegenüber Kirche und Landesherr, geriet aber im Zuge von Pest, Kriegen und Reformation in eine tiefe Krise. Erst im Zuge der Gegenreformation wurde sie – wie auch die Universitäten Graz (1585), Salzburg (1622) und Innsbruck (1669) – zu einer vom Jesuitenorden dominierten Bildungsstätte. Diese Universitäten waren stark kirchlich geprägt und blieben bis ins 18. Jahrhundert weitgehend vom Fortschritt der neuzeitlichen Wissenschaft ausgeschlossen.

Mit den Reformen unter Maria Theresia und Joseph II. erfolgte eine grundlegende Säkularisierung und Verstaatlichung des Bildungswesens. Die Universitäten wurden in staatliche Anstalten umgewandelt und damit aus kirchlicher Abhängigkeit gelöst. Im 19. Jahrhundert setzte eine Phase intensiver Neugründungen und Modernisierung ein: Graz und Innsbruck erhielten 1826 bzw. 1827 erneut Universitätsstatus, hinzu kamen neue technische und wirtschaftliche Ausbildungsstätten – etwa die späteren Technischen Universitäten Wien und Graz, die Universität für Bodenkultur Wien (1872), die Montanuniversität Leoben (1840) und die Veterinärmedizinische Universität Wien (1896). 1901 bis 1908 erhielten die Technischen Hochschulen, die Montanlehranstalt und die Veterinärmedizinische Hochschule das Promotionsrecht. Dieses Hochschulsystem blieb in seiner Grundstruktur bis weit ins 20. Jahrhundert hinein erhalten.

Nach dem Zerfall der Monarchie 1918 wurden die Universitäten als staatliche Einrichtungen fortgeführt. In der Ersten Republik waren sie stark von politischen und ideologischen Spannungen geprägt; insbesondere Nationalismus und Antisemitismus fanden an den Hochschulen breite Resonanz. Während der Zeit des Nationalsozialismus (1938–1945) wurden jüdische und regimiekritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vertrieben oder ermordet, und die Hochschulen in das deutsche System eingegliedert. Nach 1945 erfolgte die Wiederherstellung der österreichischen Hochschulgesetzgebung und der Wiederaufbau des Lehrbetriebs, wenn auch mit erheblichen personellen und strukturellen Defiziten.

Das Hochschulorganisationsgesetz von 1955 schuf erstmals eine einheitliche gesetzliche Grundlage für alle wissenschaftlichen Hochschulen, ohne jedoch tiefgreifende organisatorische Reformen einzuführen. Erst in den 1960er-Jahren erfolgten wieder Neugründungen, darunter die Universität Salzburg (1962), die Universität Linz (1966) und die Universität Klagenfurt (1970).

Auch die künstlerischen Hochschulen entwickelten sich schrittweise zu modernen Ausbildungsstätten. Die Akademie der bildenden Künste Wien (1696) gilt als älteste Kunstuniversität. Im 19. Jahrhundert folgten die Vorläufer der heutigen Musikuniversitäten in Wien, Graz und Salzburg. Nach 1945 wurden diese Institutionen zu staatlichen Akademien und in den 1970er-Jahren durch das Kunsthochschul-Organisationsgesetz zu Hochschulen aufgewertet. 1998 erhielten sie den Status als Universitäten der Künste.

Ab den 1960er-Jahren wurde der Hochschulsektor durch rechtliche Vereinheitlichung weiterentwickelt. Mit dem [Allgemeinen Hochschulstudiengesetz](#) (1966) und dem Universitätsorganisationsgesetz (UOG, 1975) wurden Studienrecht und universitäre Selbstverwaltung modernisiert. Letzteres führte erstmals demokratische Kollegialorgane ein, an denen Lehrende, Studierende und Verwaltung beteiligt waren. Das UOG 1993 weitete die Autonomie der Universitäten deutlich aus und bereitete den Übergang zu einer vollständigen Selbstverwaltung vor.

Mit dem [Universitätsgesetz 2002](#) (UG 2002) begann eine neue Phase der Hochschulpolitik: Alle wissenschaftlichen und künstlerischen Universitäten erhielten eine einheitliche gesetzliche Grundlage und weitgehende Autonomie. Sie wurden zu juristischen Personen des öffentlichen Rechts und aus der Bundesverwaltung ausgegliedert. Neue Steuerungsinstrumente wie Globalbudgets und Leistungsvereinbarungen ersetzten die traditionelle staatliche Detailsteuerung. Das UG schuf zudem die eigenständigen Medizinischen Universitäten Wien, Graz und Innsbruck, die aus den bisherigen medizinischen Fakultäten hervorgingen. Parallel dazu wurde das Studiensystem im Zuge des Bologna-Prozesses auf die dreistufige Struktur Bachelor, Master und Doktorat umgestellt.

Neben den Universitäten entwickelte sich seit den 1990er-Jahren ein differenzierter postsekundärer Bereich. Mit dem [Fachhochschul-Studiengesetz](#) von 1993 wurde der Fachhochschulsektor eingeführt, der stärker berufsorientiert ist und Studiengänge nach einem Akkreditierungsverfahren anbietet. Die ersten Fachhochschulen nahmen 1994 ihren Betrieb auf; seither hat sich dieser Sektor dynamisch entwickelt und spielt eine zentrale Rolle für praxisnahe Ausbildung und regionale Innovationsförderung.

1999 wurde mit dem Universitäts-Akkreditierungsgesetz (heute [Privatuniversitätengesetz](#)) die rechtliche Grundlage für Privatuniversitäten geschaffen, die seither durch die Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria (AQ Austria) überwacht werden. Diese Einrichtungen ergänzen das staatliche System durch spezialisierte und oft international ausgerichtete Programme.

Ein weiterer eigenständiger Teil des postsekundären Sektors sind seit 2007 die Pädagogischen Hochschulen, die aus den früheren Lehrerbildungsakademien hervorgingen. Sie bieten Lehramtsstudien auf Bachelor- und Masterniveau an und bilden die zentrale Basis der österreichischen Lehrbildung.

Zur Entwicklung der Studierendenzahlen lässt sich feststellen, dass im Bereich der öffentlichen Universitäten die Anzahl der belegten Studien seit den 1970er-Jahren drei Jahrzehnte lang steil anstieg. Im Wintersemester 2001/2002 kam es durch die Einführung von allgemeinen Studienbeiträgen zu einem deutlichen Rückgang der Einschreibungen, danach setzte sich der starke Anstieg bei den belegten ordentlichen Studien jedoch ein weiteres Jahrzehnt fort. 2012/2013 war mit 346.385 Belegungen der Höchststand in dieser Zeitreihe erreicht. Seither ging die Anzahl der belegten ordentlichen Studien an öffentlichen Universitäten tendenziell zurück, während parallel der Fachhochschulsektor massiv ausgebaut wurde. Seit der Gründung der Fachhochschulen in Österreich im Jahr 1994, in dem 693 Studierende eine Ausbildung an einer Fachhochschule begannen, ist die Anzahl der ordentlichen Studien an Fachhochschulen jährlich stark angestiegen und lag im Wintersemester 2021/2022 bei 59.673. 2022/2023 ist mit 58.726 belegten ordentlichen FH-Studien die Anzahl erstmals zurückgegangen, 2023/2024 lag diese bei 59.136. Im Wintersemester

2023/2024 waren 21.580 Studierende an vierzehn Pädagogischen Hochschulen zu einem Lehramtsstudium zugelassen, 18.263 besuchten Weiterbildungslehrgänge. Gemäß den jährlichen Erhebungen von Statistik Austria an Privathochschulen und theologischen Lehranstalten waren 2023/2024 an den 19 Privathochschulen 16.637 ordentliche und 4.917 Lehrgang-Studierende zugelassen. An den zwei theologischen Hochschulen wurden 247 Studierende verzeichnet.

Im Studienjahr 2024/2025 waren zum zweiten Mal in Folge über 400.000 Studierende an allen Hochschulen eingeschrieben. Die Zahl der ordentlichen Studierenden erreichte dabei mit knapp 355.000 ein neues Allzeithoch (plus 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr). An den öffentlichen Universitäten waren davon rund 265.000 eingeschrieben (ca. plus 1 Prozent im Vergleich zu 2023) – trotz des leichten Rückgangs seit dem Gipfel 2012/2013 stellen die öffentlichen Unis damit weiterhin den größten Anteil der Studierenden.

Der Fachhochschulektor wurde seit seiner Gründung 1994 massiv ausgebaut. Startete man 1994 mit weniger als 700 Studierenden, so sind es inzwischen über 60.000 Fachhochschul-Studierende. Allein 2024/2025 wurden an den FHs etwa 61.000 Studien belegt, was einem Plus von rund drei Prozent entspricht. Auch Pädagogische Hochschulen (für die Lehramtsausbildung) sowie Privatuniversitäten gewinnen an Bedeutung. An den Pädagogischen Hochschulen waren 2024/2025 etwa 22.200 Lehramtsstudierende eingeschrieben (plus 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Die Privatuniversitäten verzeichneten zuletzt rund 21.400 Studierende – hier gab es 2024/2025 allerdings ein leichtes Minus (ca. 100 weniger als im Vorjahr). Insgesamt wird das Hochschulsystem also von den öffentlichen Universitäten dominiert, doch Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen und private Hochschulen tragen durch ihr Wachstum wesentlich zur Gesamtstudierendenzahl bei.

Beginnend mit dem Studienjahr 2000/2001 wurde in Österreich im Rahmen einer Harmonisierung der europäischen Bildungssysteme die Studienarchitektur der meisten Studien von einem zweistufigen System (Diplom und Doktorat) auf ein dreistufiges (Bachelor, Master und Doktorat) umgestellt. Dennoch waren von den 293.165 ordentlichen Studien, die im Wintersemester 2023/2024 an öffentlichen Universitäten belegt wurden, immerhin noch 12,8 Prozent Diplomstudien. Mehr als die Hälfte (53,9 Prozent) der ordentlichen Studien an öffentlichen Universitäten waren hingegen Bachelorstudien und über ein Viertel (26,2 Prozent) Masterstudien. Doktoratsstudien, welche auf ein bereits absolviertes Diplom- oder Masterstudium aufbauten, beliefen sich auf 7,0 Prozent. An den Fachhochschulen entfielen 71,8 Prozent der ordentlichen Studien auf Bachelorstudiengänge und 28,2 Prozent auf Masterstudien.

Quellen:

- Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF): [Geschichtlicher Überblick über den postsekundären Sektor](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Webseite der Universität Wien: [Entwicklung der Studienfrequenz im 19. und 20. Jahrhundert](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Publikation der Statistik Austria: [Bildung in Zahlen 2023/24 – Schlüsselindikatoren und Analysen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Pressemitteilung der Statistik Austria, 12.09.2023: [Mehr Studentinnen, weniger Studenten 2022/23 \(Frauen- und Männeranteile\)](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Publikation des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF): [2024 > Wissenschaft in Österreich/Statistiken](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Die Presse, 03.09.2025: [Zahl der Studenten steigt weiter](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

c. Autonomie und Finanzierung

Österreich ist ein föderaler Staat, jedoch liegt die Verantwortung für das Hochschulwesen primär beim Bund. Anders als etwa in Deutschland werden die öffentlichen Universitäten in Österreich

zentral durch den Bund gesteuert. Zuständig ist insbesondere das Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF), das die 23 öffentlichen Universitäten des Landes direkt beaufsichtigt und finanziert. Daneben existieren Fachhochschulen (FH) und Pädagogische Hochschulen, für deren Finanzierung und Entwicklungsplanung ebenfalls größtenteils der Bund zuständig ist (z. B. über den FH-Entwicklungs- und Finanzierungsplan), oft in Kooperation mit Bundesländern und Trägerorganisationen.

Anders als öffentliche Universitäten erhalten private Hochschulen keine direkte Grundfinanzierung aus dem Bundesbudget. Das seit 1999 bestehende [Privatuniversitätengesetz](#) (PUG) bzw. das neue [Privathochschulgesetz](#) (PrivHG, seit 2021) verankern ein ausdrückliches Bundesfinanzierungsverbot für Privatus. Dagegen können Bundesländer und Gemeinden private Hochschulen direkt unterstützen und tun dies auch teils sehr stark: so wird die Anton Bruckner Privatuniversität fast ausschließlich vom Land Oberösterreich, die Musik- und Kunstuniversität Wien von der Stadt Wien getragen. Insgesamt bestreiten private Hochschulen ihren Betrieb vorwiegend aus Studiengebühren, Trägerzuschüssen, Drittmitteln und regionaler öffentlicher Unterstützung.

Insgesamt zeichnet sich das österreichische Hochschulsystem durch eine zentrale Steuerung durch Bundesinstitutionen innerhalb eines rechtlichen Rahmens aus, der im [Universitätsgesetz 2002](#) (UG) und weiteren Gesetzen festgelegt ist. Die [österreichische Bundesverfassung](#) (Artikel 81c B-VG) sichert den Universitäten dabei ausdrücklich ihre autonome Stellung zu: Die öffentlichen Universitäten sind seit der UG-Novelle 2002 eigenständige juristische Personen öffentlichen Rechts, was ihnen weitreichende Autonomie in Verwaltung und Gestaltung einräumt. Sie können ihre interne Organisation, Berufungen, Curricula und Forschungsschwerpunkte weitgehend selbst bestimmen. Gleichzeitig besteht eine enge Kooperation mit dem zuständigen Ministerium, um gesamtstaatliche Hochschulziele umzusetzen. Zentral hierfür sind die alle drei Jahre abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen zwischen jeder Universität und dem Bund. In diesen öffentlich-rechtlichen Verträgen werden sowohl die Finanzierung (Globalbudget) als auch konkrete Zielvorgaben festgelegt. Typische abgestimmte Ziele betreffen etwa Studienabschlüsse, prüfungsaktive Studierende, Betreuungsverhältnisse oder Forschungsleistungen. Die Universitäten müssen ihre Entwicklungspläne mit dem Ministerium abstimmen und über Kennzahlen (z. B. in jährlichen Wissensbilanzen) Rechenschaft ablegen – ein System kontrollierter Autonomie. Neue Studiengänge oder größere Infrastrukturprojekte werden in der Regel in Abstimmung mit dem BMFWF geplant, um sicherzustellen, dass sie in die bundesweite Hochschulstrategie passen.

Als Grundlage für die Entwicklungspläne und für die Leistungsvereinbarungen der öffentlichen Universitäten dient der [Gesamtösterreichische Universitätsentwicklungsplan \(GUEP\)](#), das wichtigste strategisch-technische Planungsinstrument. Mit Jahresende 2022 hat das BMFWF die Neuauflage des GUEP für die Jahre 2025 bis 2030 vorgelegt. Sie umfasst mehr als eine bloße Aktualisierung, weil sich die Hochschullandschaft stetig verändert und weiterentwickelt. Daher gilt es, alle drei Jahre die gesetzten Systemziele zu hinterfragen und nachzuschärfen. Deshalb wurde in dieser Aktualisierung das Augenmerk auf den Ausbau von Forschungsfeldern und Kooperationen gelegt – unter Berücksichtigung von MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) und von Nachhaltigkeit, die Schaffung interdisziplinär konzipierter Studien im Kontext von MINT und Nachhaltigkeit, die Nachwuchsförderung und die ausgewogene Geschlechterrepräsentanz, die Umsetzung der Ziele der FTI-Strategie 2030 der Bundesregierung sowie die Kooperationen und Verbundbildung zwischen den Universitäten und weiteren Hochschulpartnerinnen und -partnern. Das gilt ganz besonders für die Zielsetzungen, die den globalen Wandel betreffen, der sich derzeit auf allen gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Ebenen vollzieht.

Insgesamt gilt: Akademische Freiheit und Selbstverwaltung der Hochschulen sind gewährleistet, doch im Gegenzug erwartet der Staat die Erfüllung vereinbarter Leistungsziele. Dieses partnerschaftliche Steuerungsmodell erfordert laufenden Dialog – der Erfolg des UG 2002 basiert laut Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung wesentlich auf der guten

Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und dem Ministerium.

Österreich investiert im internationalen Vergleich stark in den tertiären Bildungssektor. Die öffentlichen Bildungsausgaben im tertiären Bereich entsprechen etwa 1,7 Prozent des BIP, womit Österreich EU-weit an erster Stelle liegt. Konkret bedeutet das ein mehrjährig stetig wachsendes Budget für die öffentlichen Hochschulen. In der Leistungsvereinbarungsperiode 2019–2021 standen den Universitäten insgesamt rund 11 Milliarden Euro vom Bund zur Verfügung; für 2022–2024 wurde das Gesamtbudget auf 12,3 Milliarden Euro (eine Steigerung um ca. zwölf Prozent) erhöht. Aufgrund von Inflations- und Kriseneffekten stockte die Bundesregierung dieses Budget zwischenzeitlich sogar noch auf etwa 13,2 Milliarden Euro auf. Für die Periode 2025–2027 ist erneut ein großer Zuwachs vorgesehen – auf rund 16 Milliarden Euro. Diese deutliche Budgetsteigerung wird als notwendig erachtet, um Qualität und Kapazitäten an den Hochschulen trotz steigender Kosten zu sichern. Neben der Lehre fließen auch erhebliche Mittel in Forschung und Entwicklung (F&E): Die gesamtösterreichischen Ausgaben für F&E erreichten 2024 etwa 3,35 Prozent des BIP (geschätzt rund 16 Milliarden Euro). Etwa 23 Prozent der gesamten F&E-Ausgaben in Österreich entfallen auf den Hochschulektor – davon wiederum der überwiegende Großteil (rund 77 Prozent) auf die öffentlichen Universitäten. Dies unterstreicht die Doppelrolle der Universitäten als Bildungs- und Forschungseinrichtungen: ein nennenswerter Teil staatlicher Forschungsausgaben wird direkt an Hochschulen umgesetzt.

Die Finanzierung der österreichischen Hochschulen ist überwiegend staatlich. Den Hauptanteil trägt der Bund mittels Steuermittel. Konkret machen die Globalbudgets des Bundes je nach Hochschultyp zwischen ca. 60 Prozent (bei forschungsintensiven technischen Universitäten) und 95 Prozent (bei Kunstuniversitäten) der Gesamteinnahmen aus. Unter Globalbudget versteht man in Österreich eine pauschale Mittelzuweisung, die in einer Leistungsvereinbarung festgelegt wird. Der restliche Finanzierungsanteil stammt aus Drittmitteln und privaten Quellen. Dazu zählen vor allem kompetitive Forschungsförderungen (z. B. Projektmittel des Wissenschaftsfonds FWF, Auftragsforschung für Industrie, EU-Forschungsprogramme wie *Horizon Europe*), Sponsorings oder Spenden sowie – in deutlich geringerem Umfang – Einnahmen aus Studienbeiträgen. Internationale Organisationen spielen in der Grundfinanzierung eine geringe Rolle, jedoch tragen EU-Programme substanziell zur Forschungsfinanzierung bei (z. B. EU-Projektgelder) und fördern auch den Hochschulaustausch (etwa via *Erasmus+*). Private Finanzierungsbeiträge sind insgesamt noch begrenzt.

Alle öffentlichen Gelder sind an Bedingungen geknüpft: Die Globalbudgets werden nur gegen Abschluss der erwähnten Leistungsvereinbarungen vergeben, in denen die Hochschulen zusichern, definierte Ziele zu verfolgen. Qualitätssicherung und Effizienz sind Teil dieser Auflagen – beispielsweise wurde das neue Finanzierungssystem ab 2019 an Qualitätsindikatoren (etwa bessere Betreuungsrelationen, mehr prüfungsaktive Studierende) sowie an soziale Ziele geknüpft. Projektförderungen (national oder EU) dürfen zweckgebunden nur für die vereinbarten Forschungsprojekte verwendet werden. Insgesamt gilt also: Staatliche Grundmittel sichern den Betrieb, während Drittmittel Wettbewerb und Profilbildung fördern – beide Finanzierungsströme unterliegen jedoch klaren vertraglichen oder gesetzlichen Bedingungen, die zweckentsprechende Verwendung und Zielerreichung sicherstellen.

Ein Kennzeichen des österreichischen Hochschulsystems ist die weitgehende Studiengebührenfreiheit für viele Studierende. An öffentlichen Universitäten zahlen österreichische Studierende sowie EU/EWR-Bürgerinnen und -Bürger grundsätzlich keine Studiengebühren, solange sie die reguläre Studiendauer plus zwei Toleranzsemester nicht überschreiten. Erst wenn diese Studiendauer überschritten wird, fällt eine Gebühr von derzeit 363,36 Euro pro Semester (zuzüglich des Beitrags für die Österreichische Hochschüler_innenschaft ÖH) an. Internationale Studierende aus Drittstaaten müssen hingegen meist von Anfang an einen Studienbeitrag entrichten, typischerweise 726,72 Euro pro Semester (doppelte Gebühr), außer sie fallen unter Ausnahmeregelungen. Gebührenbefreiungen werden in zahlreichen Fällen gewährt: etwa bei längeren

Studienunterbrechungen durch Krankheit oder Schwangerschaft, bei Betreuung von Kleinkindern, bei Behinderung ab 50 Prozent, während eines verpflichtenden Auslandssemesters oder für Studierende aus bestimmten Entwicklungsländern. Auch beurlaubte Studierende sind von Gebühren befreit, und bei Bezug der Studienbeihilfe (staatliches Studierenden-Stipendium) müssen keine Studiengebühren gezahlt werden. Dadurch bleibt das Studium für einen Großteil der Eingeschriebenen faktisch unentgeltlich – abgesehen vom Semesterbeitrag an die Studierendenvertretung (ca. 21 Euro).

Private Hochschulen haben das Recht, Studiengebühren autonom festzulegen. Die Gebühren variieren stark nach Hochschule und Studienrichtung: Während kirchlich oder öffentlich getragene Einrichtungen wie die Katholische Privatuniversität Linz nur rund 450 Euro pro Semester verlangen, liegen die Kosten in Fächern wie Medizin bei bis zu 15.000 Euro pro Jahr. In manchen Fällen machen die Studiengebühren über 90 Prozent des Budgets aus, in anderen – etwa bei Hochschulen mit starker Trägerfinanzierung – nur wenige Prozent.

Parallel dazu unterhält Österreich ein System von Studien- und Forschungsstipendien. Das zentrale Instrument der Studienförderung ist die Studienbeihilfe, eine staatliche Unterstützungsleistung für Studierende mit geringem Einkommen (bzw. abhängig vom Elterneinkommen). Seit Herbst 2022 wurden die Förderbeträge und Einkommensgrenzen zudem deutlich angehoben, um mehr Studierende zu erreichen. Die Beihilfe beträgt – je nach individueller Lage – bis zu 923 Euro pro Monat (maximaler Satz), mit Zuschlägen für z. B. studierende Eltern oder Menschen mit Behinderung, und über die Hälfte der Beziehenden erhält den Höchstbetrag. Neben der Studienbeihilfe gibt es ergänzende Unterstützungen wie Fahrtkostenzuschüsse, Auslandsstipendien oder einmalige Studienzuschüsse.

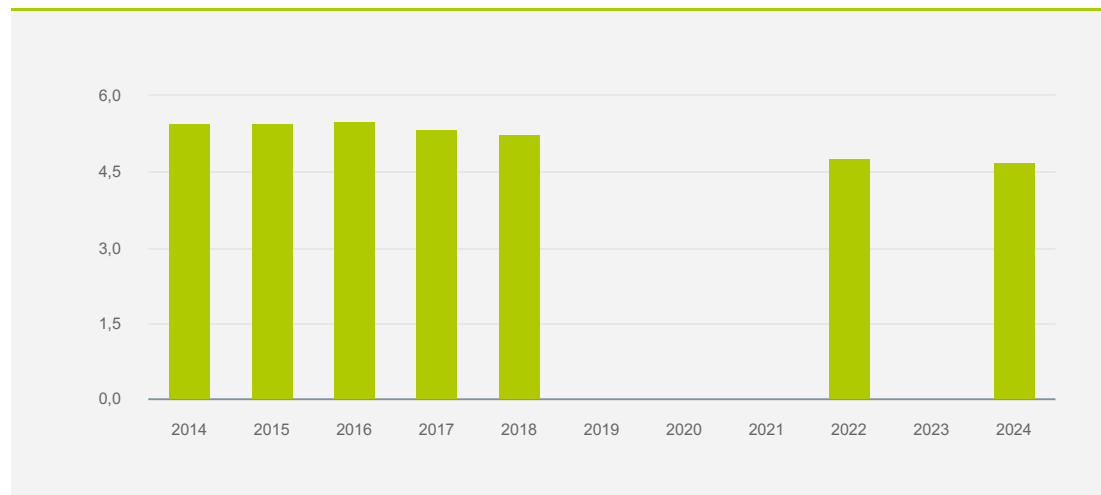
Für den wissenschaftlichen Nachwuchs bestehen ebenfalls vielfältige Förderprogramme. Die meisten Promovierenden und Postdocs an Universitäten sind über Projektmittel oder Stellen finanziert; darüber hinaus vergeben Einrichtungen wie der Wirtschaftsfonds FWF oder die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) kompetitive Forschungsstipendien. Beispiele sind Promotionsstipendien wie das *Doktorand:innenprogramm (DOC)* der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) oder Auslandsstipendien wie das *Erwin-Schrödinger-Stipendium* des Österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) für Postdocs. Auch der OeAD bietet Stipendien für ausländische Studierende und Forschende (z. B. *Ernst Mach-Stipendien*). Insgesamt verfügt Österreich also über ein ausgebautes Sozialsystem für Studierende und gezielte Förderungen für Forschende. Die Kombination aus gebührenfreier Hochschulbildung und staatlichen Stipendien soll dazu beitragen, Chancengleichheit sicherzustellen und talentierten Köpfen die Hochschulausbildung sowie Forschungskarrieren zu ermöglichen. Die öffentliche Hand nimmt dafür beträchtliche Mittel in die Hand – was jedoch laut Studien als gut investiert gilt, da Hochschulen Bildung, Innovation und Wachstum im Land entscheidend voranbringen.

Quellen:

- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF): [Der österreichische Hochschulplan 2030](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF): [Universitätsfinanzierung](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF): [Universitäten als eigene Rechtspersonen öffentlichen Rechts](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF): [Privathochschulen und Privatuniversitäten](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Österreichische Privatuniversitätenkonferenz (ÖPUK): [Wie finanzieren sich die Privatuniversitäten in Österreich?](#) (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Austria Presse Agentur, 23.09.2023: [Uni-Budget – Erste Leistungsvereinbarung für 2022-2024 abgeschlossen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Österreichischer Hochschulprofessor/innenverband, 21.06.2025: [Der lange Weg der Universitäten zur Autonomie](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF): [Statistisches Taschenbuch – Hochschulen und Forschung 2024](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Parlament Österreich, PK0999/23.10.2024: [Österreichs Universitäten stellen sich Zukunftsfragen Nachhaltigkeit und Digitalisierung](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung Im Auftrag der Österreichischen Universitätenkonferenz (WIFO): [Wirtschaftliche Effekte von Universitäten](#). Aktualisierung 2022. (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Studium.at: [Studiengebühren in Österreich 2025](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

DIAGRAMM 3: **Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich)**
in Prozent des BIP

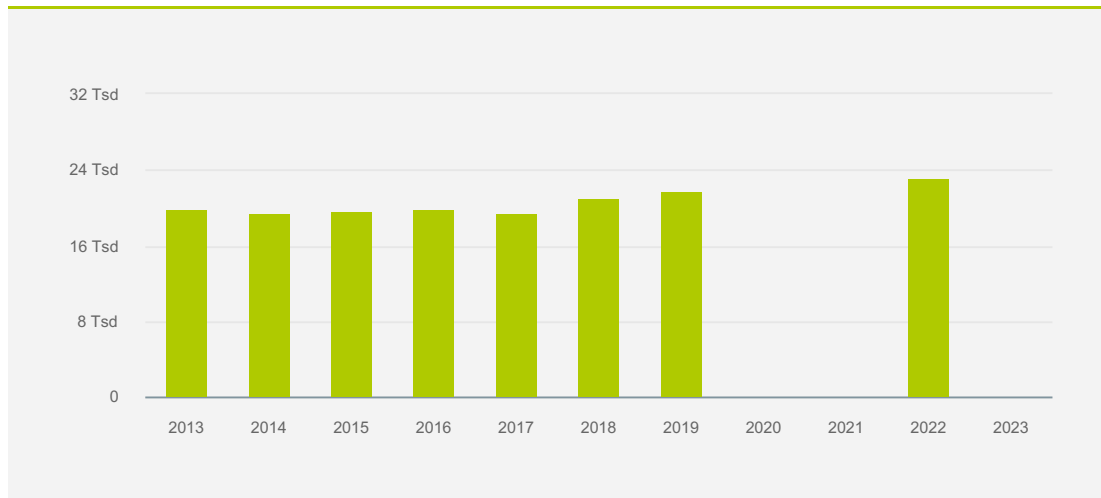
in Prozent



Quelle: [OECD - Education at a glance](#)

DIAGRAMM 4: Öffentliche Ausgaben pro Studierendem in KKP (ab Ausgabe 2021)

in US-Dollar



Quelle: [OECD - Education at a glance](#)

KENNZAHL 6: Entwicklung der öffentliche Ausgaben pro Studierendem in KKP (ab Ausgabe 2021)

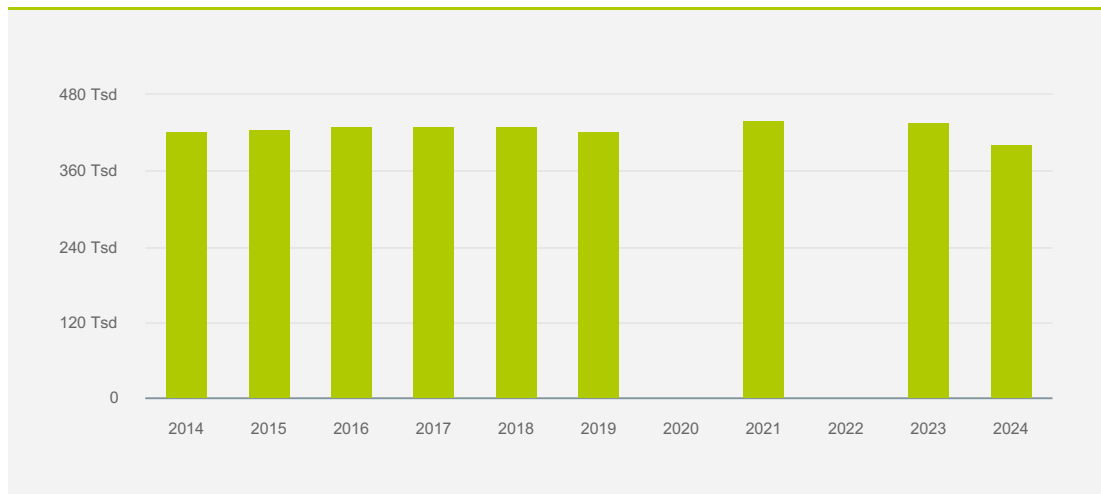
US-Dollar

Österreich (2022)	23.018
Im Vergleich: Deutschland (2022)	k.A.

Quelle: [OECD - Education at a glance \(Österreich\)](#) , [UNESCO Institute of Statistics \(Deutschland\)](#)

d. Lehre

DIAGRAMM 5: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden



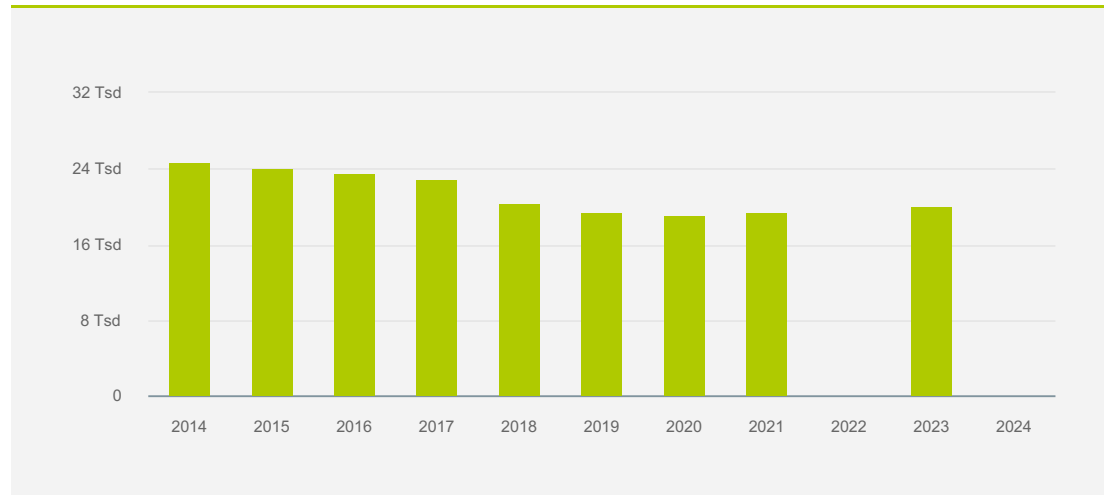
Quelle: [Statistik Austria](#)

KENNZAHL 7: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden

Österreich (2024)	401.934
Im Vergleich: Deutschland (2023)	3.336.118

Quelle: [Statistik Austria \(Österreich\)](#) , [UNESCO Institute of Statistics \(Deutschland\)](#)

DIAGRAMM 6: Anzahl der Doktorandinnen und Doktoranden



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](https://www.unesco.org/en/statistics)

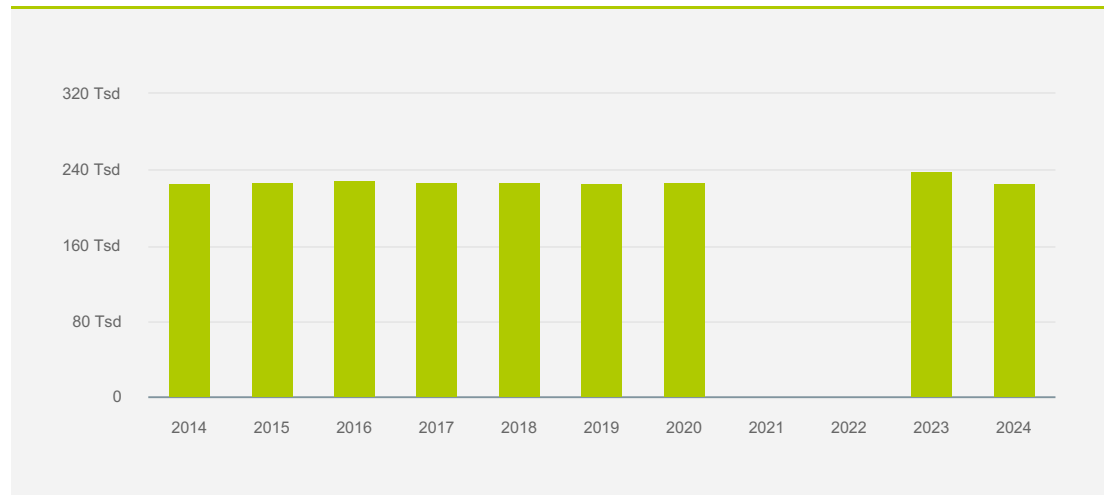
KENNZAHL 8: Anzahl der Doktorandinnen und Doktoranden

Österreich (2023)	19.965
Im Vergleich: Deutschland (2023)	205.302

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](https://www.unesco.org/en/statistics)

DIAGRAMM 7: Weibliche Studierende (ab Ausgabe 2021)

in Prozent



Quelle: [Statistik Austria](https://www.statistik.at)

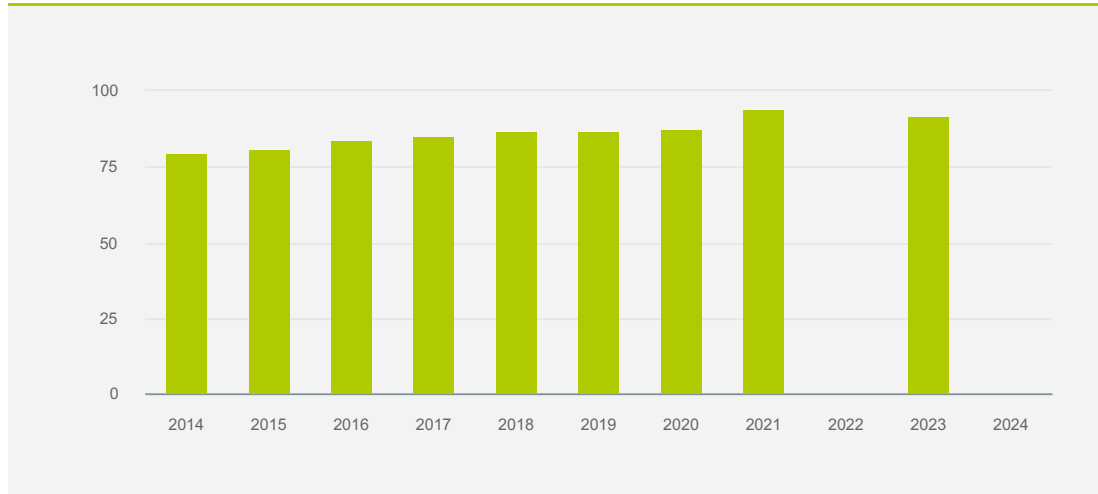
KENNZAHL 9: Weibliche Studierende (ab Ausgabe 2021)

Österreich (2024)	225.616
Im Vergleich: Deutschland (2023)	1.681.201

Quelle: [Statistik Austria \(Österreich\)](https://www.statistik.at), [UNESCO Institute of Statistics \(Deutschland\)](https://www.unesco.org/en/statistics)

DIAGRAMM 8: **Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)**

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](https://data.unesco.org/)

KENNZAHL 10: **Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)**

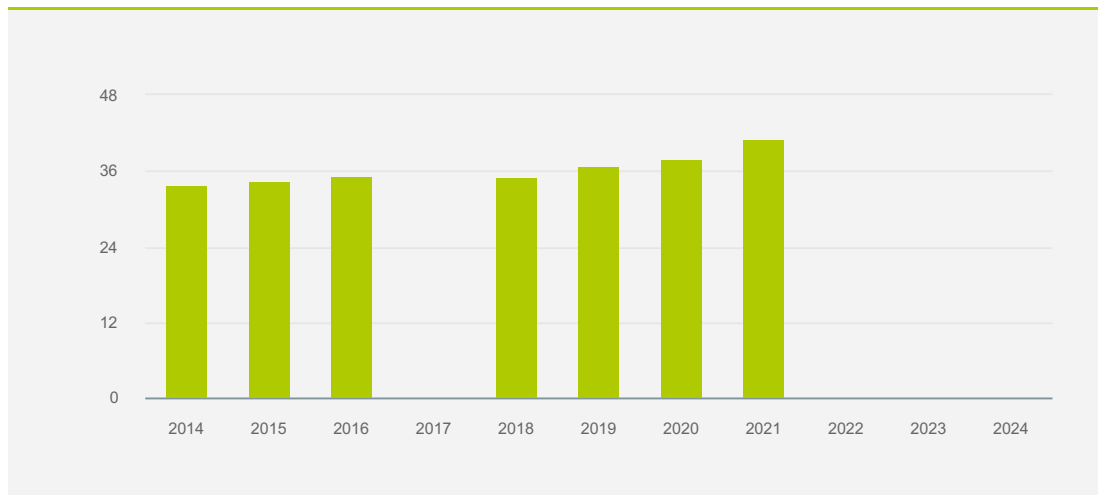
in Prozent

Österreich (2023)	91,68
Im Vergleich: Deutschland (2023)	76,32

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](https://data.unesco.org/)

DIAGRAMM 9: **Absolventinnen- und Absolventenquote BA+MA (ab Ausgabe 2021)**

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](https://data.unesco.org/)

KENNZAHL 11: **Absolventinnen- und Absolventenquote BA+MA (ab Ausgabe 2021)**

in Prozent

Österreich (2021)	41,14
Im Vergleich: Deutschland (2021)	47,99

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](https://data.unesco.org/)

Das österreichische Hochschulsystem ist infolge des Bologna-Prozesses dreistufig aufgebaut und

umfasst Bachelor-, Master- und Doktoratsstudien (PhD). In einzelnen Fächern, etwa der Medizin, bestehen weiterhin integrierte Diplomstudien mit längerer Regelstudienzeit, die direkt zu einem Magister- oder Dokortitel führen. Bachelorstudien dauern mindestens sechs Semester und umfassen 180 bis 240 ECTS-Punkte. Masterstudien haben in der Regel eine Dauer von vier Semestern mit einem Umfang von 90 bis 120 ECTS-Punkten, mindestens jedoch 60 ECTS. Voraussetzung für die Zulassung ist ein gleichwertiges und facheinschlägiges Bachelorstudium. Die genaue Bezeichnung des Abschlusses („Bachelor of Science“, „Master of Arts“ etc.) wird von den jeweiligen Hochschulen festgelegt und darf, muss aber nicht, geführt werden.

Bachelor- und Masterstudien enden in Österreich mit der *Sponsion*, der feierlichen Verleihung eines akademischen Grads wie Magister, Bachelor oder Master an Absolventen nach Abschluss eines entsprechenden Studiums. Dieser Akt wird oft mit einer akademischen Abschlussfeier, der *Sponsionsfeier*, begangen, bei der die Absolventen den Grad durch die Überreichung einer Urkunde und ein Gelöbnis erhalten. Der Begriff stammt aus dem Lateinischen und bedeutet übersetzt „Gelöbnis“.

Nach dem Masterabschluss kann ein Doktorats- bzw. PhD-Studium angeschlossen werden, das ausschließlich an öffentlichen Universitäten oder Privatuniversitäten absolviert werden kann. Es dauert mindestens drei Jahre, wobei die Zahl der ECTS-Punkte von der Universität bestimmt wird. Das Studium ist nicht in Abschnitte gegliedert und umfasst neben einzelnen Lehrveranstaltungen die Abfassung einer Dissertation sowie gegebenenfalls ein Rigorosum oder eine Verteidigung. PhD-Grade werden dem Namen nachgestellt, klassische Dokortitel hingegen vorangestellt.

Von diesem System ausgenommen sind Diplomstudien mit einer Dauer von vier bis sechs Jahren in Architektur, Medizin, Rechtswissenschaften sowie in einzelnen künstlerischen Studiengängen.

Für ein Bachelor- oder Diplomstudium sind in der Regel Personen mit *Matura* (wie Abitur), Studienberechtigungs- oder Berufsreifeprüfung zugangsberechtigt. Die allgemeine Zulassungsfrist für die erstmalige Zulassung an einer öffentlichen Universität endet österreichweit am 5. September für das Wintersemester bzw. am 5. Februar für das Sommersemester. Diese Frist gilt für den Beginn oder den Wechsel eines Bachelor- oder Diplomstudiums, nicht jedoch für Studien mit Aufnahmeverfahren oder besonderen Eignungstests. Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen haben eigene Fristen. In einigen Massenfächern – vor allem Human-, Zahn- und Veterinärmedizin sowie Psychologie – wurden Aufnahmeverfahren eingeführt, um die Zahl der Studienplätze zu steuern. Für Human- und Zahnmedizin wird an allen drei Medizinuniversitäten (Wien, Graz, Innsbruck) am selben Tag der gleiche Test abgehalten. Jährlich bewerben sich rund zehnmal so viele Kandidatinnen und Kandidaten wie es Studienplätze gibt – etwa 1.680 in der Humanmedizin. Aufgrund des großen Andrangs sind 75 Prozent der Plätze für Bewerberinnen und Bewerber mit österreichischem Maturazeugnis, 20 Prozent für EU-Bürgerinnen und -Bürger und fünf Prozent für Drittstaatsangehörige reserviert. Ausländische Studierende müssen meist Sprachkenntnisse auf Niveau B2 oder C1 nachweisen, während Drittstaatsangehörige zusätzlich den Nachweis der sogenannten besonderen Universitätsreife erbringen müssen.

Für die Zulassung zu einem Masterstudium ist ein fachlich passender Bachelorabschluss erforderlich. Bei nur teilweiser Gleichwertigkeit können Zusatzprüfungen vorgeschrieben werden. Manche Masterprogramme – vor allem bei Hochschulwechsel oder in stark nachgefragten Fächern – führen eigene Aufnahmeverfahren durch. Jede Hochschule kann innerhalb des gesetzlichen Rahmens eigene Kriterien festlegen, Grundvoraussetzung bleibt jedoch ein einschlägiger Bachelor- oder Diplomabschluss.

Zum Doktoratsstudium wird ein abgeschlossenes Diplom- oder Masterstudium in einem relevanten Fachgebiet verlangt; auch gleichwertige Abschlüsse anderer in- oder ausländischer Hochschulen werden anerkannt. In der Praxis ist meist eine Betreuungszusage einer habilitierten Person erforderlich. Internationale Bewerberinnen und Bewerber aus Drittstaaten müssen zusätzlich

nachweisen, dass sie im Herkunftsland mit ihrem Masterabschluss ebenfalls zur Promotion zugelassen wären.

Das Studienjahr an österreichischen Hochschulen beginnt am 1. Oktober und endet am 30. September des Folgejahres. Es gliedert sich in zwei Semester: Das Wintersemester läuft vom 1. Oktober bis 28./29. Februar des Folgejahres, das Sommersemester vom 1. März bis 30. September. Fachhochschulen können hiervon abweichende Zeitpläne haben. Die Lehrveranstaltungsformen entsprechen weitgehend den deutschen und umfassen Vorlesungen, Proseminare, Seminare, Übungen und Projektarbeiten.

Im Studienjahr 2024/2025 lehrten an österreichischen Hochschulen insgesamt 78.212 Personen, ein Zuwachs von 1,4 Prozent gegenüber 2023/2024. Davon entfielen 46.463 auf öffentliche Universitäten, 7.775 auf Privatuniversitäten, 16.629 auf Fachhochschulen und 7.345 auf Pädagogische Hochschulen.

Der Lehrkörper setzt sich aus ordentlichen und außerordentlichen Professuren, assoziierten Professuren, Assistenzprofessuren, Universitätsassistenten sowie Lektoraten zusammen. Hinzu kommen Gast- und Honorarprofessuren. An öffentlichen Universitäten überwiegen Professorinnen und Professoren und wissenschaftliche Mitarbeitende (5.936 bzw. 39.890 Personen), während an Fachhochschulen 14.418 hauptberufliche und 1.864 nebenberufliche Lehrende tätig sind. Privatuniversitäten beschäftigen 5.040 festangestellte und 2.271 nebenberufliche Lehrende, Pädagogische Hochschulen 1.467 Stammkräfte und 6.639 Lehrbeauftragte (Stand WS 2023/2024).

Die Qualifikationsanforderungen für Lehrpersonal sind hoch: Universitätsprofessorinnen und -professoren verfügen in der Regel über eine Promotion und häufig eine Habilitation oder eine gleichwertige Qualifikation. Wissenschaftliche Mitarbeitende besitzen meist einen Master- oder Doktorgrad. An Fachhochschulen wird neben einer akademischen Ausbildung auch eine einschlägige Berufserfahrung verlangt, um den Praxisbezug sicherzustellen. Viele FH-Dozierende verfügen daher über Master- oder Dokortitel und kommen aus der Industrie oder Berufspraxis. Zur Sicherung der Lehrqualität führen viele Hochschulen regelmäßige Evaluierungen durch und bieten hochschuldidaktische Weiterbildungen an. Zudem werden an mehreren Universitäten Teaching Awards für herausragende Lehrleistungen vergeben, etwa die Best Teaching Awards an der TU Wien.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Lehre sind breit gefächert. Öffentliche Universitäten decken alle klassischen Disziplinen ab – von Geistes- und Sozialwissenschaften über Rechts-, Wirtschafts- und Naturwissenschaften bis hin zu Technik, Medizin und Kunst. Einige Universitäten haben spezielle Profile, etwa die Medizinischen Universitäten, die Technischen Universitäten, die Universität für Bodenkultur mit Fokus auf Umweltwissenschaften oder die Wirtschaftsuniversität Wien.

Während Universitäten traditionell auf Forschung und Theorie ausgerichtet sind, liegt der Schwerpunkt der Fachhochschulen auf anwendungsorientierter Lehre. FH-Studiengänge vermitteln theoretische Grundlagen stets mit Praxisbezug – durch Fallstudien, Laborübungen, Praxisprojekte oder verpflichtende Berufspraktika. Die Curricula werden auf die Anforderungen der Berufsfelder abgestimmt, was eine unmittelbare Einsetzbarkeit der Absolventinnen und Absolventen sicherstellt. Fachhochschulen bieten vor allem Studiengänge in Technik, IT, Wirtschaft, Medien, Gesundheits- und Sozialwesen an und lehren meist in kleineren Gruppen mit straffem Stundenplan. Auch in Forschung und Entwicklung konzentrieren sich FHs auf praxisnahe Projekte mit konkretem Anwendungsbezug.

Zu den beliebtesten Studienrichtungen zählen Medizin, Wirtschaft und Management, Technik und Informatik, Gesundheits- und Sozialwissenschaften sowie Rechts- und Geisteswissenschaften.

Das österreichische Hochschulsystem vereint somit akademische Breite und praxisorientierte Spezialisierung. Universitäten fördern wissenschaftliche Vertiefung und Forschung, während Fachhochschulen eine enge Verbindung von Theorie und Praxis bieten. Diese duale Struktur ermöglicht es, sowohl den Bedarf an praxisnah ausgebildeten Fachkräften als auch an wissenschaftlichem Nachwuchs zu decken – ein wesentlicher Faktor für die hohe Qualität und

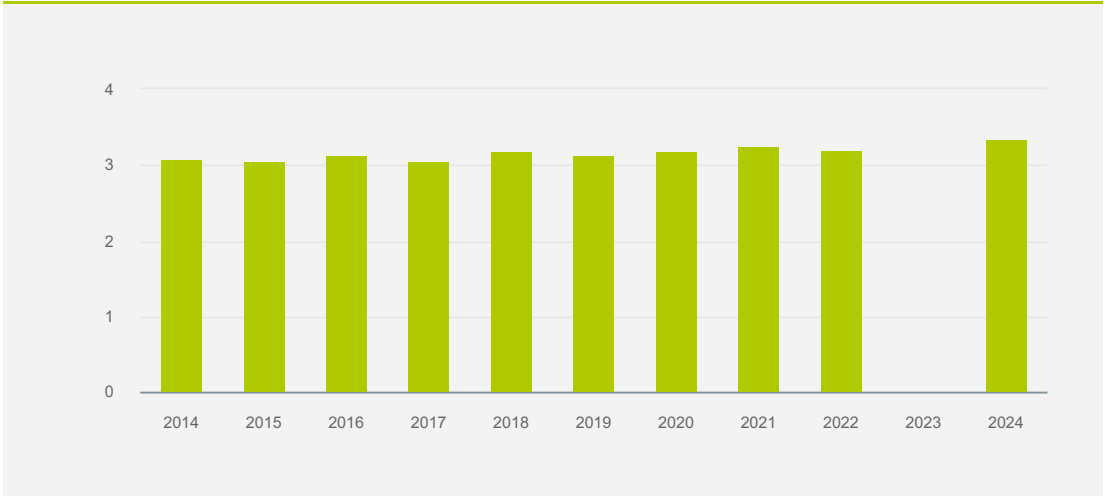
internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Hochschulbildung.

Quellen:

- Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF): [Studieren in Österreich](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- OeAD: [Das österreichische Bildungssystem](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF): [Studienzulassung](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Studieren.at: [Zulassung zu einem Studium](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Statistik Austria: [Lehrpersonen](#) (Stand 03.09.2025). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung (AQ): [Personalstruktur und Personalentwicklung an österreichischen Hochschulen](#) (Stand 2024). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Website der Statistik Austria: [Bildung in Zahlen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Publikation der Statistik Austria: [Bildung in Zahlen 2023/24 – Schlüsselindikatoren und Analysen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

e. Forschung, Innovation und Transfer

DIAGRAMM 10: Anteil der Forschungsausgaben am BIP in Prozent



Quelle: [Statistik Austria](#)

KENNZAHL 12: Anteil der Forschungsausgaben am BIP in Prozent

Österreich (2024)	3,35
Im Vergleich: Deutschland (2022)	3,13

Quelle: [Statistik Austria \(Österreich\)](#) , [UNESCO Institute of Statistics \(Deutschland\)](#)

KENNZAHL 13: Anzahl wissenschaftlicher Publikationen

Österreich (2024)	30.882
Im Vergleich: Deutschland (2024)	185.893

Quelle: [SCImago Journal & Country Rank](#)

Die österreichische Forschungslandschaft wird durch zahlreiche Akteure geprägt. Auf politischer Ebene sind insbesondere das Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF) für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich, das Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI) für die Umsetzung einer transformativen Innovationspolitik sowie das Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) verantwortlich. Im Auftrag dieser Ministerien wird jährlich der Forschungs- und Technologiebericht erstellt, der die aus Bundesmitteln geförderte Forschung, Technologie und Innovation (FTI) in Österreich dokumentiert. Strategische Beratung erhält die Regierung durch den Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FWIT-Rat), der 2024 aus der Zusammenlegung von Wissenschaftsrat und Forschungsrat hervorging, um eine koordinierte Forschungs- und Innovationspolitik sicherzustellen.

Zentrale Förderagenturen sind der Wissenschaftsfonds FWF für die Grundlagenforschung, die Forschungsförderungsgesellschaft FFG für anwendungsnahe Forschung und Entwicklung – insbesondere in Unternehmen – sowie die Austria Wirtschaftsservice AWS, die Unternehmensgründungen, Innovationen und Finanzierungen unterstützt. Ergänzend dazu bestehen Institutionen wie die Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG) mit Schwerpunkten in Medizin, Life Sciences sowie Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften, die Christian Doppler Forschungsgesellschaft (CDG), welche Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft fördert, und der OeAD als zentrale Servicestelle für europäische und internationale Bildungs- und Forschungsprogramme. Weitere Förderstellen bestehen auf Landesebene, etwa über den Klima- und Energiefonds für klimarelevante Forschung.

Forschung wird sowohl an Hochschulen als auch in außeruniversitären Einrichtungen betrieben. Neben 23 öffentlichen Universitäten, 21 Fachhochschulen, 14 Pädagogischen Hochschulen, 17 Privatuniversitäten und zwei Privathochschulen gibt es zahlreiche außeruniversitäre Forschungsorganisationen, darunter das Austrian Institute of Technology (AIT) als größte Einrichtung für angewandte Forschung und die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) als bedeutendstes Institut für Grundlagenforschung. Auch Einrichtungen wie die LBG, das Institute of Science and Technology Austria (ISTA) oder wirtschaftsnahe Think-Tanks tragen wesentlich zur Forschung bei. Laut der F&E-Vollerhebung 2021 stammen 53 Prozent der Forschungsausgaben, rund sieben Milliarden Euro, von Unternehmen; Hochschulen tragen etwa 23 Prozent und der staatliche Sektor rund 7,5 Prozent bei. Damit findet der Großteil der Forschung und Entwicklung in Österreich im Unternehmenssektor statt, während Hochschulen und Institute die wissenschaftliche Basis stärken. Die Forschungsförderungspolitik setzt auf enge Vernetzung dieser Sektoren: Grundlagenforschung wird durch den FWF und die Hochschulfinanzierung unterstützt, während anwendungsorientierte und wirtschaftsnahe Forschung über Programme der FFG, CDG und AWS gefördert wird.

In den letzten Jahren konnte Österreich seine Forschungsleistung deutlich steigern. Die F&E-Quote erreichte 2024 mit 3,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einen historischen Höchstwert und liegt damit im EU-Vergleich auf Platz drei hinter Belgien und Schweden. Die gesamten Forschungsausgaben beliefen sich 2024 auf 16,13 Milliarden Euro, nach 15,58 Milliarden Euro im Jahr 2023. Finanziert wurde diese Summe zu 41,9 Prozent durch heimische Unternehmen, zu 28,6 Prozent durch den Bund und zu 16,2 Prozent durch ausländische Quellen, insbesondere europäische Förderungen und internationale Unternehmen. Die [FTI-Strategie 2030](#) der Bundesregierung formuliert das Ziel, Österreich bis 2030 in die internationale Spitzenforschung zu führen. Dazu sollen Exzellenz, Wirksamkeit und Investitionen in Wissen und Talente gezielt gefördert werden.

Thematisch konzentriert sich die nationale Forschungsstrategie auf die grüne und digitale Transformation – auf Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Energiewende, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Schlüsseltechnologien. Parallel dazu werden etablierte Stärkefelder wie Life Sciences, insbesondere in Wien, Graz und Innsbruck, sowie die Quantenforschung an den

Universitäten Wien und Innsbruck weiterentwickelt.

Inhaltlich werden klare Forschungsschwerpunkte gesetzt, die sowohl nationale Stärkefelder als auch globale Herausforderungen adressieren. Aktuell stehen vor allem die grüne und die digitale Transformation im Vordergrund – also Themen rund um Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Energiewende sowie Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Schlüsseltechnologien. So investiert Österreich verstärkt in Forschungsprogramme zur Energiewende, zur Mobilitätswende (klimaneutrale Verkehrssysteme) und zur Kreislaufwirtschaft, da diese Bereiche als entscheidend für die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen gesehen werden. Parallel dazu werden Digitalisierung und neue Schlüsseltechnologien wie Mikroelektronik, Robotik, Photonik, Quantenforschung und Künstliche Intelligenz als strategische Felder priorisiert. Auch klassische Stärkefelder der österreichischen Forschung werden weiter gefördert – etwa Life Sciences (insbesondere Medizin und Biotechnologie in Wien, Graz und Innsbruck) oder Quantenphysik, in welchem Bereich Österreich mit Weltklasse-Forschung etwa an der Universität Wien und Innsbruck aufwartet. Diese Gebiete haben Österreich bereits international Renommee eingebracht - nicht zuletzt Nobelpreise - und bleiben wichtige Schwerpunktbereiche, auch in der Kooperation mit Deutschland: Ein Beispiel ist das Projekt *BeyondC – Quantum Information Systems Beyond Classical Capabilities*, ein Spezialforschungsbereich (SFB) des FWF mit Beteiligung von österreichischen und deutschen Forschungseinrichtungen. Das Projekt kooperiert mit einer Partnergruppe am Max-Planck-Institut für Quantenoptik (Deutschland) sowie mehreren österreichischen Universitäten.

Ein deutlicher Trend geht hin zu missionsorientierter Forschung, die gezielt gesellschaftliche Herausforderungen adressiert. Österreich beteiligt sich aktiv an den europäischen Horizon-Europe-Missionen und betreibt eigene Programme wie die FFG-Challenge *Wasser & Boden*. Solche Vorhaben sollen disziplinübergreifende Forschung fördern und gleichzeitig gesellschaftlichen Nutzen erzeugen. Programme wie *excellent=austria* des FWF zielen darauf ab, Spitzenforschung international sichtbar zu machen und Österreich im globalen Wettbewerb zu positionieren.

Auch die Innovationspolitik ist in Österreich eng mit der Forschungsförderung verzahnt. Das BMWET und das BMIMI koordinieren auf Bundesebene zahlreiche Programme, die von der FFG und AWS umgesetzt werden. Ein besonders erfolgreiches Instrument ist das *COMET-Programm (Competence Centers for Excellent Technologies)*, das 23 Kompetenzzentren umfasst, in denen Universitäten, Fachhochschulen und Unternehmen gemeinsam an Forschungsprogrammen arbeiten. Finanziert wird es durch Bund, Länder und beteiligte Unternehmen. Ebenso tragen die Christian Doppler Labors zur praxisnahen Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bei. Wichtige Netzwerke bestehen in den Bundesländern, etwa der Silicon Alps Cluster im Bereich Elektronik oder der Green Tech Cluster Styria in der Umwelttechnik. Die Wirtschaftskammer Österreich (WKO) und die Industriellenvereinigung (IV) ergänzen diese Struktur durch branchenspezifische Innovationsstrategien. Thematisch konzentriert sich die Innovationsförderung auf Zukunftsfelder wie Klimaschutz, Energie, Kreislaufwirtschaft, Digitalisierung, Mikroelektronik, Quantenforschung, Robotik und Künstliche Intelligenz. Auch Life Sciences, Gesundheitstechnologien und Mobilität – etwa autonomes Fahren oder Luft- und Raumfahrt – werden gezielt unterstützt. Zunehmend wird auch soziale Innovation als Teil der Innovationspolitik verstanden, etwa durch Programme des Europäischen Sozialfonds.

Charakteristisch für die aktuelle Politik ist der Multi-Stakeholder-Ansatz: Staat, Forschungseinrichtungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft arbeiten gemeinsam an Innovationsprozessen. Die Open-Innovation-Strategie des BMFWF fördert Beteiligungsformate wie Innovationslabore, Hackathons und Citizen-Science-Projekte, die den Wissensaustausch zwischen verschiedenen Akteursgruppen erleichtern.

Der Wissenstransfer, verstanden als die "Dritte Mission" der Hochschulen, hat sich zu einem

zentralen Element des österreichischen Wissenschaftssystems entwickelt. Universitäten und außeruniversitäre Institute verfügen über professionelle Transferstellen, die Forschende bei Patentanmeldungen, Ausgründungen und Kooperationen unterstützen. Laut einer WIFO-Studie kooperieren 57 Prozent der Großunternehmen und 30 Prozent der KMU mit Hochschulen – weit über dem EU-Durchschnitt. Diese enge Zusammenarbeit führt häufig zu marktrelevanten Innovationen und stärkt den Standort nachhaltig. Zur Förderung des Transfers wurden Programme wie *Wissenstransferzentren und IPR-Verwertung (WTZ Ost, West, Süd)* geschaffen, die mit 20 Millionen Euro gefördert wurden, um Patentierungen und Spin-offs zu beschleunigen. Aufbauend darauf ermöglicht das Spin-off-Fellowship-Programm wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Geschäftsideen zu entwickeln und Unternehmensgründungen vorzubereiten. Ergänzend dazu würdigen das BMFWF und das BMWET jährlich herausragende Start-ups mit dem Gründungspreis *Phönix*. Auch die Zivilgesellschaft wird aktiv in den Wissensaustausch eingebunden, etwa über die Plattform *Österreich forscht*, die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an Forschungsprojekten ermutigt. Der OeAD koordiniert diese Aktivitäten über das Zentrum für Citizen Science. Zudem veranstalten Hochschulen Formate wie Science Slams, öffentliche Vorlesungsreihen oder die *Lange Nacht der Forschung*, um den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu fördern.

Ein wesentlicher Bestandteil der österreichischen Hochschullandschaft ist die Praxisorientierung in Studium und Lehre, die vor allem durch die Einführung der Fachhochschulen in den 1990er-Jahren etabliert wurde. Diese orientieren sich stark am deutschen Modell der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und verbinden wissenschaftliche Ausbildung mit beruflicher Praxis. Studiengänge sind in kleinen Gruppen organisiert, beinhalten verpflichtende Praktika und werden häufig von Lehrenden mit Industrieerfahrung betreut. Besonders hervorzuheben sind duale Studiengänge, die an acht Fachhochschulen mit derzeit 18 Programmen angeboten werden, etwa an der FH Technikum Wien, der FH Joanneum oder der FH Oberösterreich. Studierende absolvieren hier wechselweise Studienphasen und praktische Ausbildung in Unternehmen, was ihnen bereits während des Studiums Berufserfahrung und finanzielle Absicherung bietet. Neben dualen Studienformaten wächst auch das Angebot an berufsbegleitenden Studien, die Fachkräften eine akademische Weiterbildung ermöglichen.

Fachhochschulen gelten heute als Motor der Praxisorientierung im tertiären Bildungssystem, während Universitäten zunehmend praxisnahe Lehrformen wie Projektkurse oder Entrepreneurship-Module integrieren. So entsteht eine enge Verbindung von Forschung, Ausbildung und Anwendung, die den Wissenstransfer in die Wirtschaft stärkt. Insgesamt zeigt sich, dass Forschung, Innovation und Transfer in Österreich eng miteinander verknüpft sind. Das System deckt mit seinen vielfältigen Institutionen und Programmen alle Stufen von der Grundlagenforschung bis zur Markteinführung ab. Mit klaren Schwerpunkten auf Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Kooperation trägt das österreichische Hochschul- und Wissenschaftssystem maßgeblich zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei.

Quellen:

- Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF): [Forschung in Österreich](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF): [Akteure in der Förderlandschaft](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF): [Wissens- und Technologietransfer](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- [Wissenstransferzentren](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI): [Innovation](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET): [Innovation](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Parlament Österreich: [Österreichs Forschungsquote](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundeskanzleramt: [Förderagenturen des Bundes](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundeskanzleramt: [Forschung, Technologie und Innovation \(FTI\) – FTI-Strategie für 2030](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Österreichischer Wissenschaftsfonds (FWF): [excellent=austria](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI): [FFG - Startschuss für 13 neue COMET-Initiativen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG): COMET: [Competence Centers for Excellent Technologies](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Studium.at: [Duales Studium](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Study Guide: [Duales \(Fach\)Hochschulstudium](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

f. Qualitätssicherung

Die Qualitätssicherung ist in Österreich ein zentrales Thema im Hochschulbereich und genießt hohe Priorität. Dies liegt daran, dass die Qualitätssicherung die Hochschulen dabei unterstützt, ihre Ziele zu erreichen, und für mehr Transparenz sowie Vertrauen in die Relevanz und Qualität der Hochschulen sorgt. Zudem ist Österreich durch den Bologna-Prozess in den europäischen Hochschulraum eingebunden. Die Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen und die Mobilität der Studierenden in Europa erfordern gemeinsame Standards; entsprechend sind Qualitätssicherung und -management fest im Bologna-Prozess verankert. Externe Qualitätssicherungsverfahren dienen dabei nicht nur der kontinuierlichen Qualitätsentwicklung an den Hochschulen, sondern auch dem Nachweis gegenüber der Öffentlichkeit, dass die Hochschulen ihrer Verantwortung zur Qualitätssicherung nachkommen – die Ergebnisse solcher Verfahren werden daher öffentlich zugänglich gemacht. Insgesamt trägt die Qualitätssicherung in Österreich maßgeblich dazu bei, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulbildung zu stärken und das Vertrauen von Studierenden, Arbeitgebern und Gesellschaft in die Hochschulabschlüsse sicherzustellen.

Das österreichische Hochschulsystem umfasst verschiedene Hochschultypen – insbesondere öffentliche Universitäten, Fachhochschulen (FH), Privatuniversitäten und Pädagogische Hochschulen (PH) – die jeweils unterschiedliche Profile (z. B. forschungsorientiert vs. praxisorientiert) aufweisen. Hinsichtlich der Qualität der Lehre und Ausbildung zeigen sich jedoch keine signifikanten Unterschiede zwischen den Institutionstypen. Eine repräsentative Studie aus dem Jahr 2020 ergab etwa, dass Fachhochschulen und Universitäten von der Bevölkerung als gleichwertig hochwertig wahrgenommen werden – es zeigen sich keine nennenswerten Differenzen in der Qualität der Ausbildung, beide liegen auf sehr hohem Niveau. Alle anerkannten Hochschulen müssen definierte Qualitätsstandards erfüllen, sodass ein durchgängig hohes Qualitätsniveau sichergestellt wird. Unterschiede bestehen eher in der Ausrichtung und Organisation: So sind FH-Studien z. B. stärker praxisbezogen und straffer organisiert, während Universitäten mehr forschungsgeleitete Lehre und Freiräume bieten – jedoch ohne, dass dies mit höheren oder niedrigeren Qualitätsstandards einhergeht. Die Qualitätssicherungssysteme tragen dazu bei, dass unabhängig vom Hochschultyp die Kernaufgaben Lehre und Forschung in angemessener Qualität erbracht werden.

Verantwortlich für die externe Qualitätssicherung im Hochschulsektor ist in erster Linie die Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria (AQ Austria). Diese wurde per Gesetz als unabhängige, sektorübergreifende Qualitätssicherungsagentur eingerichtet und ist für den gesamten Hochschulbereich in Österreich zuständig. Die Gründung der AQ Austria im Zuge des [Hochschul-Qualitätssicherungsgesetzes](#) (HS-QSG) 2012/2013 stellte einen Paradigmenwechsel dar: Zuvor gab es drei verschiedene Qualitätssicherungsagenturen für Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten, doch seit Inkrafttreten des HS-QSG am 1. März 2013 werden alle Hochschultypen von der gemeinsamen AQ Austria abgedeckt. Mit einer Novelle des HS-QSG 2020 wurden schließlich auch die Pädagogischen Hochschulen vollständig in dieses externe Qualitätssicherungssystem einbezogen. Die AQ Austria führt die Akkreditierungen und Audits durch (siehe nächster Abschnitt) und agiert weisungsfrei, um objektive Begutachtungen zu gewährleisten. Zusätzlich dürfen – insbesondere für Auditverfahren – auch andere anerkannte, international registrierte Agenturen (etwa im EQAR-Register) beauftragt werden, was den österreichischen QS-Prozess in den europäischen Kontext einbettet. Die oberste Verantwortung für die Qualität verbleibt jedoch bei den Hochschulen selbst, die interne Qualitätsmanagementsysteme betreiben; externe Einrichtungen wie AQ Austria überwachen und bestätigen die Wirksamkeit dieser Systeme.

Das österreichische Qualitätssicherungssystem beruht auf klar definierten Verfahren, die im HS-QSG gesetzlich verankert sind. Zentral sind dabei zwei Instrumente der externen QS: Akkreditierungen und Audits. Eine Akkreditierung ist ein formelles Prüfverfahren, in dem eine Hochschule oder ein Studiengang anhand vorgegebener Mindeststandards bewertet wird. Bei positivem Ausgang wird das (zumeist befristete) Recht verliehen, den Hochschulbetrieb bzw. den Studiengang anzubieten, was einer staatlichen Anerkennung gleichkommt. In Österreich müssen insbesondere Privathochschulen und Privatuniversitäten sowie neue Fachhochschul-Studiengänge eine solche Akkreditierung durchlaufen, um anerkannt zu werden. Öffentliche Universitäten unterliegen hingegen keiner Akkreditierungspflicht – sie gelten kraft Gesetzes als anerkannt – und auch etablierte Fachhochschulen wechseln nach einer gewissen Zeit von Einzel-Akkreditierungen in ein Audit-System über.

Das Audit ist das zweite zentrale Verfahren: Dabei handelt es sich um einen zyklischen Peer-Review-Prozess, der das interne Qualitätsmanagementsystem einer Hochschule begutachtet. Externe Expertinnen und Experten prüfen also, ob die Hochschule über wirksame Strukturen und Prozesse verfügt, um die Qualität ihrer Leistungen kontinuierlich zu sichern und weiterzuentwickeln. Ein erfolgreich absolviertes Audit führt zur Zertifizierung des Qualitätsmanagementsystems und zeigt, dass die Institution ihre internen Qualitätsprozesse im Griff hat. Öffentliche Universitäten, bereits länger bestehende Fachhochschulen sowie die Pädagogischen Hochschulen sind verpflichtet, regelmäßig solche Audits durchzuführen. Dieses Audit-System stellt sicher, dass auch Hochschulen ohne formale Programmakkreditierung einer externen Qualitätsprüfung unterzogen werden und etwaige Schwachstellen im Qualitätsmanagement aufdecken und beheben.

Im österreichischen Ansatz stehen Akkreditierung und Audit somit im Vordergrund, während andere mögliche Instrumente wie Rankings oder Qualitätswettbewerbe eine untergeordnete Rolle spielen. Zwar nehmen österreichische Universitäten an internationalen Rankings teil, jedoch dienen solche Rankings eher der Information und dem Wettbewerb um Reputation, nicht aber als offizielles Qualitätssicherungsinstrument des Staates. Ebenso gibt es keine flächendeckenden staatlichen Hochschul-Ranglisten oder Exzellenz-Wettbewerbe wie in manchen anderen Ländern; vielmehr wird die Qualität durch das Einhalten von Standards und kontinuierliche Verbesserungsprozesse gesichert. Die gesamte QS-Konzeption orientiert sich an europäischen Vorgaben: Insbesondere gelten die [European Standards and Guidelines](#) (ESG) als maßgeblicher Bezugsrahmen für Qualitätssicherung, sodass die österreichischen Verfahren kompatibel mit den im Europäischen Hochschulraum üblichen Standards sind. Zusammenfassend setzt Österreich auf ein regulatives Qualitätssicherungskonzept mit gesetzlich geregelten Verfahren (Akkreditierung/Audit) anstelle von marktwettbewerblichen Rankings, um eine hohe und vergleichbare Qualität in der Hochschulbildung sicherzustellen.

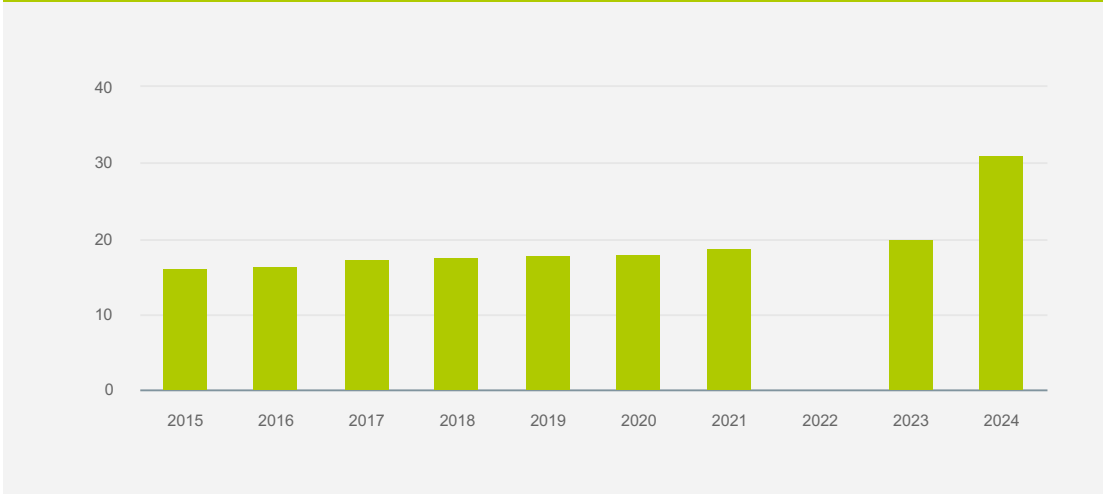
Quellen:

- Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF): [Akkreditierung/Qualitätssicherung](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Österreichische Hochschüler_innenschaft (ÖH): [Qualitätssicherung an österreichischen Hochschulen](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Österreichische Fachhochschulkonferenz, 26.05.2020: [Fachhochschulen genießen höchstes Ansehen in der Gesamtbevölkerung](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)

3. Internationalisierung und Wissenschaftskooperationen

a. Zahlen und Fakten im Überblick

DIAGRAMM 11: Anteil ausländischer Studierender in Prozent



Quelle: [Statistik Austria](#)

KENNZAHL 14: Anteil ausländischer Studierender in Prozent

Österreich (2024)	31,00
Im Vergleich: Deutschland (2023)	12,69

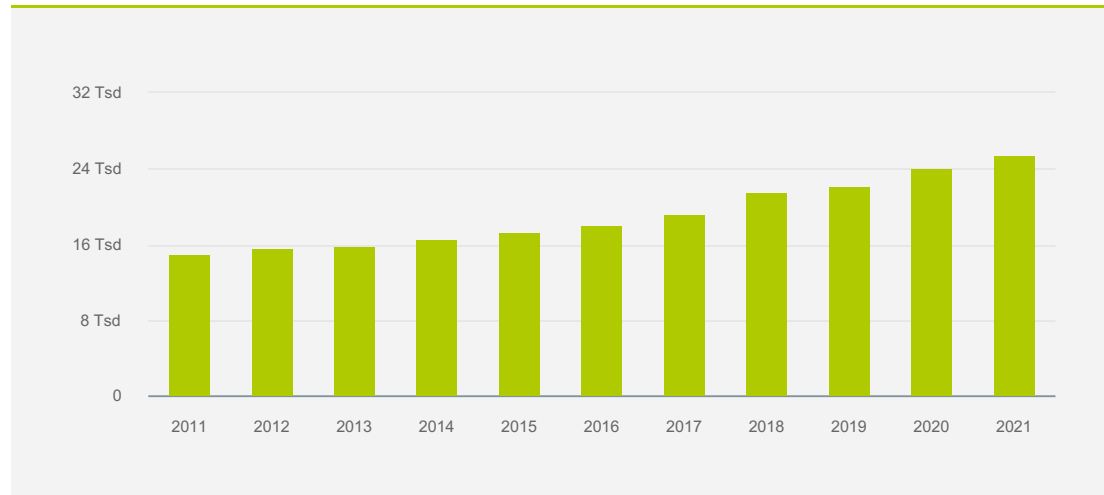
Quelle: [Statistik Austria \(Österreich\)](#), [UNESCO Institute of Statistics \(Deutschland\)](#)

KENNZAHL 15: Die wichtigsten fünf Herkunftsländer ausländischer Studierender

1. Deutschland
2. Italien
3. Ukraine
4. Ungarn
5. Russische Föderation

Quelle: [Institut für höhere Studien Wien](#) (Österreich, 2024)

DIAGRAMM 12: Im Ausland Studierende (Anzahl)



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](https://www.unesco.org/en/monitoring)

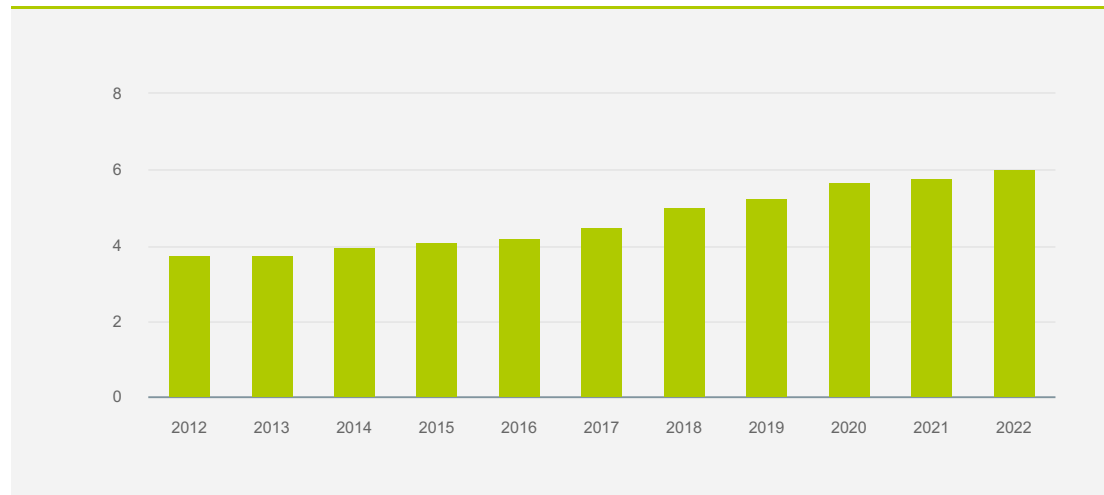
KENNZAHL 16: Im Ausland Studierende (Anzahl)

Österreich (2021)	25.376
Im Vergleich: Deutschland (2021)	126.359

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](https://www.unesco.org/en/monitoring)

DIAGRAMM 13: Im Ausland Studierende (Prozent)

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](https://www.unesco.org/en/monitoring)

KENNZAHL 17: Im Ausland Studierende (Prozent)

in Prozent

Österreich (2022)	6,01
Im Vergleich: Deutschland (2022)	3,75

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](https://www.unesco.org/en/monitoring)

KENNZAHL 18: Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende

1. Deutschland
2. Großbritannien
3. Schweiz
4. USA/Vereinigte Staaten
5. Türkei

Quelle: [Institut für höhere Studien Wien](#) (Österreich, 2024)

Österreichs Hochschulsystem gilt als überdurchschnittlich internationalisiert. Der Anteil ausländischer Studierender an österreichischen Hochschulen ist im internationalen Vergleich sehr hoch – sogar der höchste unter den europäischen Ländern laut dem im Februar 2025 erschienenen [Zusatzbericht zur Studierenden-Sozialerhebung 2023](#), die vom Institut für höhere Studien im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung durchgeführt wurde. Im Wintersemester 2023/2024 waren knapp 80.000 internationale Studierende, die ein längerfristiges Studium in Österreich anstreben, in Bachelor-, Diplom- und Masterstudien an österreichischen Hochschulen eingeschrieben. Das entspricht einem Anteil von 24 Prozent an der Gesamtzahl aller Studierenden. Davon waren etwa 61.000 an öffentlichen Universitäten, 1.900 an Pädagogischen Hochschulen und 6.700 an Privatuniversitäten eingeschrieben. An Fachhochschulen waren es 6.900 internationale Studierende in Vollzeit-Studiengängen und 3.100 in berufsbegleitenden Studiengängen. Laut der 2025 erschienenen Veröffentlichung der Statistik Austria „Bildung in Zahlen 2023/24“ waren insgesamt, also samt kurzfristiger Studienaufenthalte, sogar 124.234 ausländische Studierende (ohne Mehrfachzählung) an allen Hochschulen in Österreich eingeschrieben. Dies entspricht sogar 31 Prozent aller Studierenden insgesamt.

Auch beim wissenschaftlichen Personal zeigt sich eine zunehmende Internationalisierung. An öffentlichen Universitäten hat sich der Anteil internationaler Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. An forschungsintensiven Universitäten wie der Universität Wien oder der Universität Innsbruck kommt heute etwa die Hälfte des wissenschaftlichen Personals aus dem Ausland. Österreichs Hochschulen beschäftigen damit tendenziell mehr ausländisches wissenschaftliches Personal als jene in Deutschland und sind in etwa auf dem Niveau der Schweiz; lediglich Länder wie die Niederlande weisen einen noch höheren Anteil auf.

Die Internationalisierung zeigt sich nicht nur in den Zahlen, sondern auch in strategischen Schwerpunktsetzungen. Österreich verfolgt seit 2020 die [Nationale Hochschulmobilitäts- und Internationalisierungsstrategie 2020–2030](#) (HMIS2030). Diese Strategie betont einen ganzheitlichen Ansatz: Internationalisierung soll kein Selbstzweck sein, sondern integraler Bestandteil von Studium, Lehre und Hochschulalltag. Die fünf Ziele der Strategie sind: Förderung einer umfassenden Internationalisierungskultur an den Hochschulen, Mobilitätsförderung für alle Hochschulangehörigen, Entwicklung und Realisierung innovativer digitaler Mobilitätsformate, effektive Kompetenzentwicklung und institutionelles Lernen sowie Global Mindset – Österreichs Hochschulen in der Welt. Damit soll unter anderem die Förderung der Auslandsmobilität von bisher unterrepräsentierten Gruppen – etwa Erstakademikerinnen und -akademiker oder Lehramtsstudierende – gefördert werden, um internationale Kompetenzen breiter zu verankern. Auch die Mobilität in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technologie) wird gezielt ausgebaut, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und globale Herausforderungen besser anzugehen.

Neben der physischen Mobilität rücken die Internationalisierungsmaßnahmen in den Fokus: So werden verstärkt englischsprachige Studienangebote geschaffen und gemeinsame Studienprogramme (Joint/Double Degrees) implementiert: Im Wintersemester 2025 werden

österreichweit 350 Studiengänge vollständig in englischer Sprache oder als gemeinsame Studiengänge (Joint/Double Degrees) angeboten, wobei das Angebot auf Master-Ebene besonders groß ist (über 20 Prozent der Masterprogramme). Diese Programme dienen dazu, Studierende ohne Deutschkenntnisse anzuziehen und die grenzüberschreitende akademische Vernetzung zu fördern.

Österreichische Universitäten beteiligen sich an europäischen Hochschulnetzwerken (etwa der *Erasmus+ European Universities Initiative*) und bauen digitale Formate (virtuelle/Blended Mobility) aus, um die internationale Vernetzung weiter zu stärken. Insgesamt lässt sich feststellen, dass Österreich im regionalen Vergleich einen sehr hohen Internationalisierungsgrad erreicht hat und dass die Schwerpunkte vor allem auf grenzüberschreitender Mobilität – möglichst ausgeglichen zwischen Incoming und Outgoing – sowie auf strategischer Verankerung internationaler Kooperationen und Kompetenzen liegen.

Die internationalen Studierenden in Österreich kommen überwiegend aus dem europäischen Raum. Deutschland ist mit Abstand das wichtigste Herkunftsland: Im Wintersemester 2023/2024 stellten deutsche Staatsangehörige mit 35.052 Studierenden 11 Prozent aller bzw. 44 Prozent der Bildungsausländer in Österreich. Danach folgt Italien (insbesondere aus der deutschsprachigen Region Südtirol, welche allein 1,9 Prozent aller Studierenden ausmacht). Auf den weiteren Rängen der größten Herkunftsnationen lagen im WS 2023 die Ukraine (2.741 Studierende), Ungarn (2.519) und Russland (2.360). Diese Rangfolge spiegelt sowohl geographische Nähe und historische Beziehungen wider als auch aktuelle Entwicklungen – so ist die Zahl ukrainischer Studierender im Zuge des Kriegs deutlich gestiegen. Das wichtigste außereuropäische Herkunftsland war der Iran mit einer Anzahl von 1.264 Studierenden, gefolgt von China, Indien und den USA, wenngleich jede dieser Gruppen unter fünf Prozent der internationalen Studierenden ausmacht.

Auch viele österreichische Studierende zieht es für ein Studium oder einen Austausch ins Ausland. Nach den aktuellen UNESCO-Zahlen studieren rund 24.000 Österreicherinnen und Österreicher im Ausland - das entspricht etwa sieben bis acht Prozent aller österreichischen Studierenden. Wichtigste Gastländer sind traditionell deutsch- oder englischsprachige Länder. An erster Stelle steht ebenfalls Deutschland: im Wintersemester 2023/2024 studierten 15.379 Österreicherinnen und Österreicher in Deutschland und stellten damit die größte Gruppe der EU-Auslandsstudierenden dar. Neben Deutschland entscheiden sich österreichische Studierende am häufigsten für die Schweiz (aufgrund der gemeinsamen Sprache und renommierten Hochschulen), für das Vereinigte Königreich und die USA (trotz hoher Studiengebühren wegen des Angebots an englischsprachigen Top-Universitäten) sowie zunehmend für die Niederlande mit ihren vielen englischsprachigen Programmen. Auch Italien erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Diese Länder rangieren in verschiedenen Statistiken abwechselnd unter den Top-5 Zielländern österreichischer Studierender. Zudem bleiben *Erasmus+* Mobilitäten überwiegend innerhalb Europas: beliebte Ziele sind hier auch Spanien oder skandinavische Länder für Auslandssemester. Insgesamt bevorzugen österreichische Studierende also häufig Nachbarländer und führende anglophone Hochschulsysteme für ein Auslandsstudium.

Die zentrale Anlaufstelle für Fragen zur Hochschulmobilität ist der OeAD (Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung), weil dieser für die Verwaltung und Durchführung des *Erasmus+* Programms zuständig ist: Es ermöglicht den Austausch von Studierenden, Lehrenden und Personal und hat die Vernetzung österreichischer Hochschulen mit ganz Europa enorm gefördert. Ebenso ist Österreich aktives Mitglied im *Europäischen Hochschulraum* (Bologna-Prozess) und beteiligt sich an Initiativen wie den erwähnten europäischen Universitätsnetzwerken. Daneben unterhält Österreich eigene regionale Austauschprogramme – beispielhaft das Zentral- und Osteuropa-Programm *CEEPUS (Central European Exchange Programme for University Studies)*, das Mobilität in der Nachbarregion erleichtert. Bilaterale Bildungsk Kooperationen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle: Förderprogramme wie die *Aktion Österreich–Ungarn* und vergleichbare Aktionen mit Tschechien und der Slowakei unterstützen die Mobilität und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern mit Fokus auf die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Schließlich sei das Programm

APPEAR (Austrian Partnership Programme in Higher Education and Research for Development) der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) erwähnt, das vom OeAD umgesetzt wird und akademische Partnerschaften sowie damit verbunden auch Master- und PhD-Stipendien fördert.

Die enge Partnerschaft mit Deutschland zeigt sich in der beeindruckenden Zahl von 893 Hochschulkooperationen zwischen Österreich und Deutschland (Stand: November 2025). Hieran sind 212 deutsche Hochschulen aus Deutschland (Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, Kunst- und Musikhochschulen) und 71 Institutionen (Hochschulen, Forschungsinstitute) aus Österreich beteiligt. Österreich liegt damit unter den Top 10 der Kooperationspartner deutscher Hochschulen. Hervorzuheben sind außerdem die Europäischen Hochschulallianzen, in denen deutsche und österreichische Hochschulen eng zusammenarbeiten. Vierzehn der aktuell geförderten Allianzen werden mit Beteiligung deutscher Partnerhochschulen durchgeführt. Fast alle österreichischen Universitäten pflegen Austauschabkommen mit deutschen Partnern, was historische und sprachliche Verbindungen widerspiegelt. Darüber hinaus bestehen vielfältige globale Hochschulpartnerschaften, etwa im Rahmen von Austauschorganisationen wie Fulbright für die USA und Netzwerken wie ASEA-Uninet, das über 90 Universitäten in Europa und Südostasien verbindet. Auch das neue Africa-UniNet mit 69 Mitgliedsinstitutionen (davon 26 in Österreich) fördert den wissenschaftlichen Austausch mit 17 afrikanischen Ländern.

Diese Kooperationen und Programme dienen dem Transfer von Studierenden, Wissen und Forschung und werden oftmals durch Stipendien, Joint Degrees oder gemeinsame Projekte konkret umgesetzt. Ein besonderer Fokus liegt aktuell auch auf der Nachhaltigkeit und der Science Diplomacy: Universitäten kooperieren international zu Zukunftsthemen wie zum Beispiel *Sustainable Development Goals* und binden Partner aus Wissenschaft und Wirtschaft ein. Summa summarum stützt sich die Internationalisierung auf ein dichtes Geflecht aus EU-Programmen, bilateralen Abkommen und multilateralen Netzwerken, in denen Österreich aktiv mitwirkt.

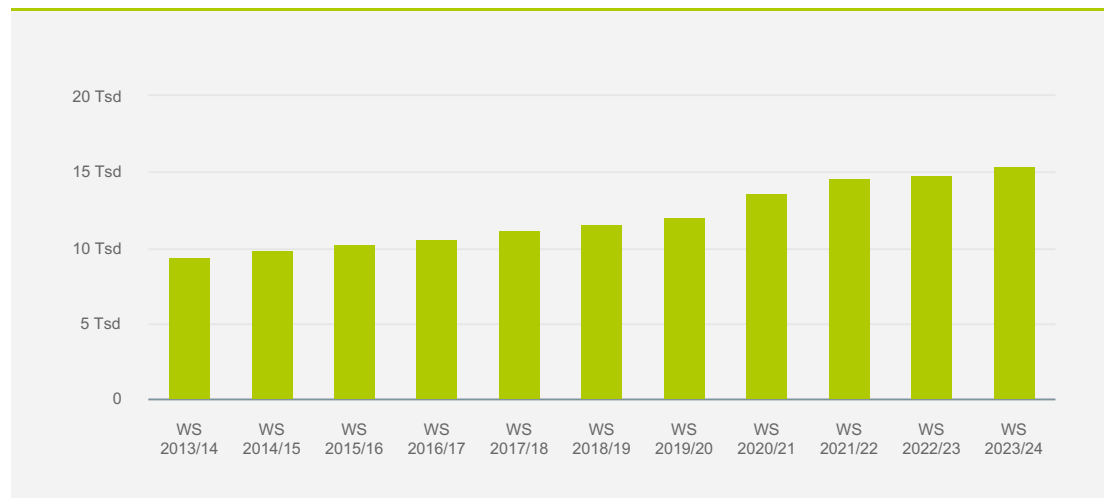
Getragen wird die Internationalisierungsstrategie von verschiedenen Akteuren auf nationaler und institutioneller Ebene. Das ehemalige Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) hat die *HMIS2030-Strategie* initiiert, die vom derzeitigen Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF) fortgeführt wird. Ein zentraler operativer Akteur ist der OeAD. Als nationaler Austauschservice organisiert und fördert der OeAD die Umsetzung von *Erasmus+* in Österreich, verwaltet Stipendien und unterstützt Hochschulen bei internationalen Projekten, wodurch er auch den institutionellen Wissenstransfer aus der Mobilität (neue Lehrmethoden, interkulturelle Kompetenzen etc.) in die Hochschulen hinein fördert. Die Universitäten selbst sind ebenfalls maßgebliche Akteure: Hochschulleitungen und internationale Koordinationsstellen entwickeln eigene Internationalisierungsstrategien im Einklang mit den nationalen Zielen. Sie schließen Partnerschaftsabkommen, richten englischsprachige Studiengänge ein und kümmern sich um Betreuung und Integration internationaler Studierender vor Ort. In diesem Zusammenhang spielen auch die Rektorenkonferenzen eine Rolle – etwa Universities Austria (uniko) auf österreichischer Seite und die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in Deutschland, welche den Austausch zwischen den Hochschulen beider Länder unterstützen. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) ist für die Zusammenarbeit mit Deutschland ein wichtiger Partner: Er fördert jährlich zahlreiche Mobilitäten zwischen Deutschland und Österreich und stimmt sich eng mit dem OeAD ab. Weitere Akteure sind die Österreichische Hochschüler_innenschaft (ÖH), die z. B. Austauschstudierende vertritt, sowie Forschungsförderungsorganisationen wie der Österreichische Wissenschaftsfonds (FWF) oder die Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), die internationale Forschungsk Kooperationen anstoßen. Letztlich sind aber alle Beteiligten im Hochschulsystem Akteure der Internationalisierung: von den Lehrenden – die durch Staff Mobility und Trainings interkulturelle Kompetenz erwerben – bis zu den Studierenden, die laut Bildungsministerium als „Botschafter“ eines global vernetzten Campus agieren. Gemeinsames Ziel dieser Akteure ist es, Österreichs Hochschulen global sichtbar zu machen und die Chancen der internationalen Zusammenarbeit für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort optimal zu nutzen.

Quellen:

- Hochschulstatistisches Informationssystem des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF): [Datawarehouse Hochschulbereich – uni:data](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Publikation des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF): [Statistisches Taschenbuch – Hochschule und Forschung 2024](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Publikation des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF): [2024 > Wissenschaft in Österreich/Statistiken](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Website der Statistik Austria: [Bildung in Zahlen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Publikation der Statistik Austria: [Bildung in Zahlen 2023/24 – Schlüsselindikatoren und Analysen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Institut für höhere Studien Wien (im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung): [Internationale Studierendenmobilität: Outgoing und Incoming](#), Februar 2025. (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Studyinaustria.at: [Englischsprachige Studienprogramme](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF): [Internationale Kooperation](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD): [Zahlen und Fakten](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD): [Internationale Hochschulk Kooperationen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Statistik Austria: [Migration & Integration Jahrbuch 2024](#) (Internationale Studierende, Stand WS 2023/24) (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF): [Unibericht](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Kooperation International, 20.03.2023: [Österreich: Internationalisierung der Hochschulen – Chancen für Lehrende, Studierende und Wissenschaftsstandort](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD): [Österreich: Bildung und Wissenschaft](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF): [Science-diplomacy](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Deutsche Hochschulrektorenkonferenz (HRK): [Internationale Hochschulk Kooperationen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

b. Chancen und Potentiale

DIAGRAMM 14: Anzahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer in Deutschland



Quelle: [Statistisches Bundesamt, Genesis-Online](#)

KENNZAHL 19: Anzahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer in Deutschland

Österreich (WS 2023/24)	15.379
-------------------------	--------

Quelle: [Statistisches Bundesamt, Genesis-Online](#)

KENNZAHL 20: Anzahl der Hochschulkooperationen mit Deutschland

Österreich (2025)	893
-------------------	-----

Quelle: [Hochschulkompass \(HRK\)](#)

KENNZAHL 21: Anzahl der DAAD-Förderungen

Geförderte aus Deutschland (2024)	3.238
Geförderte aus dem Ausland (2024)	201

Quelle: [DAAD](#)

Österreich ist für deutsche Hochschulen aus mehreren Gründen ein besonders attraktives Partnerland. Die geographische Nähe, gemeinsame Sprache und kulturelle Verwandtschaft erleichtern Kooperationen, Austauschprogramme und Studienmobilität erheblich. Nahezu jede österreichische Hochschule pflegt Partnerschaften mit deutschen Universitäten oder Fachhochschulen. Die EU-Mitgliedschaft beider Länder vereinfacht zusätzlich die Durchführung von Programmen wie *Erasmus+*.

Auch für Studierende bestehen ideale Bedingungen: In Österreich ist Deutsch Amtssprache, sodass keine Sprachbarrieren bestehen. Studienleistungen werden dank inhaltlich vergleichbarer Studiengänge leicht anerkannt. Für deutsche Hochschulen ist Österreich daher ein bevorzugtes Kooperationsland – von Doppelabschlussprogrammen über gemeinsame Forschungsprojekte bis hin zu wissenschaftlichen Netzwerken.

Österreich ist das wichtigste Zielland deutscher Studierender in der EU. Im Wintersemester 2023/2024 waren über 35.000 deutsche Studierende an österreichischen Hochschulen eingeschrieben – das entspricht 44 Prozent aller internationalen Studierenden bzw. elf Prozent der

Gesamtstudierendenzahl. Hauptgründe für diese Beliebtheit sind der fehlende Numerus Clausus, weitgehend offene Hochschulzugänge und das Fehlen von Studiengebühren.

Zulassungsfrei sind fast alle Studiengänge; nur in stark nachgefragten Fächern wie Medizin, Zahnmedizin oder Psychologie bestehen Aufnahmeprüfungen. Im Medizinstudium gilt eine Quote von 75 Prozent für österreichische, 20 Prozent für EU- und fünf Prozent für Drittstaatenbewerberinnen und -bewerber. Deutsche profitieren dennoch von guten Chancen, da sie den EU-Bürgerinnen und -Bürgern gleichgestellt sind.

Besonders beliebt sind Hochschulstädte wie Wien, Graz, Innsbruck und Salzburg. An einzelnen Universitäten, etwa in Innsbruck, stellen deutsche Studierende fast die Hälfte der Gesamtanzahl. Neben Medizin und Psychologie sind wirtschaftsnahe Studienrichtungen besonders nachgefragt. Die unkomplizierte Anerkennung des deutschen Abiturs und das Fehlen bürokratischer Hürden machen Österreich zu einer attraktiven Alternative zum heimischen NC-System.

Umgekehrt zieht es viele Österreicherinnen und Österreicher nach Deutschland: 15.379 waren im Wintersemester 2023/2024 an deutschen Hochschulen eingeschrieben – die größte Gruppe aus einem EU-Land. Deutschland bietet eine breite Hochschullandschaft, zahlreiche Studienangebote und meist keine Studiengebühren. Die österreichische Matura gilt als dem deutschen Abitur gleichwertig, wodurch der Hochschulzugang direkt möglich ist.

Wie alle EU-Bürgerinnen und -Bürger werden österreichische Studierende in Deutschland rechtlich gleichgestellt: kein Visum, keine Sondergebühren und identische Zulassungsverfahren. Darüber hinaus haben österreichische Staatsangehörige, die in Deutschland studieren, Anspruch auf alle heimatlichen Beihilfen: neben der österreichischen Studienbeihilfe können sie auch ein Auslandsstipendium beantragen. Besonders gefragt sind süddeutsche Studienorte wie München oder Freiburg, aber auch Berlin und andere Großstädte. Etwa 68 Prozent der mobil werdenden österreichischen Studierenden bleiben innerhalb der EU, der Großteil davon in Deutschland.

Österreichische Studierende wählen in Deutschland häufig Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Ingenieurwesen oder Informatik. Diese Fächer sind entweder in Österreich weniger zahlreich vertreten oder in Deutschland besonders renommiert. Viele beginnen direkt nach der Matura ein Bachelorstudium in Deutschland, andere wechseln im Master oder zur Promotion.

Die enge Vernetzung spiegelt sich auch in der institutionellen Zusammenarbeit wider: 893 Hochschulk Kooperationen im November 2025 zwischen Österreich und Deutschland decken nahezu alle Fachrichtungen ab. Nahezu jede deutsche Universität pflegt Partnerschaften mit österreichischen Universitäten oder Fachhochschulen, sei es in Form von Austauschabkommen, Forschungskooperationen, Doppelabschluss-Programmen oder Netzwerken. Oft bestehen sogar mehrere Abkommen pro Hochschule, etwa fakultätsweise Vereinbarungen in verschiedenen Fachgebieten. Hinzu kommen zahlreiche Kooperationen von Fachhochschulen und Kunst-/Musikhochschulen. Die geografische Nähe und die unkomplizierte Verständigung fördern kurzfristige Projekte wie gemeinsame Seminare und Exkursionen ebenso wie strukturierte Allianzen etwa im Rahmen von EU-Programmen oder länderübergreifenden Forschungsverbunden.

Auch der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD) fördern gezielt die bilaterale Zusammenarbeit. Regelmäßige Treffen von Hochschulrektoren, Wissenschaftsforen und gemeinsame EU-Projekte zeugen von einer gewachsenen Partnerschaft. Grenzüberschreitende Forschungszentren – etwa im Bodenseeraum – und zahlreiche Co-Publikationen unterstreichen die enge Vernetzung im deutschsprachigen Wissenschaftsraum.

Diese Kooperationen beruhen auf gegenseitigem Vertrauen und erleichtern sowohl kurzfristige Projekte (z. B. Seminare, Exkursionen) als auch strukturierte Allianzen. Sie stärken die Wettbewerbsfähigkeit beider Länder im europäischen Hochschulraum.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern erübrigt sich in Österreich die Frage nach allgemeinen Deutschkenntnissen – Deutsch ist die Muttersprache der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Etwa 88,6 Prozent der Einwohner sprechen Deutsch (bzw. österreichisches Deutsch) als Muttersprache. Die restlichen ca. elf Prozent haben meist eine andere Erstsprache (z. B. Türkisch, Bosnisch, Kroatisch, Serbisch oder Ungarisch), erwerben Deutsch jedoch in der Regel als Zweitsprache bereits im Kindesalter oder in der Schule. Faktisch beherrschen also nahezu alle Studierenden in Österreich die Unterrichtssprache Deutsch fließend. Folglich sind Deutsch-als-Fremdsprache-Angebote im Inland vor allem auf spezifische Zielgruppen beschränkt: zum Beispiel internationale Studierende, die für ein Studium erst Deutsch lernen müssen, oder Zugewanderte. An fast allen österreichischen Universitäten gibt es für ausländische Studienbewerberinnen und -bewerber vorbereitende Deutschkurse (Vorstudienlehrgänge), wenn sie noch kein ausreichendes Sprachniveau haben. Ebenso bieten Institutionen wie das Wiener Goethe-Institut Deutschkurse für Nicht-Muttersprachler an, doch richtet sich das hauptsächlich an Expats, Diplomatinen und Diplomaten oder Migrantinnen und Migranten – nicht an die einheimische Jugend. Programme wie PASCH-Schulen (Partnerschulen der Bundesrepublik) spielen in Österreich keine Rolle, da das Schulsystem ja bereits auf Deutsch basiert. Stattdessen lernen österreichische Schülerinnen und Schüler als Fremdsprachen eher Englisch, Französisch, Spanisch oder Italienisch.

Was die Studiengebühren betrifft, finden Deutsche in Österreich ebenfalls eine sehr günstige Situation vor. An öffentlichen Hochschulen zahlen EU-Bürgerinnen und -Bürger grundsätzlich keine regulären Studiengebühren, sofern sie in der Mindeststudienzeit (plus Toleranzsemester) bleiben. Falls sie die Regelstudienzeit überschreiten, fällt – wie für Österreicher – ein Studienbeitrag von ca. 363 Euro pro Semester an. Aber im Normalfall ist das Studium gebührenfrei. Es wird lediglich ein ÖH-Beitrag (Mitgliedsbeitrag für die Österreichische Hochschüler_innenschaft inkl. Unfallversicherung) fällig, der aktuell etwa 20–25 Euro pro Semester beträgt. Damit ist das Studium in Österreich auch aus finanzieller Sicht attraktiv für Deutsche. Viele deutsche Studierende finanzieren sich zudem über Auslands-BAföG, das für Österreich beantragt werden kann. Wie erwähnt, sind die BAföG-Sätze im Ausland oft höher – Österreich wird hier als Zielland vom BAföG-Amt begünstigt.

In praktischer Hinsicht ist der Aufenthalt in Österreich für Deutsche unproblematisch. Dank der Personenfreizügigkeit dürfen sie ohne Visum einreisen und sich aufhalten. Bei länger als drei Monaten muss man sich lediglich beim Magistrat bzw. der Bezirksbehörde melden und eine Anmeldebescheinigung nach §53 NAG holen – ein rein formeller Akt. Eine spezielle Aufenthaltsbewilligung (wie für Nicht-EU-Ausländer nötig) ist nicht erforderlich. Somit erleben deutsche Studierende in Österreich keine bürokratischen Hürden und können sich voll aufs Studium konzentrieren.

Die akademische Mobilität zwischen beiden Ländern ist durch weitgehende rechtliche Gleichstellung erleichtert: In Deutschland wird die österreichische *Matura* als Hochschulreife anerkannt, in Österreich gilt das deutsche Abitur als gleichwertig. Somit können Studierende beider Länder ohne Zusatzprüfungen direkt zugelassen werden. Sprachtests wie TestDaF oder DSH entfallen, da Deutsch jeweils Muttersprache ist.

Die hohe Zahl deutscher Studierender beweist, dass der Hochschulzugang für Deutsche in Österreich faktisch offen ist und rege genutzt wird. Bis auf wenige kapazitätsbeschränkte Studien stehen deutschen Bildungsinländerinnen und -inländern alle Wege offen. Österreichische Hochschulen begrüßen die Nachfrage aus Deutschland – deutsche Studierende bringen oft hervorragende schulische Vorbildung mit und erhöhen die Diversität in den Hörsälen. In Kombination mit dem kostenfreien Bildungsangebot entsteht so eine Win-Win-Situation: Deutsche bekommen Studienmöglichkeiten, und Österreich gewinnt motivierte Studierende.

Zusammengefasst bietet das österreichische Hochschulsystem deutschen Studieninteressierten niedrige Zugangshürden, keine Sprachprobleme, keine Studiengebühren und ein breites Fachangebot. Kein Wunder also, dass Österreich im Ranking der Zielländer deutscher Studierender

an erster Stelle steht und die bilateralen Bildungsbeziehungen so lebhaft sind.

Quellen:

- Österreichischer Wissenschaftsrat: [Internationalisierung an österreichischen Hochschulen](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Science orf.at, 29.07.2011: [Mehr Österreicher an deutschen Unis](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Studieren.at: [Als Deutscher in Österreich studieren](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF): [Unibericht 2023 - Ausländische Studierende](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Mediendienst Integration: [Wie viele Ausländer studieren in Deutschland?](#) (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD): [Österreich: Bildung und Wissenschaft](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD): [Nach Österreich kommen](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Stipendium.at: [Studieren im Ausland](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Deutsche Hochschulrektorenkonferenz (HRK): [Internationale Hochschulk Kooperationen](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Institut für höhere Studien Wien (im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung): [Internationale Studierendenmobilität: Outgoing und Incoming. Zusatzbericht der Studierenden-Sozialerhebung 2023](#), Februar 2025. (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD): [Internationale Hochschulk Kooperationen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

c. Risiko und Sicherheit

In Österreich rücken Risiko- und Sicherheitsfragen im Hochschulwesen zunehmend in den Fokus. Wie in anderen Ländern auch wird verstärkt über Forschungssicherheit ("Research Security") diskutiert – also über den Schutz von Wissen, Daten und Forschung vor unerwünschter Einflussnahme. Wissenschaftliche Kooperation findet heute in einem globalen Wettbewerb statt, in dem Wissen ein strategisches Gut ist. Auch Österreich sieht sich gefordert, seine Forschungsoffenheit mit Schutzmechanismen zu verbinden, um kritisches Wissen vor Abfluss zu bewahren.

Zu den zentralen Risiken zählen der illegitime Transfer sensibler Technologien, gezielte Einflussnahme oder Desinformation, die Forschende zur Selbstzensur bewegen könnten. Auch Verstöße gegen wissenschaftliche Integrität und Ethik gelten als Risiko – insbesondere, wenn Forschungsergebnisse zur Einschränkung von Grundwerten oder Menschenrechten missbraucht werden könnten.

Das Thema Dual-Use-Forschung – also Forschung mit zivilen und militärischen Anwendungsmöglichkeiten – gewinnt durch geopolitische Spannungen an Bedeutung. Österreich folgt hierbei dem EU-Leitprinzip „So offen wie möglich, so geschlossen wie nötig“. Internationale Kooperationen sollen grundsätzlich offenbleiben, doch bei sicherheitsrelevanten Projekten gelten die EU-Dual-Use-Verordnung und das österreichische Außenwirtschaftsgesetz. Forschung mit möglicher Dual-Use-Relevanz unterliegt Compliance- und Exportkontrollprüfungen, um unzulässige Transfers zu verhindern. Anders als manche Staaten verfolgt Österreich einen länderagnostischen Ansatz: Kein Land wird pauschal ausgeschlossen; Risiken werden individuell bewertet. Ziel ist eine verantwortungsvolle Internationalisierung, die Offenheit und Sicherheit in Balance hält.

Cybersecurity ist mittlerweile ein zentrales Thema für österreichische Hochschulen. Universitäten werden zunehmend Ziel von Cyberangriffen – ein prominentes Beispiel war der Hackerangriff auf die

Universität Innsbruck Ende 2023, bei dem zehntausende Datensätze entwendet wurden.

Als Reaktion starteten die 23 öffentlichen Universitäten 2025 gemeinsam den [Cyber Resilience Plan](#): Bis 2027 investieren sie 45 Millionen Euro in IT-Sicherheitsmaßnahmen. Koordiniert von der Universitätenkonferenz (uniko), soll das Projekt hochschulübergreifende Mindeststandards schaffen, gemeinsame Schutzmechanismen etablieren und die digitale Widerstandsfähigkeit stärken. Gründe für die Verwundbarkeit sind offene Netzwerke, wertvolle Forschungsdaten und hohe Nutzerfluktuation. Der Plan zeigt, dass Österreich Cybersicherheit strategisch und präventiv angeht.

Hinsichtlich physischer Sicherheit ist die Lage beruhigend. Österreich zählt zu den sichersten Ländern Europas, Gewaltkriminalität ist selten, und Universitäten gelten als sichere Orte. Wien erreichte im [Global Liveability Index](#) der Economist Intelligence Unit 2022–2024 den ersten Platz weltweit (2025 Zweiter Platz hinter Kopenhagen). Kleinkriminalität wie Taschendiebstahl kommt vor, systematische Kriminalität an Hochschulen aber nicht.

Zensur existiert nicht – die Wissenschaftsfreiheit ist verfassungsrechtlich geschützt. Zwar gibt es Diskussionen über ausländischen Einfluss auf Studierende, doch mit Aufklärung und Sensibilisierung soll Selbstzensur vorgebeugt werden.

Österreich bietet politische Stabilität und hohe öffentliche Sicherheit. Die Behörden warnen – wie überall in Europa – vor einer abstrakten Terrorgefahr, doch konkrete Bedrohungen bestehen kaum. Auch für Delegationen deutscher Hochschulen bestehen keine besonderen physischen Risiken.

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist rechtlich verankert und hochgeachtet. Politische Einflussnahme oder Einschränkungen existieren nicht. Forschungsethik und Integrität werden durch die Österreichische Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) sowie Förderinstitutionen wie den Wissenschaftsfonds (FWF) gesichert. Diese orientieren sich an den Leitlinien guter wissenschaftlicher Praxis – ähnlich den DFG-Regeln in Deutschland.

Somit können deutsche Partner davon ausgehen, dass österreichische Einrichtungen hohe ethische und wissenschaftliche Standards einhalten.

Seit der Universitätsreform 2002 besitzen die österreichischen Hochschulen umfassende Autonomie. Sie agieren als eigenständige Rechtspersonen, treffen Entscheidungen in Forschung, Lehre und Personal selbstständig und sind daher mit deutschen Universitäten strukturell gut vergleichbar.

Das Finanzierungssystem ist stabil und staatlich getragen. In den Leistungsvereinbarungen 2025–2027 wurden Budgetsteigerungen von 27–33 Prozent vereinbart. Zusätzlich werben die Universitäten Drittmittel vom FWF, der EU (*Horizon Europe*) oder aus der Industrie ein. Für Kooperationsprojekte empfiehlt sich eine frühe Klärung der Finanzierungsmodalitäten, insbesondere bei kleineren Fachhochschulen, deren Mittel begrenzter sein können.

Österreichische Hochschulen verfügen über Ethikkommissionen und gesetzlich verankerte Richtlinien für Forschung, insbesondere in Medizin, Tierforschung oder Gentechnik. Die Standards entsprechen EU- und deutschen Normen. Projekte mit Dual-Use-Potenzial (z. B. Satelliten-, Drohnen-, Chemie- oder Materialforschung) können Exportkontrollen unterliegen; ein Genehmigungsverfahren ist bei Drittstaatenbezug erforderlich. Deutsche Partner sollten früh prüfen, ob ein Projekt unter kontrollierte Güter fällt und entsprechende Verfahren einplanen.

Obwohl Österreich ein vertrauenswürdiger Partner ist, bleibt das Risiko von Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage durch Drittstaaten bestehen. Wien gilt traditionell als internationaler Knotenpunkt der Diplomatie. Die österreichischen Sicherheitsbehörden arbeiten eng mit Hochschulen zusammen, um Forschung zu schützen. Empfohlen werden verschlüsselte Datenübertragung, klare Zugriffsrechte und sofortige Meldung von Verdachtsfällen. Zwischen Deutschland und Österreich besteht jedoch gegenseitiges Vertrauen – die Risiken kommen von außen, nicht aus dem bilateralen Verhältnis.

Zur strukturierten Einschätzung von Chancen und Risiken bietet der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) über sein Kompetenzzentrum Internationale Wissenschaftskooperationen (KIWi) seit 2025 die Checkliste Wissenssicherheit an.

Sie umfasst rund 20 Fragen zu Themen wie Partnervertrauen, Exportkontrolle, geistigen Eigentumsrechten und ethischen Aspekten. Die Checkliste ermöglicht eine Selbsteinschätzung und folgt dem Prinzip: Kooperation verantwortungsvoll gestalten, statt vermeiden.

Darüber hinaus können sich deutsche Hochschulen an den EU-Ratsempfehlungen zur Forschungssicherheit (Mai 2024) und an den nationalen Leitlinien des BMFWF orientieren. Der direkte Dialog mit österreichischen Partnern bleibt jedoch der wichtigste Faktor – offener Austausch über Sicherheitsbedürfnisse, Datenmanagement und ethische Standards schafft Vertrauen und Transparenz.

Für Reisen nach Österreich gelten keine besonderen Bestimmungen. Deutsche Staatsangehörige benötigen kein Visum und können mit Ausweis oder Reisepass einreisen. Grenzkontrollen finden nur zeitweise statt. Aufenthalte bis drei Monate sind ohne Anmeldung möglich.

Die Sicherheitslage ist unbedenklich: Alltagskriminalität liegt auf niedrigem Niveau, gängige Vorsicht genügt. Auch nachts sind die meisten Gegenden sicher. Die Gesundheitsversorgung ist hervorragend, europäische Krankenversicherungskarten (EHIC) werden anerkannt. Es bestehen keine besonderen Gesundheitsrisiken; Trinkwasser und Lebensmittelqualität sind ausgezeichnet.

In Österreich ist Forschungssicherheit seit einigen Jahren fester Bestandteil des wissenschaftspolitischen Diskurses. Das Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF) hat den Ansatz der „Verantwortungsvollen Internationalisierung“ etabliert. Ziel ist es, die internationale Kooperation zu erhalten und zugleich Resilienz gegenüber Risiken zu stärken. In Workshops, Leitfäden und Best-Practice-Programmen unterstützt das Ministerium Hochschulen beim Aufbau eigener Risikomanagementsysteme. Im Zentrum steht die Balance zwischen Offenheit und Schutz – ganz im Sinne des EU-Leitsatzes „So offen wie möglich, so geschlossen wie nötig“.

Eine 2023/2024 durchgeführte nationale Bestandsaufnahme zum Bewusstsein für ausländische Einflussnahme diente als Grundlage für neue Strategien. In den Leistungsvereinbarungen 2025–2027 ist die Stärkung der Forschungssicherheit als Ziel für alle Universitäten verankert – mit Vorgaben zu Schulungen, Richtlinien und Risikoanalysen. Österreich beteiligt sich aktiv an europäischen Initiativen und Dialogen, etwa der 2024 verabschiedeten Prinzipienerklärung zu Wissenschaftsfreiheit, Ethik und Open Science, die von über 50 Staaten unterzeichnet wurde.

Zur Unterstützung existieren mehrere nationale Netzwerke:

- Die zentrale Ansprechstelle für Forschungssicherheit im BMFWF (E-Mail: research-security@bmfwf.gv.at) ist erste Kontaktstelle für Hochschulen und Forschungsförderer. Sie berät bei Fragen zu „Foreign Interference“, Exportkontrolle und Sicherheitsmaßnahmen und steht auch im Austausch mit deutschen Partnern.
- Die Universitätenkonferenz (uniko) koordiniert hochschulübergreifende Projekte wie den *Cyber-Resilience-Plan* und fördert Vernetzung im Bereich Forschungssicherheit.
- Die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) kooperiert mit dem BMFWF bei Sensibilisierungsschulungen gegen Spionage und Sicherheitsgefahren.
- Weitere Akteure sind die Austrian Research Promotion Agency (FFG), das Österreichische Institut für Internationale Politik (oiip) sowie zivilgesellschaftliche Netzwerke wie Scholars at Risk. Auch Wirtschafts- und Wissenschaftsattachés bieten Unterstützung bei Export- und Sicherheitsfragen.

Diese Strukturen bilden ein koordiniertes Sicherheitsnetz zwischen Ministerien, Hochschulen und Sicherheitsbehörden. Sie ermöglichen eine proaktive, aber kooperationsfreundliche Handhabung von Risiken – eine Grundlage, von der auch internationale Partner profitieren.

Österreich bietet ein stabiles, sicheres und wissenschaftlich freies Umfeld mit hoher Integrität und klaren Standards. Regierung, Hochschulen und Sicherheitsbehörden arbeiten systematisch zusammen, um neue Risiken – etwa Cyberangriffe, Spionage oder Dual-Use-Probleme – zu bewältigen, ohne die Offenheit der Wissenschaft einzuschränken.

Für deutsche Hochschulen gilt: Kooperationen mit österreichischen Partnern sind vertrauenswürdig, strukturell anschlussfähig und rechtlich sicher. Bestehende Instrumente – etwa EU- und DAAD-Leitlinien oder nationale Kontaktstellen – bieten ausreichend Orientierung, um Risiken zu minimieren und die gemeinsame Forschung verantwortungsvoll, resilient und offen zu gestalten.

Quellen:

- Austria Presse Agentur, 26.07.2024: [Verantwortungsvolle Internationalisierung](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF): [Forschungssicherheit](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Republik Österreich: [Österreichische Sicherheitsstrategie](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Auswärtiges Amt: Österreich: [Reise- und Sicherheitshinweise](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- DAAD-KIWI: Veranstaltungsreihe: [Dual-Use in internationalen Wissenschaftskooperationen](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Kooperation International, 09.09.2025: [DAAD erweitert Angebot zur Wissenssicherheit in internationalen Wissenschaftskooperationen](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)

d. DAAD Aktivitäten

In Österreich unterhält der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) keine eigene Außenstelle oder ein Informationszentrum. Anders als in vielen Ländern werden Anfragen direkt über die Zentrale in Bonn bearbeitet. Auch reguläre DAAD-Lektorate oder Langzeitdozenturen existieren nicht, da Deutsch Amtssprache ist und kein Bedarf an DAAD-finanzierten Germanistik-Lektoraten besteht. Dank der geographischen Nähe und der engen, historisch gewachsenen Hochschulbeziehungen funktioniert der akademische Austausch jedoch reibungslos.

Der wissenschaftliche Austausch zwischen Deutschland und Österreich ist äußerst lebendig und vielfältig. Jährlich profitieren Hunderte Studierende, Forschende und Hochschulen beider Länder von DAAD-Stipendien und Projektförderungen. Im Jahr 2024 erhielten 3.238 Deutsche eine Förderung für Aufenthalte in Österreich, während 201 Österreicherinnen und Österreicher ein Stipendium für Deutschland nutzten.

Deutschland ist das wichtigste Auslandsziel österreichischer Studierender, während deutsche Studierende die größte Gruppe ausländischer Studierender in Österreich bilden. Diese enge Verbindung zeigt sich auch institutionell: Im November 2025 bestanden 885 Hochschulpartnerschaften – fast jede österreichische Hochschule pflegt also mehrere Kooperationen mit deutschen Partnerinnen und Partnern.

Neben individuellen Stipendien werden zahlreiche Projekte und Austauschprogramme gefördert. Besonders intensiv ist die Zusammenarbeit in der Forschung, wo gemeinsame Strukturen und Programme den Austausch langfristig verankern.

Die Forschungsförderorganisationen beider Länder – die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Österreichische Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) – kooperieren im Rahmen der D-A-CH-Vereinbarungen, um gemeinsame Projekte zu ermöglichen. Zudem fördern die Bildungs- und Forschungsministerien seit 2025 bilaterale Programme, etwa in der zivilen Sicherheitsforschung, die der gemeinsamen Sicherheitsvorsorge dienen.

Auch auf europäischer Ebene arbeiten beide Länder eng zusammen. Zahlreiche Hochschulen beteiligen sich an *Erasmus+* und den Europäischen Hochschulallianzen. Diese Initiativen tragen dazu bei, die Internationalisierung voranzutreiben und die wissenschaftliche Zusammenarbeit dauerhaft zu stärken. Insgesamt ist die DAAD-Förderung in und mit Österreich in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen – Ausdruck der hohen Bedeutung, die beide Länder der akademischen Partnerschaft beimessen.

Obwohl der DAAD keine Außenstelle in Österreich betreibt, ist er durch regelmäßige Informations- und Netzwerkaktivitäten präsent. In Kooperation mit österreichischen Partnern wie dem OeAD oder der deutschen Botschaft informiert der DAAD auf Bildungsmessen – etwa der *BeSt* in Wien – über Studienmöglichkeiten in Deutschland und über Stipendien. Darüber hinaus finden an Universitäten und Schulen Informationsveranstaltungen statt, die Studierenden Austausch- und Fördermöglichkeiten näherbringen.

Ein wichtiger Bestandteil der Präsenz ist die Alumni-Arbeit. Der DAAD unterstützt weltweit Netzwerke ehemaliger Stipendiatinnen und Stipendiaten, organisiert Alumnitreffen und Fachseminare auch in Österreich und fördert kleinere Initiativen mit Deutschlandbezug. Solche Veranstaltungen stärken den fachlichen Austausch und tragen dazu bei, die Sichtbarkeit des DAAD und deutscher Hochschulen vor Ort zu sichern.

Neben dem DAAD sind zahlreiche deutsche Mittler- und Forschungsorganisationen in Österreich aktiv. Das Goethe-Institut Wien ist als Kultur- und Sprachinstitut fest etabliert und bietet Deutschkurse sowie Kulturprogramme an. Die Fraunhofer-Gesellschaft betreibt mit [Fraunhofer Austria](#) Standorte in Wien, Graz, Wattens und Klagenfurt. Diese arbeitet dort mit Wirtschaft und Wissenschaft in Bereichen wie Digitalisierung, Produktion und Künstlicher Intelligenz zusammen.

Auch politische Stiftungen sind präsent: Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) unterhält in Wien das Büro [Multilateral Dialogue Vienna](#) mit Schwerpunkt auf sicherheits- und außenpolitischen Themen, insbesondere im OSZE-Kontext. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat 2016 ihr [Regionalbüro für „Zusammenarbeit und Frieden in Europa“](#) in Wien eröffnet, um den Dialog zwischen Ost und West zu fördern. Weitere parteinahe Stiftungen – etwa die Heinrich-Böll- oder Hanns-Seidel-Stiftung – koordinieren von Wien aus Projekte in Mittel- und Osteuropa.

Auch ohne eigene Einrichtungen kooperieren deutsche Forschungsinstitutionen wie die Max-Planck-Gesellschaft eng mit österreichischen Universitäten. Die DFG stimmt sich regelmäßig mit dem FWF ab, um gemeinsame Projekte zu fördern. So entsteht ein dichtes Netzwerk wissenschaftlicher Kooperationen, das über formale Strukturen hinauswirkt.

Wichtigster institutioneller Partner des DAAD ist der OeAD – Agentur für Bildung und Internationalisierung, das österreichische Pendant zum DAAD. Der OeAD, mit Sitz in Wien, fungiert zugleich als *Erasmus+* Nationalagentur und betreut zahlreiche Stipendienprogramme. Beide Organisationen arbeiten eng zusammen – etwa innerhalb der Association of Cooperation Agencies (ACA) – und entwickeln gemeinsame Austauschprogramme, insbesondere im Bereich der Promotionsförderung.

Neben dem OeAD sind in Wien zahlreiche weitere Austauschorganisationen vertreten. Der British Council informiert über Studienmöglichkeiten im Vereinigten Königreich und führt Sprachtests (IELTS) durch. Frankreich ist mit dem [Institut français d'Autriche](#) präsent, in dem auch das Campus France Autriche angesiedelt ist, das Beratung und Veranstaltungen zum Studium in Frankreich anbietet. Das [Italienische Kulturinstitut Wien](#) fördert Sprache, Kultur und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Italien und Österreich.

Eine besondere Rolle spielt [Fulbright Austria](#) (Austrian-American Educational Commission), das seit 1946 das bilaterale Austauschprogramm zwischen Österreich und den USA betreut.

Finanziert von beiden Regierungen, vergibt Fulbright Austria jährlich Stipendien und betreibt das EducationUSA-Beratungszentrum in Wien. Ergänzend wirken Institutionen wie Education Ireland, die kanadische Botschaft oder Studierendennetzwerke wie Erasmus Student Network (ESN) und ISEP, die internationale Mobilität fördern.

Dank dieser Vielfalt an Akteuren ist Wien ein zentraler Standort internationaler Bildungs- und Austauschpolitik. Der DAAD nutzt diese Landschaft gezielt, um Synergien zu schaffen, gemeinsame Projekte zu initiieren und die akademische Mobilität weiter zu stärken.

Auch ohne eigene Außenstelle ist der DAAD in Österreich stark präsent. Seine Programme, Kooperationen und Netzwerke tragen maßgeblich zur akademischen und kulturellen Verbindung zwischen beiden Ländern bei. Unterstützt durch Partnerorganisationen wie den OeAD und flankiert von deutschen Mittler- und Forschungsinstitutionen, bildet Österreich einen zentralen Knotenpunkt des deutschsprachigen Hochschulraums. Die enge Zusammenarbeit auf allen Ebenen – von Studierendenmobilität über Forschungskooperationen bis zu politischen Stiftungen – macht den akademischen Austausch zwischen Deutschland und Österreich zu einem Beispiel gelebter Nachbarschaft und europäischer Integration.

Quellen:

- Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD): [Österreich: Bildung und Wissenschaft](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD): [Veranstaltungen für Alumni](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)
- Deutsche Hochschulrektorenkonferenz (HRK): [Internationale Hochschulk Kooperationen](#). (Letzter Zugang: 12.12.2025)

4. Praktische Hinweise

a. Marketing-Tipps

Das österreichische Hochschul- und Wissenschaftssystem ist stark international ausgerichtet. Für deutsche Hochschulen, die in Österreich sichtbar werden möchten – sei es zur Studierendengewinnung oder für Forschungskooperationen – ist es wichtig, die zentralen Marketingkanäle und Veranstaltungsplattformen zu kennen. Im Folgenden werden die wichtigsten Social-Media-Kanäle und bedeutende Hochschulmessen in Österreich vorgestellt, jeweils getrennt nach Studierendenmarketing und institutionellem Marketing.

Österreichische Universitäten und Fachhochschulen nutzen eine Vielzahl von Social-Media-Plattformen, um sich international zu positionieren. Diese Kanäle dienen sowohl der Ansprache internationaler Studierender als auch der Kommunikation mit Forschungspartnerinnen- und -partnern und weiteren Stakeholdern. Dabei kommt üblicherweise ein Multi-Channel-Ansatz zum Einsatz:

- **Instagram und Facebook:** Visuelle Plattformen wie Instagram – und teilweise Facebook – spielen im Studierendenmarketing eine zentrale Rolle. Hochschulen zeigen dort Campusleben, Studienangebote und Erfolgsgeschichten. Sowohl die WU Wien als auch die Initiative *Study in Austria* nutzen diese Kanäle aktiv, um mit potenziellen Studierenden im In- und Ausland in Kontakt zu treten.
- **YouTube:** Viele Hochschulen stellen auf YouTube Campusführungen, Vorträge und Erfahrungsberichte bereit, was internationalen Zielgruppen den Zugang erleichtert. Auch deutsche Hochschulen können hier virtuelle Infoveranstaltungen oder Einblicke in Forschungsprojekte anbieten.
- **TikTok:** Für jüngere Zielgruppen gewinnt TikTok zunehmend an Bedeutung. Erste österreichische Hochschulen und der OeAD nutzen die Plattform bereits, um mit kurzen Clips Aufmerksamkeit zu erzeugen. Deutsche Hochschulen könnten so gezielt österreichische Maturantinnen und Maturanten ansprechen.
- **LinkedIn und X (Twitter):** Für das institutionelle Hochschulmarketing – Forschung, Alumni, internationale Partnerschaften – sind LinkedIn und X wichtige Kanäle. Österreichische Hochschulen nutzen LinkedIn, um Forschungsergebnisse zu kommunizieren und ihr Netzwerk zu pflegen, während Twitter/X weiterhin für wissenschaftliche Updates und Echtzeitkommunikation relevant ist. Auch deutsche Hochschulen profitieren von einer aktiven Präsenz auf beiden Plattformen.

Österreichische Hochschulen kombinieren diese Online-Kanäle mit klassischen Marketinginstrumenten wie Messen oder Informationsveranstaltungen. Das zeigt etwa die WU Wien, die ihre Studienprogramme mit einem Mix aus Online- und Offline-Maßnahmen bewirbt. Daher ist neben digitaler Sichtbarkeit auch die Präsenz auf österreichischen Bildungsmessen zentral.

Präsenzveranstaltungen ermöglichen direkten Kontakt zu Studierenden und Institutionen. Besonders relevant für deutsche Hochschulen sind:

- **BeSt Bildungsmesse (Wien):** Österreichs größte Bildungsmesse für Beruf, Studium und Weiterbildung findet traditionell Anfang März statt (z. B. 2026 vom 12.-15. März) und bietet mit rund 350 Ausstellern und etwa 75.000 Besucherinnen und Besuchern ein großes Publikum. Ergänzend zur Wiener Messe gibt es regionale Ableger in Städten wie Graz, Salzburg, Klagenfurt oder Innsbruck.
- **Master and More (Wien, Graz):** Eine spezialisierte Messe für Masterinteressierte. Da viele Besucherinnen und Besucher kurz vor dem Bachelor-Abschluss stehen, bietet sie deutschen Hochschulen eine gezielte Möglichkeit, österreichische Nachwuchstalente für Masterprogramme zu gewinnen.
- **Bachelor and More (Wien):** Diese Messe richtet sich an Maturantinnen und Maturanten, die sich über Bachelorprogramme informieren möchten. Für deutsche Hochschulen dient sie vor allem dazu, ihr Profil frühzeitig bei Schulabgängerinnen und -abgängern bekannt zu machen.
- **Interpädagogica:** Eine Bildungsmesse für Pädagoginnen und Pädagogen und Entscheidungsträgerinnen und -träger, die einen breiten Überblick über das österreichische Bildungswesen bietet.
- **Weitere regionale Messen:** Lokale Formate wie *Schule & Beruf* in Wieselburg oder die *S-Bim* in Graz können sich lohnen, insbesondere wenn deutsche Hochschulen bereits Partnerschaften in bestimmten Regionen pflegen oder häufig Bewerbungen aus diesen Gebieten erhalten.

Für das institutionelle Marketing im Wissenschaftsbereich spielen Konferenzen und Netzwerktreffen eine wichtige Rolle:

- **Fachkonferenzen und Hochschulnetzwerktreffen:** Dazu gehört etwa das Forschungsforum der österreichischen Fachhochschulen, das angewandte Forschung sichtbar macht und den Austausch mit potenziellen Kooperationspartnerinnen und -partnern erleichtert. Darüber hinaus finden zahlreiche Fachkongresse in Städten wie Wien oder Graz statt.
- **Internationale Bildungsnetzwerk-Konferenzen:** Plattformen wie APAIE (Asia-Pacific Association for International Education), NAFSA: Association of International Educators und EAIE (European Association for International Education) sind für die internationale Vernetzung zentral. Der OeAD repräsentiert Österreich dort. Für deutsche Hochschulen eignet sich insbesondere die EAIE, da dort regelmäßig nahezu alle österreichischen Hochschulen vertreten sind.
- **European Forum Alpbach:** Ein interdisziplinäres Forum, das Hochschulen, Forschende, Politik und Wirtschaft aus ganz Europa zusammenbringt und hochwertige Networking-Möglichkeiten bietet.

Insgesamt sollten deutsche Hochschulen in Österreich sowohl online als auch offline aktiv sein. Social Media sorgt für kontinuierliche Sichtbarkeit, während Messen und wissenschaftliche Events den persönlichen Austausch ermöglichen. Große Bildungsmessen wie die BeSt oder Master/Bachelor and More eignen sich für das Studierendenmarketing, während Konferenzen und Netzwerktreffen für institutionelle Kooperationen unverzichtbar sind. Die Kombination aus zielgruppengerechter Online-Strategie und regelmäßiger Teilnahme an relevanten Veranstaltungen bildet somit eine besonders wirkungsvolle Marketingstrategie für deutsche Hochschulen in Österreich.

Quellen:

- Wirtschaftsuniversität Wien: [Marketing & Kommunikation](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- OeAD: [Social Media](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Universität Klagenfurt, 10.10.2024: [Steigere deine Aufmerksamkeit mit Social-Media-Marketing](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- APA-Comm, 22.04.2024: [#Instagood: Österreichs Unis und FHs auf Instagram](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Bildung (BB): [Bildungsmessen: Termine](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Studieren.at: [Studienmessen, Maturantenmessen und Berufsmessen in Österreich](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Wirtschaftskammer Österreich (WKO), 06.10.2025: [95.000 Besucher bei der Messe Jugend & Beruf 2025](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Österreichische Fachhochschulkonferenz (FHK): [Forschungsforum der österreichischen Fachhochschulen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- OeAD: [Hochschulmessen, Konferenzen und Webinare](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

b. Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis

Als EU-Staatsangehörige genießen deutsche Studierende und Forschende freies Aufenthaltsrecht in Österreich und benötigen zur Einreise kein Visum oder speziellen Aufenthaltstitel. Für Aufenthalte über drei Monate müssen EU/EWR-Angehörige jedoch bestimmte Voraussetzungen erfüllen (z. B. ausreichende finanzielle Mittel, Krankenversicherung) und innerhalb von vier Monaten nach Einreise eine Anmeldebescheinigung beantragen, die das unionsrechtliche Aufenthaltsrecht dokumentiert. Zusätzlich gilt die allgemeine Meldepflicht: Innerhalb von drei Werktagen nach Bezug einer Unterkunft muss die Anmeldung beim Melderegister erfolgen.

Drittstaatsangehörige: Studierende und Forschende aus Nicht-EU-Staaten benötigen je nach Aufenthaltsdauer und -zweck ein Visum oder einen Aufenthaltstitel. Für Aufenthalte bis 90 Tage (z. B. kurzfristige Forschungsaufenthalte, Sommeruniversitäten) genügt ein Schengen-Visum C oder visumfreier Aufenthalt (falls zutreffend). Für Studien- oder Forschungsaufenthalte von 91 Tagen bis sechs Monaten ist ein Visum D erforderlich. Studierende können Visa C/D gebührenfrei beantragen, wenn sie bereits an einer österreichischen Hochschule zugelassen sind. Während eines Aufenthalts mit Visum C oder D ist grundsätzlich keine Erwerbstätigkeit erlaubt, außer das Visum trägt ausdrücklich den Zusatz „Erwerb“.

Für längere Aufenthalte über sechs Monate – etwa für ein Vollstudium oder langfristige Forschungsprojekte – ist ein Aufenthaltstitel notwendig. Die häufigste Kategorie ist die „Aufenthaltsbewilligung – Student“, die für ein ordentliches Studium an einer anerkannten österreichischen Hochschule erteilt wird. Sie wird in der Regel für zwölf Monate ausgestellt (bei EU-/multilateralen Mobilitätsprogrammen auch für 24 Monate) und kann jährlich verlängert werden. Voraussetzungen sind u.a. eine gültige Zulassung zum Studium, ausreichende finanzielle Mittel, eine alle Risiken abdeckende Krankenversicherung und eine angemessene Unterkunft.

Wichtige Unterlagen bei der Antragstellung sind u.a. Reisepass, aktuelles Passfoto, Versicherungs- und Finanzierungsnachweis sowie die Zulassungsbestätigung.

Der Antrag auf Aufenthaltsbewilligung muss meist vor der Einreise bei der zuständigen österreichischen Vertretungsbehörde gestellt werden. Nach positiver Entscheidung erhält man – falls erforderlich – ein Einreisevisum, um den Aufenthaltstitel in Österreich abzuholen. Bestimmte visumfreie Staatsangehörige können den Antrag direkt in Österreich stellen. Die Bearbeitungsdauer beträgt bis zu 90 Tage; es fallen Gebühren für Antrag, Erteilung und Karte an.

Für akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Drittstaaten gibt es eigene Kategorien. Die *Niederlassungsbewilligung – Forscher* richtet sich an Personen mit qualifizierter Forschungstätigkeit und in der Regel Hochschulabschluss (z. B. PhD)

sowie Aufnahmevereinbarung einer zertifizierten Forschungseinrichtung. Sie wird üblicherweise für zwei Jahre erteilt. Damit die Forschungstätigkeit sofort aufgenommen werden darf, ist entweder ein Visum D mit dem Zusatz „Erwerb“ bei der Einreise nötig oder der Aufenthaltstitel muss bereits vorliegen. Eine zusätzliche Arbeitserlaubnis ist nicht erforderlich. Alternativ kann für hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Rot-Weiß-Rot-Karte relevant sein, ein kombinierter Aufenthaltstitel mit Arbeitserlaubnis. Nach zwei Jahren kann meist eine Rot-Weiß-Rot-Karte Plus mit unbeschränktem Arbeitsmarktzugang beantragt werden; Familienangehörige von Forschenden erhalten diese oft direkt.

Unabhängig von der Staatsangehörigkeit müssen sich Studierende und Forschende binnen drei Werktagen am Wohnort anmelden. EU/EWR-Bürgerinnen und -Bürger müssen bei Aufenthalten über drei Monate zusätzlich die Anmeldebescheinigung beantragen. Drittstaatsangehörige erhalten stattdessen ihren Aufenthaltstitel als Karte. Nach fünf Jahren rechtmäßigen Aufenthalts können sowohl EWR-Bürgerinnen und -Bürger als auch Drittstaatenangehörige eine Daueraufenthaltsberechtigung erhalten.

EU/EWR-Studierende dürfen wie Inländer arbeiten, ohne besondere Genehmigung; der Arbeitgeber meldet sie lediglich zur Sozialversicherung an.

Drittstaats-Studierende mit Aufenthaltsbewilligung „Student“ dürfen neben dem Studium arbeiten, benötigen aber eine Beschäftigungsbewilligung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz. Für Tätigkeiten bis 20 Stunden pro Woche wird diese in der Regel ohne Arbeitsmarktprüfung erteilt. Höhere Stundenzahlen sind möglich, erfordern aber eine zusätzliche Prüfung, was selten bewilligt wird. Das Studium muss der Hauptzweck des Aufenthalts bleiben; bei mangelndem Studienerfolg kann die Verlängerung gefährdet sein.

Für Pflichtpraktika, die integraler Bestandteil des Studiums sind, ist keine Arbeitserlaubnis erforderlich. Der Arbeitgebende muss das Praktikum lediglich drei Wochen vor Beginn beim Arbeitsmarktservice (AMS) melden, das eine Bestätigung ausstellt. Freiwillige Praktika oder Nebenjobs unterliegen dagegen den normalen Regeln und erfordern eine Beschäftigungsbewilligung.

Für ausländische Forscherinnen und Forscher ist Österreich besonders attraktiv, da Tätigkeiten in Forschung und Hochschullehre vom Ausländerbeschäftigungsgesetz ausgenommen sind. Wissenschaftliche Beschäftigung kann somit ohne zusätzliche Bewilligung aufgenommen werden, sofern der passende Aufenthaltstitel vorliegt. Dies gilt etwa für Postdocs, Gastprofessuren oder wissenschaftliche Projektbeteiligte. Kurzfristige Gastvorträge oder Konferenztteilnahmen sind meist visumfrei (bis 90 Tage) oder mit Visum C möglich; für bezahlte kurzfristige Einsätze ist ein Visum mit Zusatz „Erwerb“ erforderlich.

Familienangehörige von Forscherinnen und Forschern profitieren häufig von erleichtertem Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt, insbesondere über die Rot-Weiß-Rot-Karte Plus.

Für alle Fragen rund um Visa, Aufenthaltstitel und konsularische Dienste stehen die österreichischen Auslandsvertretungen in Deutschland zur Verfügung. Hauptansprechpartnerinnen und -partner sind die Österreichische Botschaft in Berlin sowie das Österreichische Generalkonsulat in München. Die Botschaft in Berlin (Stauffenbergstraße 1, 10785 Berlin) betreut grundsätzlich ganz Deutschland in diplomatischen Angelegenheiten. Visa-Anträge werden jedoch nach Wohnsitzregion von den zuständigen Vertretungen bearbeitet; hierbei ist zu beachten, dass Visumanträge von Personen mit Wohnsitz in Deutschland über das Generalkonsulat München abgewickelt werden. Das Generalkonsulat in München (Ismaninger Straße 136, 81675 München) ist befugt, Visa für Österreich auszustellen, wenn der Antragsteller oder die Antragstellerin bereits in einem Schengen-Staat lebt (wie Deutschland). Wer also z. B. als internationaler Studierender oder internationale Studierende in Deutschland lebt und ein Visum für Österreich benötigt, wendet sich an das Generalkonsulat in München. Anfragen können per E-Mail (muenchen-gk@bmeia.gv.at) oder telefonisch an das Konsulat gerichtet werden. Neben Berlin und München unterhält Österreich in mehreren deutschen Städten

Honorarkonsulate (Bremen, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Kiel, Lübeck, Nürnberg, Rostock, Saarbrücken und Stuttgart), die bei Bedarf ebenfalls Beratung bieten und in begrenztem Umfang Serviceleistungen (z. B. Passanträge) erbringen. Wichtig ist, dass Visaanträge selbst nur bei den offiziellen Berufsvertretungen mit Visazuständigkeit gestellt werden können (in Deutschland: München, ggf. Berlin für bestimmte Fälle). Es empfiehlt sich, vor Beantragung eines Visums oder Aufenthaltstitels einen Termin über die Webseite des zuständigen Konsulats/der Botschaft zu vereinbaren und die jeweiligen aktuellen Dokumentanforderungen dort einzusehen. Die Kontaktdaten der Vertretungen sowie Informationsblätter zu Einreise und Aufenthalt stellt das österreichische Außenministerium (BMEIA) online bereit.

Österreich hat – trotz vieler Parallelen zu Deutschland und EU-weit einheitlichen Regeln – einige Eigenheiten im Aufenthalts- und Visumssystem, auf die Studierende und Forschende achten sollten:

- **Studienvisa:** Anders als viele Länder erhebt Österreich keine Visumsgebühr für Studienvisa (Visum D), wenn der/die Studierende bereits an einer österreichischen Bildungseinrichtung zugelassen ist. Dies erleichtert kurzfristige Studienaufenthalte finanziell, sollte aber vorab mit der zuständigen Botschaft geklärt werden (die Befreiung gilt z. B. für Austauschstudenten). Reguläre Visa D für andere Zwecke kosten hingegen ca. 150 Euro (bzw. 195 Euro ab Juli 2025).
- **Einreise und Nachholung des Antrags:** Österreich erlaubt bestimmten Drittstaatsangehörigen, die visumfrei einreisen dürfen (z. B. US-Bürger), den Aufenthaltstitel nach Einreise in Österreich zu beantragen. Allerdings darf in diesem Fall vor Erhalt des Titels keine Beschäftigung aufgenommen werden. Wer bereits mit einem Forscher-Aufenthaltstitel eines anderen EU-Landes ausgestattet ist, kann unter erleichterten Bedingungen im Rahmen der EU-Forscher-Mobilität nach Österreich kommen, muss dies aber den Behörden anzeigen (Stichwort „Aufenthaltsbewilligung – Forscher Mobilität“).
- **Jobsuche vor Ort:** Nach erfolgreichem Abschluss eines Studiums kann die Aufenthaltsbewilligung einmalig um zwölf Monate zum Zweck der Jobsuche oder Unternehmensgründung verlängert werden. In dieser Zeit dürfen sich die Absolventen uneingeschränkt bewerben und eine passende Beschäftigung suchen. Finden sie einen adäquaten Job, können sie direkt in eine Rot-Weiß-Rot-Karte oder einen anderen passenden Aufenthaltstitel (z. B. EU-Blaukarte) wechseln.
- **Registrierungspflichten:** Die österreichische Meldepflicht innerhalb von drei Tagen ist strenger als in manch anderem Land und oft ungewohnt für Neuankömmlinge. Sie gilt auch für Studierende in Wohnheimen (hier übernimmt zwar oft das Wohnheimmanagement die Meldung, dennoch sollte man nachfragen) und für Forschende mit kurzfristigen Aufenthalten, sofern diese in privaten Unterkünften wohnen. Verstöße gegen die Meldepflicht oder die Anmeldebescheinigungspflicht können mit Geldbußen geahndet werden, weshalb die fristgerechte Erledigung wichtig ist.
- **Relevante Gesetze:** Die rechtlichen Grundlagen für Aufenthalt und Beschäftigung sind u.a. im Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG) und im Fremdenpolizeigesetz (FPG) verankert (regeln Aufenthaltstitel, Visa, Meldung) sowie im Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG) für Arbeitsmarktzugang. Änderungen werden regelmäßig im Rechtsinformationssystem veröffentlicht. Es lohnt sich, bei Planungen die aktuellen Bestimmungen zu prüfen oder Beratung etwa beim OeAD (Österreichischer Austauschdienst) oder EURAXESS Austria (für Forschende) in Anspruch zu nehmen. Diese Stellen bieten ausführliche Informationen und unterstützen internationale Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Quellen:

- Bundesministerium für Inneres (BMI): [Allgemeine Information für EWR-Bürger](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für Inneres (BMI): [Einreise / Visa / Visumfreiheit / EVE](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Agentur für Bildung und Innovation (OeAD): [Visum C oder Visum D](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Österreichische Bundesregierung: [Aufenthaltbewilligung Student](#). (Letzter Zugriff: 26.11.2025)
- Agentur für Bildung und Innovation (OeAD): [Niederlassungsbewilligung Forscher](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Migrationsplattform der österreichischen Bundesregierung: [Rot-Weiß-Rot – Karte plus](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Unternehmensservice Portal: [Wissenschaftler und Forscher](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Österreichische Bundesregierung: [Studieren und Arbeiten für Drittstaatsangehörige](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA): [Österreichische Vertretungen in Deutschland](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

c. Lebenshaltungskosten und Unterkunft

Die Lebenshaltungskosten für Studierende in Österreich liegen im Durchschnitt bei etwa 1.200 Euro pro Monat. Darin enthalten sind Ausgaben für Miete, Lebensmittel, Transport, Lernmaterialien, Kommunikation und Freizeit. Österreich bewegt sich damit auf einem ähnlichen Kostenniveau wie Deutschland, wo für 2024 etwa 992 Euro pro Monat veranschlagt wurden. Das Preisniveau ist laut Statistik in Österreich insgesamt rund 5 Prozent höher als in Deutschland (ohne Mieten); Lebensmittel sind im Schnitt etwas teurer, Telekommunikation deutlich günstiger, Restaurants und Hotels liegen etwa gleichauf. Insgesamt sind die Kosten vergleichbar – wer in Österreich studiert, muss sich finanziell nicht wesentlich stärker belasten als in Deutschland.

Innerhalb Österreichs variieren die Kosten je nach Stadt und Region deutlich. In Wien – der größten und teuersten Studierendenstadt – sind vor allem Unterkünfte teurer und man muss bei einem sparsamen bis mittleren Lebensstil mit WG-Zimmer oder Studierendenwohnheim mit 1.200–1.300 Euro im Monat rechnen, während man in kleineren Städten oder ländlichen Regionen häufig mit weniger als 1.200 Euro auskommt. Die meisten Universitäten liegen in größeren Städten wie Wien, Graz, Salzburg oder Innsbruck, wo das Preisniveau höher ist; manche Fachhochschulen befinden sich in kleineren Orten, wo Wohnen günstiger ist, dafür Freizeit- und Ausgelmöglichkeiten begrenzter sein können. Innerhalb der Städte gibt es ebenfalls Unterschiede: In Wien sind zentrale Bezirke deutlich teurer als Randlagen, in denen WG-Zimmer und Wohnungen noch vergleichsweise moderat bepreist sind.

Ein wesentlicher Faktor ist die individuelle Lebensführung. Die 1.200 Euro sind ein Richtwert; je nach Lebensstil kann der tatsächliche Bedarf deutlich nach unten oder oben abweichen. Wer sparsam lebt und viel selbst kocht, kommt mit weniger aus, häufiger Restaurantbesuch, Reisen oder Shopping erhöhen das Budget. Eine Sozialerhebung zeigt, dass österreichische Studierende im Median über etwa 1.216 Euro monatlich verfügen, während ein Viertel mit weniger als 790 Euro auskommen muss – die Spannweite ist also groß.

Für deutsche Studierende, für die Österreich das beliebteste Zielland ist, sind die Rahmenbedingungen besonders attraktiv: Sie zahlen an öffentlichen Universitäten innerhalb der Regelstudiendauer in der Regel keine Studiengebühren und haben Zugang zu den gleichen studentischen Vergünstigungen wie Einheimische. Sprache, Lebenshaltungskosten und Alltagsorganisation sind Deutschland sehr ähnlich, was den Schritt ins Ausland erleichtert. Finanzielle Mehrbelastungen sind meist gering.

Die monatlichen Ausgaben verteilen sich typischerweise auf einige Hauptposten:

Die Unterkunft ist der größte Kostenfaktor. Für ein Zimmer im Studierendenwohnheim kann man grob mit 350–400 Euro rechnen, WG-Zimmer lagen zuletzt im Schnitt in ähnlicher Größenordnung und sind seitdem eher etwas teurer geworden. In Wien bewegen sich WG-Zimmer häufig zwischen 450 Euro und 700 Euro monatlich, in kleineren Städten findet man teils auch Zimmer um 300–400 Euro. Kleine Single-Wohnungen sind am teuersten: österreichweit liegt eine *Garçonnière* im Schnitt bei rund 500 Euro Miete, in Wien oft deutlich darüber. Dazu kommen Betriebskosten und ggf. Internet, zusammen meist 50–100 Euro pro Monat. Wer in einer WG lebt, kann diese Nebenkosten teilen. Da es in Österreich keine Campuswohnheime nach anglo-amerikanischem Vorbild gibt, müssen Studierende Wohnraum eigenständig organisieren und sollten frühzeitig mit der Suche beginnen.

Für Lebensmittel und Verpflegung werden im Durchschnitt etwa 250–350 Euro pro Monat veranschlagt. Wer preisbewusst einkauft und hauptsächlich selbst kocht, kommt mit rund 250 Euro aus. Günstige Supermärkte sind weit verbreitet, und an den Hochschulen gibt es Mensen, in denen warme Mahlzeiten oft für drei bis fünf Euro angeboten werden. Gelegentliche Café- oder Restaurantbesuche (z. B. 3,50 Euro für einen Kaffee, etwa zwölf Euro für ein einfaches Abendessen) passen ins Budget, machen selbst kochen aber klar zur günstigsten Variante.

Beim öffentlichen Nahverkehr profitieren Studierende von ermäßigten Tarifen. Einzelfahrscheine liegen meist um 2,40–2,50 Euro pro Fahrt, deutlich günstiger sind aber Semester- oder Monatskarten. In Wien kostet das Studierendenticket für unter 26-Jährige 75 Euro pro Semester, mittelfristig ist eine Umstellung auf ermäßigte Jahrestickets geplant. In anderen Städten bewegen sich Semestertickets oft im Bereich von 100–200 Euro, teilweise inklusive regionaler Bahnverbindungen. In vielen Studierendenstädten liegen Monatskarten für Studierende bei etwa 30–50 Euro. Der Studierendenausweis dient dabei meist als Nachweis.

Für Lernmittel und Kommunikation sollten 25–40 Euro pro Monat für Bücher, Skripten, Kopien oder Druckkosten eingeplant werden; der genaue Bedarf hängt stark vom Fach ab. Viele Materialien stehen digital oder über die Bibliotheken zur Verfügung. Computerprogramme sind häufig über Hochschullizenzen günstiger oder kostenlos. Für Handy und Internet fallen durchschnittlich etwa 40 Euro im Monat an; Studierende profitieren von speziellen Tarifen, und in WGs lassen sich Internetkosten teilen. Die Rundfunkgebühr (GIS) pro Haushalt kann für Studierende mit geringem Einkommen unter bestimmten Voraussetzungen reduziert oder erlassen werden.

Bei Gesundheit und Versicherung sind die Kosten relativ überschaubar. EU-Studierende sind meist über ihre heimische Krankenversicherung abgesichert (EHIC), andere können eine günstige Studentenversicherung der Österreichischen Gesundheitskasse in Anspruch nehmen. Arztbesuche sind in der Regel durch die Versicherung abgedeckt; für verschriebene Medikamente fällt eine einheitliche Rezeptgebühr an, die bei starker Inanspruchnahme gedeckelt ist. Rezeptfreie Medikamente müssen selbst bezahlt werden, sind jedoch meist gut erschwinglich.

Freizeit, Kultur und Sport nehmen je nach persönlicher Vorliebe einen kleineren oder größeren Teil des Budgets ein. Viele Kulturinstitutionen, Kinos und Museen bieten Studentenermäßigungen, und Universitäten betreiben eigene Sportinstitute mit sehr günstigen Kursen. Mit rund 150 Euro pro Monat lässt sich in der Regel ein aktives Freizeit- und Kulturprogramm gestalten, ohne das Budget zu sprengen – zumal viele Aktivitäten wie Wandern, studentische Veranstaltungen oder Unikino sehr günstig sind.

Bei den Zahlungsmodalitäten ähneln sich Österreich und Deutschland stark: Miete, Strom oder Handy werden meist per Überweisung oder Dauerauftrag bezahlt; ein lokales Studentenkonto ist üblich und oft kostenlos. Kartenzahlung ist weit verbreitet, gleichzeitig spielt Bargeld vor allem in kleineren Lokalen noch eine wichtige Rolle. Für Mietverträge werden in der Regel zwei bis drei Monatsmieten Kautions fällig; bei Maklerwohnungen kommt oft eine Provision hinzu. Wie überall

sollte man bei der Wohnungssuche auf Seriosität achten und keine größeren Vorauszahlungen leisten, bevor man Wohnung und Vermieter verifiziert hat.

Da Studierende ihre Unterkunft selbst organisieren müssen, kommen vor allem drei Wohnformen infrage: Studentenwohnheime, Wohngemeinschaften und private Wohnungen. Wohnheime (z. B. von OeAD, ÖJAB, StuWo oder Akademikerhilfe) sind häufig die günstigste und unkomplizierteste Variante, da sie möbliert, gut angebunden und oft pauschal mit Nebenkosten und Internet abgerechnet sind. WGs bieten ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis und soziale Kontakte, während private Wohnungen mehr Unabhängigkeit, aber auch höhere Kosten und mehr organisatorischen Aufwand bedeuten. Lehrende und Forschende können zudem auf spezielle Gästehäuser und Universitätsunterkünfte zurückgreifen, die den Einstieg erleichtern.

Preisunterschiede zwischen Einheimischen und Ausländerinnen und Ausländern gibt es bei alltäglichen Konsumausgaben nicht; Studierendenrabatte gelten unabhängig von der Herkunft. Unterschiede entstehen eher bei Studiengebühren, Beihilfen und bestimmten Vergünstigungen, die an Wohnsitzstatus oder Aufenthaltsdauer gebunden sind. EU-Bürger – also auch deutsche Studierende – werden dabei weitgehend Inländerinnen und Inländern gleichgestellt, während Nicht-EU-Studierende häufiger Gebühren zahlen und weniger Zugang zu staatlichen Beihilfen haben.

Zur Wohnraumsuche stehen zahlreiche Online-Plattformen zur Verfügung, etwa OeAD Student Housing, die Angebote der ÖH, Webseiten großer Heimträger sowie Immobilienportale wie [willhaben.at](https://www.willhaben.at) oder [ImmoScout24](https://www.immoscout24.at). Auch WG-Börsen und soziale Medien sind wichtige Kanäle. Wer früh mit der Suche beginnt und Angebote sorgfältig prüft, findet meist eine passende Lösung.

Die Lebenshaltungskosten in Österreich sind folglich mit Deutschland gut vergleichbar und für Studierende mit einem Budget von etwa 1.000–1.200 Euro im Monat realistisch zu bewältigen. Der größte Kostenblock ist die Miete, doch Studierendenrabatte, günstige Verkehrstickets, preiswerte Mensen und ein breites Angebot an ermäßigten Kultur- und Sportangeboten helfen, die finanzielle Belastung zu begrenzen. Gerade für deutsche Studierende sind Rahmenbedingungen und Kostenstruktur vertraut – mit etwas Planung lässt sich das Studium in Österreich gut finanzierbar mit einem vielfältigen Studierendenleben verbinden.

Quellen:

- Studyinaustria.at: [Lebenshaltungskosten](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Studis Online: [Studieren in Österreich](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Studieren.at: [Was kostet ein Studium?](#) Der große Kostencheck! (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- WG-Gesucht: [WG-Zimmer in Wien](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Wohnungsbörse: [Mietpreise Wien](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Österreichische Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAd): [Wohnen](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Studium.at: [Alle Studentenheime in Österreich](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Universität Wien: [Liaison Officers](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

d. Sonstiges

Internationale und deutsche Studierende sowie Forschende, die nach Österreich kommen, treffen auf ein Hochschulsystem mit besonderen kulturellen Gepflogenheiten. Dieses Kapitel bietet einen Überblick über wichtige kulturelle Besonderheiten, Verhaltenstipps im Uni-Alltag, Anlaufstellen und nützliche Ressourcen. Er soll dabei helfen, soziale Normen zu verstehen und sich im akademischen Leben in Österreich gut zurechtzufinden. Österreich ist ein vielfältiges, grundsätzlich offenes Land, das gesetzlich zur Gleichbehandlung verpflichtet ist. Das Recht auf Gleichbehandlung schützt vor Diskriminierung unter anderem aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Herkunft. An

Universitäten gehört Vielfalt zum gelebten Alltag; viele Hochschulen betonen, dass alle Angehörigen der Universitäten vor Diskriminierung geschützt sind. LGBTIQ-Personen werden an österreichischen Hochschulen wertgeschätzt, und zahlreiche Institutionen fördern eine inklusive Kultur, in der sich alle entfalten können. Vor allem in größeren Städten wie Wien existieren aktive LGBTIQ-Communities sowie jährliche Pride-Events. Gleichgeschlechtliche Paare und vielfältige Identitäten sind im täglichen Leben zunehmend sichtbar und akzeptiert, dennoch empfiehlt es sich, mit dem Thema sensibel und respektvoll umzugehen.

Auch Gendergerechtigkeit und Gleichstellung sind in Österreich gesetzlich verankert. Jüngere Generationen leben Gleichberechtigung selbstverständlich, und Universitäten haben Gleichstellungspläne, die Frauen in Forschung und Lehre fördern sollen. Trotz rechtlicher Fortschritte bestehen wie in vielen Ländern Lohnunterschiede und teils traditionelle Rollenbilder fort. In der Hochschulkultur wird geschlechtersensible Sprache zunehmend genutzt, beispielsweise durch den Genderstern, um alle Geschlechter anzusprechen. Offizielle Formulare bieten häufig eine dritte Geschlechtsoption an, was die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt widerspiegelt. Gleichbehandlung gilt dabei nicht nur als gesetzlicher Auftrag, sondern auch als gelebte Norm im Alltag der Hochschulen.

Formelle Höflichkeit hat in Österreich einen hohen Stellenwert. Besonders im akademischen Bereich wird großen Wert auf korrekte Titel und Anrede gelegt. Akademische Grade wie „Mag.“ oder „Dr.“ werden häufig in der Ansprache verwendet, besonders in formellen Situationen. Es ist üblich, Lehrende zu siezen und mit Titel und Nachnamen anzusprechen, sofern kein anderes Angebot erfolgt. Unter Kolleginnen und Kollegen und innerhalb der Studierendengruppen ist das Du weit verbreitet, dennoch empfiehlt es sich, im Zweifel zunächst die formelle Anrede zu wählen. Auch beim Begrüßen überwiegt Förmlichkeit: Ein fester Händedruck, direkter Blickkontakt und ein Gruß wie „Guten Tag“ oder „Grüß Gott“ gelten als angemessen. Unangemeldet es Duzen oder ein zu lockeres „Hallo“ gegenüber unbekannten Personen kann als unhöflich empfunden werden. Es entspricht der sozialen Norm, zunächst etwas zu förmlich aufzutreten – viele Österreicherinnen und Österreicher gelten als anfangs reserviert – und später, wenn eine vertrautere Ebene entsteht, wird häufig das Du angeboten.

Pünktlichkeit und Verlässlichkeit sind ebenfalls zentrale Werte. Wie in Deutschland gilt: Lieber fünf Minuten zu früh kommen als zu spät. Besonders im beruflichen und akademischen Kontext zählt Pünktlichkeit als Zeichen von Respekt. Unentschuldigtes Zuspätkommen oder kurzfristiges Absagen wird ungern gesehen. Trotz einer grundsätzlich „gemütlichen“ Selbsteinschätzung funktionieren viele Abläufe effizient: Man stellt sich ordentlich an, vermeidet Vordrängeln und befolgt die üblichen Regeln im öffentlichen Raum. Öffentliche Verkehrsmittel fahren meist zuverlässig, und Zeitangaben – etwa der Vorlesungsbeginn um „Viertel nach“ – werden präzise verstanden und eingehalten. Respektvoller Umgang zeigt sich somit auch darin, die Zeit anderer nicht zu verschwenden.

Der Kommunikationsstil in Österreich ist von einer Mischung aus Direktheit, Höflichkeit und feinem Humor geprägt. Besonders im akademischen Umfeld wird offen diskutiert, jedoch ohne übertriebene Konfrontation. Kritik wird überwiegend sachlich formuliert, und konstruktive Rückmeldungen werden geschätzt. Gleichzeitig wahrt man in Gesprächen eine gewisse Zurückhaltung: Persönliche Fragen zu Einkommen, Politik oder Privatem stellt man erst, wenn man sich näher kennt. Nonverbale Kommunikation bleibt dezent – ein Händedruck, etwas Abstand und dennoch ein offener Blick signalisieren Respekt und Interesse. Smalltalk gehört dazu, ist aber oft gehaltvoller als reines Geplauder über das Wetter. Beliebte Themen sind Kultur, Landschaften, Freizeit, Studium oder aktuelle Ereignisse. Politisch oder historisch sensible Themen hingegen werden vorsichtig angesprochen, solange man sein Gegenüber nicht gut kennt.

Auch der Umgang mit Alkohol gehört zur kulturellen Realität. Bier und Wein sind ab 16, Hochprozentiges ab 18 Jahren erlaubt und entsprechend fest in der sozialen Lebenswelt verankert. Studierende treffen sich gerne im Beisl oder beim Heurigen, und ein „Prost“ beim Anstoßen ist üblich.

– verbunden mit Blickkontakt als Zeichen des Respekts. Dennoch gilt es als verpönt, sich öffentlich stark zu betrinken; Alkohol wird meist maßvoll konsumiert. An der Universität selbst ist Alkoholkonsum überwiegend auf offizielle Anlässe beschränkt, während im privaten Rahmen sowohl alkoholhaltige als auch alkoholfreie Alternativen gleichermaßen akzeptiert werden. Grundsätzlich wird erwartet, dass man verantwortungsbewusst trinkt und die persönlichen Grenzen anderer respektiert.

Im Hochschul- und Forschungsalltag zeigt sich eine Mischung aus Hierarchie und partnerschaftlicher Unterstützung. Lehrende werden formell adressiert, verstehen sich aber häufig als Mentorinnen und Mentoren, die Studierenden helfen möchten. Fragen während oder nach der Lehrveranstaltung sind ausdrücklich erwünscht, und Sprechstunden bieten Gelegenheit, individuelle Anliegen zu klären. E-Mails an Lehrpersonen sollten höflich, klar formuliert und mit korrekter Anrede versehen sein. Offenheit und konstruktives Feedback prägen die akademische Kultur – Kritik gilt als Beitrag zum Lernprozess, nicht als persönlicher Angriff. Studierenden wird geraten, Dozierende weniger als unnahbare Vorgesetzte, sondern eher als Partnerinnen und Partner im Lernprozess zu betrachten.

In Seminaren und Übungen wird aktives Mitdenken erwartet. Während Vorlesungen mitunter frontal aufgebaut sind, stehen in kleineren Seminaren Diskussionen, Gruppenarbeiten und Präsentationen im Mittelpunkt. Studierende sollen sich einbringen, Argumente austauschen und zuverlässig zusammenarbeiten. Verbindlichkeit zeigt sich in pünktlichen Abgaben, guter Vorbereitung und dem Einhalten vereinbarter Präsentations- oder Gruppenarbeitstermine. Unter Studierenden ist die Kommunikation meist informell, dennoch höflich und sachlich.

Auch soziale Gepflogenheiten prägen den Uni-Alltag. Österreichische Studierende können anfänglich zurückhaltend wirken, sind aber offen für Gespräche über Reisen, Kultur, Sport oder den Studienalltag. Gemeinsame Aktivitäten wie ein Kaffee am Campus, ein Besuch der Mensa oder studentische Veranstaltungen erleichtern das Kennenlernen. Freundschaften entstehen häufig langsam, entwickeln sich dann aber stabil. Netzwerke spielen eine große Rolle: Fachschaften, Hochschulgruppen, Tutorien, Stammtische und Institutsveranstaltungen bieten zahlreiche Möglichkeiten, Kontakte aufzubauen. Eigeninitiative ist dabei wichtig – Interesse am Land und an den Menschen wird meist positiv aufgenommen.

Rücksichtnahme zeigt sich im täglichen Miteinander: Man telefoniert nicht laut in Bibliotheken, hält Türen auf, bedankt sich mit „Danke schön“ oder im Dialekt „Dankschee“, entschuldigt sich bei kleinen Remplern und achtet auf Ruhezeiten – besonders nach 22 Uhr sowie an Sonntagen, die traditionell ruhig verlaufen und an denen die meisten Geschäfte geschlossen sind. Viele dieser kleinen Gesten machen den Alltag angenehm und helfen, kulturelle Missverständnisse zu vermeiden. Nicht zuletzt spielt Humor eine zentrale Rolle: österreichischer Humor ist oft trocken und selbstironisch. Ein Lächeln oder die Bereitschaft, über sich selbst zu lachen, öffnen viele Türen – sowohl im Hörsaal als auch im sozialen Alltag.

Wichtige Anlaufstellen und Organisationen

Eine Reihe von Einrichtungen und Programmen unterstützen internationale Studierende und Forschende dabei, sich zurechtzufinden oder bei Problemen Hilfe zu holen:

- **Gleichbehandlungsanwaltschaft (GAW):** Unabhängige Ombudsstelle des Bundes (angesiedelt im Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung) zur Durchsetzung des Gleichbehandlungsrechts. Sie berät vertraulich und kostenlos, wenn man Diskriminierung erfahren hat – etwa aufgrund von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung. Die GAW hat Regionalbüros in Wien, Linz, Innsbruck, Graz und Klagenfurt. Es gibt eine gebührenfreie Hotline unter 0800 206 119 sowie ein Online-Kontaktformular für Meldungen.
- **Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen (AKG) an Hochschulen:** Jede österreichische Universität hat laut Universitätsgesetz einen AKG. Dieses Gremium achtet intern auf Gleichstellung und behandelt Beschwerden zu Diskriminierung oder Belästigung innerhalb der Hochschule. Studierende oder Mitarbeitende können sich an den AKG ihrer Uni wenden, der oft aus Dozenten, Studierenden und Mittelbau besteht. Die AKGs arbeiten unabhängig und können Empfehlungen an die Universitätsleitung geben oder Verfahren bei der Gleichbehandlungskommission anstoßen.
- **Diversitäts- und LGBTIQ-Beauftragte:** Neben den AKGs gibt es an vielen Hochschulen Diversitätsbüros oder Beauftragte für Gleichstellung und Vielfalt. Sie kümmern sich um strategische Maßnahmen (Workshops, Sensibilisierung) und stehen als Anlaufstelle bei Fragen zu inklusiver Sprache, barrierefreiem Studieren oder LGBTQ-Themen zur Verfügung. Ein Beispiel ist die Initiative *Queer* an der Universität Wien (*u:queer*), welche Vernetzungstreffen für queere Studierende und Mitarbeitende organisiert und die Sichtbarkeit queerer Anliegen erhöht. Auch die Technische Universität Wien unterstreicht ihre Unterstützung für LGBTIQ-Personen und unterhält ein Ally-Netzwerk sowie eine anonyme Meldestelle für Diskriminierungsfälle.
- **ÖH – Studierendenvertretung:** Die Österreichische Hochschüler_innenschaft (ÖH) ist die gesetzliche Vertretung aller Studierenden. Auf Bundes- und Uni-Ebene gibt es diverse Referate (Departments), die speziell internationale und diverse Studierendengruppen unterstützen. So bietet das ÖH-Referat für ausländische Studierende kostenlose Beratung zu Aufenthaltsrecht, Studienzulassung, Deutschkursen und studienbezogenen Problemen an. Daneben gibt es an vielen Hochschulen Referate für queer/LGBTQ-Anliegen (z. B. ÖH Uni Wien, ÖH Salzburg usw.), die Treffen für LGBTQ-Studierende organisieren und als Safe Space dienen. Auch Referate für antifaschistische Arbeit, Frauen und Gleichstellung, Studierende mit Behinderung etc. existieren. Die ÖH bietet außerdem Veranstaltungen wie Willkommensveranstaltungen für Erstsemestriste, Info-Sessions und oft ein Buddy-Programm (siehe unten).
- **Buddy-Programme und Integration vor Ort:** Viele Hochschulen und Studierendenorganisationen betreiben Buddy-Programme, die neuen internationalen Studierenden eine lokale Studierende oder einen lokalen Studierenden als Mentorin oder Mentor zur Seite stellen. Diese Buddies helfen bei den ersten Schritten: vom Abholen am Bahnhof/Flughafen über die Campus-Orientierung bis hin zum Kennenlernen der Stadt. Beispielsweise vermittelt das International Office der Universität Wien auf Wunsch Buddies an Austauschstudierende. Ähnliche Programme gibt es an Fachhochschulen (z. B. FH Wien, FH Kufstein) und über Netzwerke wie das Erasmus Student Network (ESN). Darüber hinaus bieten viele internationale Büros an den Unis Orientierungswochen, Stadtrundgänge und soziale Events an, um die Integration zu erleichtern. Auch lokale Initiativen wie studentische Stammtische, internationale Abende oder Sporttreffs sind Gelegenheiten, Leute kennenzulernen.
- **Psychologische Studierendenberatung:** Studieren in der Fremde kann Herausforderungen mit sich bringen (Kulturschock, Heimweh, Stress). In allen Uni-Städten gibt es psychologische Beratungsstellen für Studierende (Studierendenberatung). Diese bieten kostenlose Beratung in mehreren Sprachen an und helfen bei persönlichen, sozialen oder Lern-Problemen. Internationale Studierende sind dort ausdrücklich willkommen – die Beratenden kennen die typischen Stolpersteine beim Einleben in eine neue Kultur.

Quellen:

- Behördenübergreifenden Plattform oesterreich.gv.at: [Allgemeines zur Gleichbehandlungsanwaltschaft](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Universität Wien: [Queer University](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- TU Wien: [Die LGBTQ*-Community an der TU Wien](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Expatica Austria: [Austrian culture and social norms](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- COURAGE: [Beratungsstellen: Leitfaden 2024](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Psychologische Studierendenberatung: [Coming to a new country](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Global Admissions, 20.04.2025: [International Student Life in Austria: What to Expect](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- ILGA Europe: [Rainbow Map 2025](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)
- Österreichische Hochschüler_innenschaft (ÖH): [Referat für ausländische Studierende](#). (Letzter Zugriff: 12.12.2025)

Datenquellen und Erläuterungen

Datenquellen

Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD). Data:

<https://data.oecd.org>

Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD). Statistics:

<http://stats.oecd.org>

SCImago. SJR–SCImago Journal & Country Rank: <http://www.scimagojr.com>

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Genesis-Online. Datenlizenz by-2-

0: <https://www.genesis.destatis.de>

UNESCO Institute of Statistics (UIS): <http://data.uis.unesco.org/>

United Nations Department of Economic and Social Affairs, Population Division, World Population

Prospects: <http://esa.un.org/unpd/wpp/Download/Standard/Population/>

Wissenschaft Weltoffen. Herkunft ausländischer, Bildungsausländer-,

Bildungsinländer-Studierender nach Erdteilen, Regionen,

Herkunftsstaaten: <http://www.wissenschaftweltoffen.de>

The World Bank, Knowledge Economy Index: <https://knoema.com/WBKEI2013/knowledge-economy-index-world-bank-discontinued>

The World Bank. Data: <http://data.worldbank.org>

The World Bank. World Development Indicators: <http://wdi.worldbank.org/table/5.13#>

Erstellungsdatum der Analysetexte und Zugriff der Datenquellen

Dezember 2025 (Analyse), 26.05.2025 (Daten)

Impressum

Herausgeber

Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V.
(DAAD)
Kennedyallee 50
D-53175 Bonn
Tel.: +49 228 882-0
Fax: +49 228 882-444



E-Mail: webmaster@daad.de

Internet: <https://www.daad.de>

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Prof. Dr. Joybrato Mukherjee

Registergericht Bonn

Registernummer VR 2107

Umsatzsteuer-IdNr.: DE122276332

Verantwortlicher i.S.v. § 18 Abs. 2 MStV:

Dr. Kai Sicks, Kennedyallee 50, 53175 Bonn

| S21-Kompetenzzentrum Internationale Wissenschaftskooperationen (KIWi)

Der DAAD ist ein Verein der deutschen Hochschulen und ihrer Studierendenschaften. Er wird institutionell gefördert durch das Auswärtige Amt.

Redaktion

Kompetenzzentrum Internationale Wissenschaftskooperationen (KIWi)

Gestaltung

Atelier Hauer + Dörfler, Berlin.

Als digitale Publikation im Internet veröffentlicht März 2026 © DAAD



Dieses Dokument ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz \(CC BY 4.0\)](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).

Bitte beachten Sie die [Regelungen zur korrekten Benennung der Urheber und Quelle sowie Übersetzungen](#).

Alle Angaben ohne Gewähr.

Diese Veröffentlichung wird aus Zuwendungen des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt an den DAAD finanziert.



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt